INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Nr. 285

5. Mai 1994

Hallo,
diesmal haben wir ihn rechtzeitig bekommen, den Aufruf zur autonomen Kongress-Vorbereitung Ende Mai in Halle. Letzte Woche konnten wir ihn nur noch ans Ende vom Heft klatschen. Also, liebe Vorbereitungsgruppe, wenn ihr einen bundesweiten Kongress organisieren wollt, müßt ihr noch etwas schneller werden. Für das Treffen in Halle wünschen wir euch viel Erfolg und massenhafte Beteiligung.

Inhalt:



„Friß die Reichen"

Golfplätze: Klinisch sauber

Den heutigen Tag haben Umweltschützer zum „Anti-Golf-Tag" erklärt. Besonders in Ost-Asien mehren sich die Proteste gegen die ausufernde Golfmanie. Steigender Wohlstand hat Golf in Fernost zum beliebtesten Sport der neuen Eliten gemacht. Allein in Thailand sind 170 Plätze entstanden, in Malaysia verdreifachte sich die Zahl binnen acht Jahren auf 150 Bahnen, in Japan sind es über 2.000 Plätze. Zur Pflege des feinen Rasens, für die oft eigene „Rasen-Doktoren" bestellt werden, werden laut einer Studie der Mahidol-Universität in Bangkok 6.500 Kubikmeter Wasser am Tag benötigt, genug, um 15.000 Städter oder 60.000 Bauern in Thailand zu versorgen. Die meisten Klubs nehmen das Wasser aus öffentlichen Quellen. Ein weiteres Problem ist die konzentrierte Anwendung von Pestiziden, die das Gras hundertprozentig unkrautfrei halten sollen. In Malaysia protestierten die Behörden, weil duch solche „Rasenpflege" auf der Insel Redang ein Unterwasser-Naturpark gefährdet wird. Jetzt erwägt die Regierung, Auflagen für den Pestizid- und auch den Landschaftsverbrauch zu erheben. Investoren setzen zunehmend auf „mildere" Gifte. Aber Gift muß wohl sein.

Foto: Thomas/GARP

Ordner
"Schindlers Liste"
Reps in Nürnberg
Wahlboykott in Gö
"dissidente Subsistenz"
Redebeitrag 20.4.
Thesen zu Flüchtlingen
Nevroz-Feier in Augsburg

GOLF-JOURNAL

BERLINER MORGENPOST

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

CLUBS IN BERLIN-BRANDENBURG

■ Fortsetzung der Vorstellung der Clubs, der Anlagen und der Ansprechpartner vor Ort.

SEMLINER GOLFPLATZ

Anschrift: Ferchesarer Straße, 14715 Semlin

Telefon 0161/234 6154 – FAX 0161/234 69 16

Ansprechpartner vor Ort: Katharina und Stefan Quirmbach

Mitgliederzahl: 120

Beschreibung des Platzes: Länge 6348 m (Männer) Par 73 / 6068 Par 72, Länge 5617 m (Frauen) Par 73 / 5413 Par 72, großzügige Drivingrange mit fünf beheizten und überdachten Abschlagplätzen, 50 freie Abschlagmatten

Greenfee 50 DM wochentags – 70 DM sonntags, Jugendliche bis 18 J. 50 Prozent Ermäßigung, Auszubildende/Studenten 30 Prozent

Eintrittsgebühr Einzel 20 000 DM (plus Mwst.), Ehepaar 30 000 DM – Spielrecht für 30 Jahre

GOLFCLUB MOTZENER SEE

Anschrift: Bestenseer Straße, 15741 Motzen

Telefon: 033769/50130 – Telefax: 033769/50134

Ansprechpartner vor Ort: Rolf Böhmer/Isolde Böhmer

Mitgliederzahl: 220

Beschreibung des Platzes: 18-Loch, Herren = 5915 m, Damen = 5200 m, SSS/Par 72, außerdem 9-Loch-Platz, Übungsanlage mit Driving Range, Pitchzonen, Bunker

Greenfee: Tagesgreenfee Kalendertag 110 DM Schüler und Studenten 50 Prozent

Eintrittsgebühr: Mitgliedschaft über Aktienerwerb ohne Eintrittsgebühr.

MÄRKISCHER GC POTSDAM

Anschrift: Schmiedeweg 1, 14542 Phöben

Telefon: 03327/405 28 oder 03327/405 30 – FAX 03327/405 29

Ansprechpartner vor Ort: Franziska Bachmann/Mitgliederwerbung Jochen Kupitz/Sport

Mitgliederzahl: 428

Beschreibung des Platzes: 9-Loch-Anlage, Länge Herren 592 m, Damen 579 m, Par: 72, Driving-Range, Golfodrome, Pitching und Puttingzone, Bunker

Greenfee: wochentags 40 DM/Wochenende 60 DM

Eintrittsgebühr: 22 500 DM Spielberechtigungsgebühr

Masters von Mönsheim nach Motzen

■ *Exklusiv-Interview mit Organisator Erwin Langer, der großen Sport erwartet*

Als Bernhard Langer 1985 erstmals die US-Masters gewann, brach in Deutschland eine Golfbegeisterung ohnegleichen aus – und ließ die Idee wachsen, hier ein ähnliches Turnier aufzuziehen. Als Veranstalter fungiert die Continental Golf Promotion Ltd. mit dem Gesellschafter Bernhard Langer. Einen Organisations-Beitrag erhielt die Langer Sportmarketing (LSM) mit dem Geschäftsführer Erwin Langer. Mit ihm sprach Morgenpost-Sportchef Hansjürgen Wille über das Turnier vom 30. September bis 3. Oktober in Motzen.



Cheforganisator der German Masters, Erwin Langer. Foto BM

BM: Welchen Stellenwert haben die Mercedes German Masters innerhalb der deutschen und europäischen Veranstaltungsserie?

Erwin Langer: „Unser Turnier ist zwar nicht das älteste, dieses Prädikat gebührt den German Open, aber es ist das wichtigste in Deutschland und gehört zu den 24 besten der Welt – bedingt durch das hochklassige Starterfeld, das wir seit der Premiere 1987 hatten."

BM: Wie kam es zu der Entscheidung, von Stuttgart-Mönsheim nach Motzen umzuziehen?

Langer: „Wir wollten zusammen mit dem Titelsponsor Mercedes-Benz ein Zeichen setzen, so wie es viele mutige Investoren nach der Wende in den neuen Bundesländern getan haben. Und mit der Eröffnung der Motzener Anlage fanden wir ein Gelände, das allen Ansprüchen genügt, um hier eine Topveranstaltung aufzuziehen."

BM: Ist denn mit einem starken Teilnehmerfeld zu rechnen?

Langer: „Natürlich. Schon bei den vorangegangenen Turnieren war die Besetzung stets erstklassig. Ich glaube, wir können uns in dieser Hinsicht sogar noch steigern. Viele Spieler werden neugierig auf die neue Anlage und auch Berlin sein. Nach den US-Masters wollen wir mit den ersten Namen aufwarten können. Daß mein Bruder Bernhard dabei ist, versteht sich von selbst."

BM: Wie hoch ist das Preisgeld und wie hoch das Sieggeld?

Langer: „Insgesamt werden 625 000 englische Pfund ausgeschüttet. Das sind 1,6 Millionen Mark. Davon erhält der Sieger allein 103 000 Pfund, der Zweite 68 000, der Dritte 39 000, der 65. und somit letzte, der den Cut geschafft hat, noch 1720 Pfund."

BM: Ohne Sponsoren läuft heute nichts mehr im Sport. Auf welche Firmen können Sie sich denn stützen bei den German Masters?

Langer: „Mercedes-Benz ist unser Haupt- und Titelsponsor, und mit der Langenscheid-Gruppe haben wir ebenfalls einen längfristigen Vertrag abgeschlossen. Dazu werden aber noch viele andere Sponsoren kommen. Schließlich beträgt das Gesamtvolumen dieser Veranstaltung zwischen drei und vier Millionen Mark."

BM: Können Sie schon etwas sagen, wie der zeitliche Rahmen dieser Masters-Woche aussieht?

Langer: „Das Turnier findet ja vom 30. September bis 3. Oktober statt, beginnt also am Freitag und endet ungewöhnlicherweise am Montag, dem Tag der Deutschen Einheit. Schon vier Tage vor Beginn der Masters werden die meisten Spieler eintreffen, um sich mit dem Gelände vertraut zu machen."

BM: Besteht die Chance, daß die Zuschauer hautnah Golf der Spitzenklasse erleben können?

Langer: „Die Spielbahnen sind zwar abgesperrt, doch sehr oft haben die Besucher die Gelegenheit, bei bestimmten Situationen bis auf zwei oder drei Meter an den Spieler heranzukommen. Da es genügend natürliche Erhebungen gibt, besteht ohnehin eine gute Sicht.



Chef auf dem Platz, selbst dann, wenn er den Ball aus dem Bunker schlagen muß, Bernhard Langer. Foto Bongarts

Am 18. Loch werden wir selbstverständlich Tribunen aufbauen."

BM: Wie ordnen Sie den Motzener Platz ein?

Langer: „Es ist der beste Turnierplatz in Deutschland, wobei der hohe Standard der Pflege überall lobend anerkannt wird. Außerdem liegt er landschaftlich sehr schön. Was für die Spieler am wichtigsten ist, er stellt hohe Ansprüche."

BM: Wie sieht es augenblicklich mit Ihren Vorbereitungen aus?

Langer: „Wir liegen zeitlich voll im Plan. Priorität hat zur Zeit das Akquirieren von Sponsoren. Dann müssen das Hotel-, Transport- und Cateringproblem gelöst werden."

BM: Wird dieses Turnier in größere gesellschaftliche Veranstaltungen miteingebunden?

Langer: „Natürlich. Wir erwarten viel Prominenz aus der Wirtschaft, die auch am Pro Am teilnimmt, dazu berühmte Sportler, die inzwischen eine große Liebe zum Golf entwickelt haben wie beispielsweise Franz Beckenbauer."

BM: Wie und in welcher Form wird das Fernsehen einsteigen?

Langer: „Das ZDF wird täglich von den Masters berichten, dazu Eurosports in den Abendstunden. Außerdem wird ein 52minütiger Zusammenschnitt erstellt, der in vielen Länder gesendet wird, so daß wir rund 400 Millionen Haushalte weltweit erreichen."

BM: Und welchen Wunsch hat der Veranstalter Erwin Langer für die Masters-Premiere in Berlin?

Langer: „Daß wir ein gutes Starterfeld zusammenbekommen, woran ich nicht zweifele, viele Zuschauer erscheinen und wir einen prominenten Turniersieger haben, warum nicht Bernhard Langer!"

Beste Grüße nach Hanau

Wir haben in der Nacht zum 29. April 1994 den Golfplatz von Motzen bei Königs Wusterhausen in Brandenburg verwüstet.

Wir haben mit Spaten und Hacken riesige Löcher in den superteuren Rasen gehackt und mit Farbe und Unkrautvernichtungsmitteln nachhaltige Schäden an dem Sportplätzen der Bonzen hinterlassen. Da wir nicht nur supereinfaches Spiel, sondern auch noch total gute Laune hatten, haben wir gleich sechs putting greens und einen Abschlagplatz umgegraben.
Anschließend haben wir noch ein Foto von dem Desaster gemacht und ein BekennerInnenschreiben hinterlassen.

Locht die Bonzen ein

Heraus zum 1. Mai

Für sinnlose Gewalt und nächtliche Ruhestörung

Kommando Bernhard Langer

Autonome eröffnen Golfsaison

Der Golf- und Country Club Motzen ist wohl eine der exclusivsten Freizeitanlagen der Region Berlin-Brandenburg. Allerdings nur für die, die eben mal 60.000 DM Aufnahmegebühr auf den Tisch legen können.
Dort treffen sich die, *"die einen Golfplatz verstehen als einen Ort der Begegnung, wo Gleichgesinnte Beziehungen pflegen, Kontakte knüpfen und mit Geschäftsfreunden Freizeit und Business verbinden. Hier gilt das amerikanische Motto:'Playing golf while talking buisiness'."* (Selbstdarstellung des Clubs)
Weniger vornehm ausgedrükt: Hier treffen und vergnügen sich die Bonzen, und ihr "Business" heißt Spekulation, Mietwucher und Ausbeutung.
"Das Konzept ist die gelungene Verbindung zwischen Golfvergnügen, Erwerb von Eigentum und Schaffung eines angemessenen Rahmens, um Business und entspannende Freizeit auf stilvolle Weise zu verbinden."
Das wollten wir auch probieren. Und tatsächlich: Eine gelungene Verbindung von Reichen in die Suppe spucken, Zerstörung von Prestigeobjekten, Spaß und sinnvoller Freizeitgestaltung _ läßt sich auf stilvolle Weise verbinden.

Pünktlich zum 1. Mai (genauer gesagt am 28.4.94) haben wir in blinder Zerstörungswut vier putting greens umgegraben und hoffen, damit den Golfplatz für längere Zeit unbespielbar gemacht zu haben.

Der 1. Mai heißt für uns immer noch: den Bonzen auf die Pelle rücken. Sei es nun ihre Nobelkarossen anzuzünden, oder sie auch da zu nerven, wo sie sich "unter sich" treffen und vergnügen, bzw. ihren miesen Geschäften nachgehen. Und gerade Golf ist das Gesellschaftsspiel par excellence der Reichen und Superreichen.

Heraus zum 1. Mai!

Freiheit für die gefangenen Antifas!

Locht die Bonzen ein!

Wir grüßen die Wagensportliga!

autonomes Kommando "Bernhard Langer", 29.4.94

Anschlag auf Golfplatz in Motzen

■ **Motzen**.– Wie erst jetzt bekannt wurde, haben in der Nacht zum Freitag unbekannte Täter auf den im vergangenen Jahr in Motzen (Kreis Dahme-Spreewald)eröffneten Golfplatz einen Anschlag verübt. Die Täter zerstörten sechs Grüns der 18-Loch-Anlage. Auf zwei mit Farbe gepinselten Aufschriften in englischer Sprache hieß es: „Friß die Reichen" und „1. Mai Spaß vorbei". Nach polizeilichen Schätzungen beträgt der Schaden etwa 400 000 DM. In einem der Morgenpost vorliegenden Bekennerschreiben hat sich inzwischen das Autonome Kommando „Bernhard Langer" zur Tat bekannt.

FRANFURT FEIERT 1.MAI

Am Sonntag, den 1. Mai, trafen sich 200 Menschen am Gelände der Startbahn-18-West des Frankfurter Rhein/Main-Flughafens um den traditionellen „Kampftag" auf ihre Weise zu begehen.
Es wurden nacheinander 2 Tore der Umgrenzungsmauer geöffnet, die inneren Fahrbahnen mit Barrikaden unpassierbar gemacht, auf das Rollfeld vorgedrungen, Schaltkästen für die Beleuchtung in Brand gesetzt und die übriggebliebenen Beobachtungshäuschen auf den Gangways abgefackelt. Polizeikräfte waren etwa 45 Minuten nicht vor Ort. Diese Zeit wurde eifrig genutzt, um unterirdische Kabelschächte und weitere Schaltkästen zu zerstören. Der Flugverkehr wurde eine halbe Stunde unterbrochen. Die ersten Polizeikräfte, die wohl aus der Frankfurter Innenstadt und vom Flughafenrevier stammten, wurden in ihrem ersten selbstsicheren Auftreten nachhaltig erschüttert. Nach dem „Absitzen" wurden die 5 VW-Busse auf dem Gelände von mehreren Dutzend Menschen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln angegriffen und in panikartige Flucht geschlagen. Außenstehende BeobachterInnen honorierten dieses Verhalten mit eifrigem Beifall. Da eigentlich nichts mehr zu zerstören war und die Einsatzhundertschaft sich näherte, entschloß mensch sich zum geschlossenen Rückzug. Begleitet von Polizeihubschrauber löste sich die muntere Schar in Wohlgefallen auf und lies eine Menge ratloser Zivilbullen aus allen möglichen Kommissariaten zurück.

Wir meinen, Sabotage ist legitim, auch wenn einiges als Anachronismus wirken mag, war es für viele wichtig, Frankfurter Bullen mal wieder von hinten zu sehen. Begreifen wir diese Aktion als psychologische Stärkung für die anstehenden Kämpfe in der Stadt.

Außerdem hat es auch Spaß gemacht, in annährend einer Stunde mehr Sachschaden zu produzieren als in manch vergangenen, wochenlangen Auseinandersetzungen.

WIR GRÜßEN ALLE MENSCHEN IN UNSERER REGION, DIE AUF IHRE ART WIDERSTAND LEISTEN!

NUR NICHTSTUN IST SINNLOS!

FIGHT THE SYSTEM!



--- Als dann die Polizisten des 19. Reviers mit dem Sicherheitsdienst ausrückten, sind die Einsatzkräfte laut Wagner „massiv" mit Stahlkugeln und Steinen attackiert worden. Die Eindringlinge hätten mit Präzisionsschleudern geschossen. Dabei wurden auch Funkwagen der Polizei demoliert. Einige Zufahrtswege der Polizei waren zuvor mit Barrikaden unpassierbar gemacht worden.

„Die Beamten", so der Polizeisprecher, „mußten sich gegen 16.30 Uhr zurückziehen und auf Verstärkung warten." Als die Polizei dann um 17 Uhr, diesmal mit Wasserwerfern und Hubschraubern, zurückkehrte, war die militante Gruppe schon im Wald bei Waldorf verschwunden. Die gewalttätigen Angreifer sollen sich an den Grillplätzen in der Nähe unter Ausflügler gemischt haben.

Bis zu den späten Abendstunden war die Fahndung nach den Tätern, die in der autonomen Szene vermutet werden, erfolglos. Wie die Polizei berichtete, ist der 1. Mai „kein Symboltag" im Kampf gegen die Startbahn West, die vor zehn Jahren am 12. April 1984 eröffnet wurde. Der Flugbetrieb an der Startbahn West wurde gestern für eine halbe Stunde unterbrochen. Die Beleuchtung der Startbahn, die durch den Anschlag teilweise außer Betrieb gesetzt worden war, konnte provisorisch wiederhergestellt werden.

Um die Startbahn West hatte es bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen gegeben – zum Beispiel der sogenannte „Besuch" des Flughafens, der am 15. November 1981 gewaltsam blockiert wurde. In Erinnerung geblieben sind aber vor allem die 14 Schüsse von militanten Startbahngegnern auf die Polizei am Abend des 2. November 1987, dem Jahrestag des Hüttenbaus, durch die zwei Beamte getötet wurden.---

Augenzeugen unerwünscht

Informationsveranstaltung zur aktuellen Situation in Kurdistan



Es berichten TeilnehmerInnen der Delegationen die sich zu Newroz und den Kommunalwahlen in Kurdistan aufgehalten haben. Sie werden berichten über die Vertreibung der Zivilbevölkerung durch das Militär, verbrannte Dörfer, Folter die in Kurdistan an der Tagesordnung steht, den Einsatz deutscher Waffen, die Situation türkischer und kurdischer Journalisten und über das Verbot von Özgür Gündem, und viele weitere Eindrücke die sie mitgebracht haben.

Freitag, 6. Mai im Ex, Mehringhof, 20 Uhr

Gneisenaustr. 2a, in Kreuzberg 61, U-Bhf. Mehringdamm

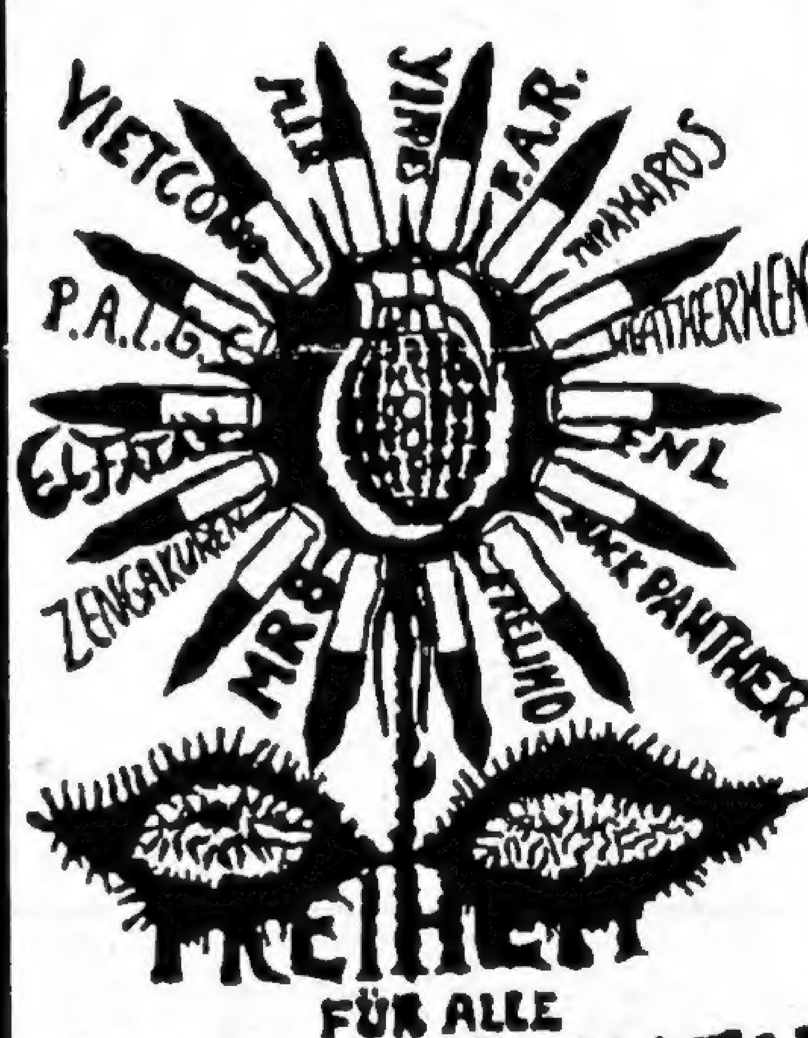
Maluf in Berlin

berüchtigt für
Folter, Mord, Verschwindenlassen,
Repression gegen die Guerrilla, die politische Opposition
"soziale Säuberungen" - gegen Arme, Schwarze, auf der Straße Lebende

Nach dem Fußball-Aus und dem Olympia-Desaster möchte sich der Berliner Senat nun endlich wieder in Szene setzen: Die diesjährige "Weltmetropolenkonferenz" findet vom 16.-18.5.94 in Berlin statt. Fressen, Saufen und Mediengeilheit wird das Treffen prägen, zu tiefgreifender Strategiediskussionen werden die angereisten Metropolen-Bürgermeister aus aller Welt kaum in der Lage sein. Repräsentation wie im Feudalabsolutismus - für uns ein Anlaß, uns mit der Imagepflege Berlins auf andere Weise zu befassen.
Sehen wir uns an wer kommt, hier ein Beispiel:
Aus Sao Paulo reist Maluf an. In den Jahren der härtesten Militärdiktatur Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre war Maluf Gouverneur des Bundesstaats Sao Paulo. Er trug die unmittelbare Verantwortung für den Ausbau der Repressionsapparate hin zum offenen Staatsterrorismus. Berüchtigt wurde die Einheit OBAN, die sich aus Militärs, Polizisten und Geheimdiensten rekutierte: Folter, Verschwindenlassen, Mord - eine Repression unter Anleitung der USA, anschließend ausgeweitet auf Uruguay, Chile und Argentinien.
Vor wenigen Jahren wurden Massengräber an der Peripherie Sao Paulos, in dem Ort "Perus", entdeckt: 1500 Leichen sind dort auf einem damals für Bettler, Nichtidentifizierte und mittellose Menschen angelegten Friedhof heimlich verscharrt worden. Bei Recherchen stellte sich heraus, daß Maluf diesen Friedhof mit dem Ziel anlegen ließ, die politischen und sozialen Opfer der Repression dort spurlos "unterzumischen" und verschwinden zu lassen. Er ordnete die Errichtung eines Krematoriums auf dem Friedhof an. Die katholische Kriche und Menschenrechtskreise konnten das Krematorium zwar verhindern - sie schöpften Verdacht, denn warum sollten die Leichname von Bettlern und Nichtidentifizierten verbrannt werden? - , aber die heimliche Anlage von Massengräbern haben sie nicht aufspüren können.
Die Entdeckung der Massengräber förderte zutage, was die Linke bis dato kaum wahrgenommen hatte: Die staatlichen Killerkommandos haben Tausende von "unpolitischen" Morden auf dem Gewissen, es waren von Beginn an Todesschwadrone, die die herrschende Gesellschaftsordnung "säubernd" durchzusetzen versuchte, durch massenhafte Morde an Armen, Schwarzen, Straßenkindern, Schwulen, Aufsässigen.
Diese Todesschwadrone bestehen auch heute noch, ihre Mordpraxis fordert heute nach staatlichen Statistiken (!) noch weit mehr Tote. Und Maluf - tritt heute noch als Politiker mit faschistischen Law-and-Order-Parolen auf. 1992 gewann er die Bürgermeisterwahlen mit dem Versprechen der verschärften "sozialen Säuberung" der Stadt, des Angriffs auf die Favelas und die Bevölkerung, die in der Innenstadt auf der Straße lebt.
Herrschende Metropolenpolitik heute - wer verkörpert sie besser als Maluf?



Plakate der letzten 25 Jahre aus:
BRD
Italien
England
Frankreich
Niederlande



14 verschiedene Plakate. Ein Plakatüberblick in der Geschichte der letzten 25 Jahre zum Thema Stadtguerilla in der BRD. Aus dem Beständen des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam. Der Überschuß kommt der Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen zu.
DIN A3 - teilweise vierfarbig, Mappe. (Gegen 30 DM + 10 DM Porto u. Verpackung, nur gegen Vorkasse - Scheck, Bargeld)

CONTRASTE
Postfach 104520
69035 Heidelberg

Eine Initiative von CONTRASTE in Kooperation mit ID-Archiv im ISG, Amsterdam

EINLADUNG
ZUM BUNDESWEITEN KONGRESS-VORBEREITUNGSTREFFEN
"Autonome auf den Weg ins 21. Jahrhundert/ GrundRisse autonomer Politik"

Nach der Veröffentlichung der Kongreß-Idee vor 2 Monaten sind einige positive Reaktionen aus dem Bundesgebiet eingetroffen.
Die Berliner Vorbereitungsgruppe will und kann aber nicht allein entscheiden, ob und unter welchen Fragestellungen der Kongreß nun stattfindet.
Deshalb laden wir alle Interessierten zu einem ersten bundesweiten Vorbereitungstreffen am 28./29.5. in 06108 Halle/S, Kellnerstr. 10a ein.
Anreise am besten Freitagabend. Beginn des Treffens SA. 11 Uhr, Abschluß SO.- Nachmittag.
Auf diesem Treffen soll entschieden werden, ob der Kongreß stattfindet oder nicht! Deswegen sollten alle kommen, die Interesse an der inhaltlichen und/ oder organisatorischen Vorbereitung des Kongresses im Herbst haben! Als möglicher Termin spricht vieles für das verlängerte Wochenende 1., 2. und 3. Oktober.
Es gibt allerdings den Einwand, daß an diesem Wochenende nach Bremen mobilisiert werden könnte.
Wir wollen auf dem Kongreß die Erfahrungen und Analysen der autonomen Bewegung der letzten Jahre diskutieren und über mögliche neue Wege und Kampfformen reden. Diese Debatte umfaßt eine inhaltliche, wie organisatorische Neubestimmung. Wir glauben nicht, daß wir auf dem Kongreß sofort *die* Lösungen finden werden. Aber wir wollen den länger andauernden Prozeß der Suche nach einer neuen revolutionären Utopie und Praxis mit dem Kongreß endlich zusammen beginnen.
Weltweit diskutieren die Linken und Linksradikalen über neue Formen der Organisierung und über die inhaltliche Neubestimmung emanzipatorischer und revolutionärer Gesellschaftsentwürfe. Weltweit sind dabei noch keine begeisternden neuen Antworten gefunden worden.



Die Mühen der Ebene stehen uns noch bevor.

Stand der Diskussion in Berlin

Die Idee, einen Kongreß zu den Grundproblemen autonomer Politik zu machen, entstand in den Diskussionen über den Verlauf der Berliner 1. Mai-Demos in den letzten Jahren. Dabei wurde deutlich, daß die fehlende Kraft, die Demos als kollektiv organisierendes Projekt durchzusetzen, viel mit mangelnder inhaltlicher Substanz zu tun hatte.

Darüberhinaus geht es um die Frage der Organisierung und die Kontinuität autonomer Projekte und ihres Selbstverständnisses. Dabei ist klar, daß die Antwort nicht aus einer peppigen "Neuordnung der Parolen", auch nicht allein aus der noch besseren Benennung neuer Feinde und deren Bekämpfung bestehen kann. Sondern es bedarf zunächst mal der schonungslosen Aufarbeitung unserer eigenen Erfahrungen, Fehler und Erfolge der letzten Jahre.

Im Moment geht die Debatte darum, wo denn der Schwerpunkt dieser Aufarbeitung und Kritik ansetzen soll. Dabei gibt es hier in Berlin zwei unterschiedliche Ansätze:

1. Politik in der 1. Person, ausgehend von uns selbst. Von der emanzipatorischen Veränderung unserer Strukturen, unserer Umgangsformen untereinander und mit anderen Gruppen. Dieser "subjektive Politikansatz", der Eigenverantwortung und Selbstbestimmung als gesellschaftspoltisches Ziel und Mittel zur Durchsetzung betont, sollte auf dem Kongreß im Mittelpunkt der Reflexion stehen.

2. Wir müssen zuerst eine neue Analyse der veränderten gesellschaftlichen und globalen Verhältnisse vornehmen, weil wir die Gesellschaft mit ihren Gegnern und Bezugspunkten für unsere Kämpfe erst genauer kennen müssen, wenn wir sie verändern wollen. Andernfalls droht ein hilfloses sich im Kreisedrehen alter Politikkonzepte, aus dem wir auch mit viel gutem Willen nicht herauskommen.

"Die Selbstveränderung und die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gehören zusammen" (ein älterer, bärtiger Mann aus dem 19ten Jahrhundert)

Unsere eigene, autonome Subjektivität sollten wir nicht aufgeben. Ihre Stärken sind unübersehbar. Z.B. ist unsere autonome Kultur nicht nur Ort der Abnabelung von der gesellschaftlichen Realität und führt nicht zwangsläufig zur Ghettoisierung. In ihr entwickeln sich auch neue Werte und Normen, die eine Rückwirkung auf die gesellschaftlichen Entwicklungen haben. Eine Moral, die soziale Aneignungsformen wie z.B. Einklauen, Schwarzfahren, "Sozialbetrug" so eindeutig legitimiert, ist in der BRD außerhalb der Szene höchstens in einigen MigrantInnen-Communities zu finden. Eine Gegenkultur samt einer solidarischen Sozialstruktur ist eine Voraussetzung für die Entfaltung sozialer Kämpfe.
Eine andere Stärke der Szene liegt in dem Verständnis über die Existenz unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse. Das Bewußtsein darüber ist in den anderen sozialen Kämpfen nur selten vorhanden. Die Diskussion und Entwicklung einer Utopie, in der die unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse nicht erneut vereinheitlicht, sondern in ihrer Widersprüchlichkeit ausgehalten werden können, ist für uns derzeit nur im weiten Spektrum der autonomen Szene denkbar.
Aber wir leben nicht außerhalb der Gesellschaft. Und da ein Teil unserer Utopie auch eine grundlegend veränderte Gesellschaft ist, können wir nicht darauf "warten", daß "alle einmal so werden wie wir". Eine Möglichkeit ist, uns von uns aus auf die zu beziehen, mit denen wir dieses Projekt verwirklichen wollen. Wir können zahlreiche Menschen in anderen autonomen Organisierungen finden (Kämpfe von Frauen, von MigrantInnen, Klassenkämpfe z.B. gegen Arbeitszwang, Kämpfe von Antifas), die sich nicht innerhalb "der Szene" bewegen oder sich nicht als "Autonome" bezeichnen.

Aber wie können unsere Projekte und Strukturen in der Form gestaltet werden, daß sich die Subjekte anderer sozialer Konflikte mit ihren Zielen darin wiederfinden können?
In anderen sozialen Konflikten können wir unsere eigene Subjektivität sehr wohl einbringen. Schließlich sind wir keine besseren Menschen, sondern werden ebenso von gesellschaftsprägenden Herrschaftsverhältnissen wie Sexismus, Rassismus und Klassenwiderspruch durchzogen. Die Arbeit an der eigenen Veränderung dauert gerade unter den autonomen Männern oftmals Jahre um Jahre.
Wenn wir uns ehrlicher die Widersprüche zwischen den politischen Ansprüchen und dem gelebten Alltag eingestehen, können wir leichter wieder beides miteinander verbinden.

Bei einigen Ansätzen sind wir von der Verknüpfung unserer autonomen Subjektivität mit anderen sozialen Widersprüchen nicht so weit entfernt, wie wir manchmal denken.
Zum Beispiel:

- versuchte das Berliner Anti-Olympia-Komitee (hier als Beispiel für eine lokal orientierte Kampagne) sich nach Möglichkeit auf örtliche Initiativen gegen Mieterhöhung und Vertreibung zu beziehen;

- entwickeln autonome Erwerbslosengruppen ihren persönlichen Kampf ums Einkommen an Konfliktpunkten (Sozi, Arbeitsamt), in denen nicht nur Autonome kämpfen;

- versuchen Antirassismus-Gruppen sich seit Jahren an einer Praxis, die die konkrete Unterstützung von Flüchtlingskämpfen nicht von der eigenen Verstrickung in den Rassismus trennt;

- nehmen autonome Männergruppen die Thematisierung ihrer Täterrolle zum Ausgangspunkt, das Patriarchat als gesellschaftliches Verhältnis zu kritisieren;

- diskutieren Antifagruppen nicht nur den Weg zur Stärke in der direkten Konfrontation, sondern auch, wie Hierarchie, Autoritätshörigkeiten und Kommandostrukturen in den eigenen Reihen zu vermeiden sind.

Dennoch ist klar: Wenn das alles ganz prima lau-

fen würde, bräuchten wir keinen autonomen Kongreß über Grundsatzfragen, sondern könnten uns direkt Überlegungen praktischer Vernetzung und Organisierung widmen. Ausgangspunkte für die Idee eines autonomen Kongresses waren u.a. folgende:

Es fehlen Antworten auf die Frage nach den von vielen als überholt erklärten Formen der autonomen (Selbst-) Organisierung und militanter Politik.

Es fehlen Antworten auf die Frage, ob wir "von uns selbst ausgehend" eine neue Subjektivität finden können, während wir in einer fremdbestimmten Gesellschaft leben. Einer Gesellschaft, die versucht, jegliche Form von Selbstbestimmung unter das Diktat der Warenform und Konkurrenz zu zwingen.

Es fehlen Antworten auf die veränderte globale und gesellschaftliche Situation:

Mit dem "Sieg" des Kapitalismus und dem Zusammenbruch des "real existierenden" Sozialismus hat sich das weltweite Kräfteverhältnis entscheidend verändert. Trotz inhaltlicher Kritik am Herrschaftsystem des Sowjetmarxismus haben sich die Utopien einiger Westautonomen z.T. im Schatten des Ost-West-Gegensatzes entwickelt. Jetzt zeigt sich, daß diese Utopien so nicht tragfähig sind, wärend für Teile der Ost-Autonomen sich heute die Ausgangsbedingungen verbessert haben.

Unsere bisherige Form und inhaltliche Ausrichtung der internationalen Solidarität mit antiimperialistischen/nationalen Befreiungsbewegungen ist angesichts der Entwicklung in Salvador, Südafrika, Palästina oder Algerien nicht mehr aufrechthaltbar.

Der wieder erstarkte Nationalismus und stark anschwellende Rassismus in allen europäischen Ländern wirft die Frage auf, wie wir diesen neuen Feindbildern inhaltlich begegnen und wie wir den nationalistischen und faschistischen Vereinfachern und Agitatoren umfassenderen Widerstand leisten können.

In den letzten Jahren gab es in der BRD ein patriarchales roll-back. Es ist schlicht reaktionär, wenn wir unsere revolutionäre Utopie einer befreiten Gesellschaft ohne eine umfassende Kritik des patriarchalen Systems formulieren würden.

In der Bundesrepublik ist die Ära der relativ hohen sozialen Absicherung endgültig vorbei, und Kämpfe um Einkommen werden wieder an Bedeutung gewinnen. Hier können sich Selbstorganisierungsprozesse entwickeln, die weder von Gewerkschaften noch von politischen Parteien vertreten werden.

Die alte ArbeiterInnenbewegung hat in Europa als radikale antagonistische Kraft abgedankt. Unsere daraus resultierende Suche nach dem neuen revolutionären Subjekt war bisher vergebens und hat uns eher gelähmt.



Soweit die bisherige Diskussion der Kongreßini. Wir wollen mit diesem Papier nicht vorschnell auf Kompromisse drängen. Viel sinnvoller ist es, wenn diese unterschiedliche Vorstellungen auf dem Kongreß aufeinandertreffen. Dies in dem Sinne, daß wir an unseren Kommunikationsformen noch viel ändern müssen, damit wir uns mit anderen Positionen, die uns vielleicht gar nicht passen, dennoch auseinandersetzen. Ein Gedanke dazu wäre, zunächst mal die Stärken anderer Auffassungen zu suchen, anstatt sich auf die vermeintlichen Schwä-

chen zu stürzen. und sie als "Papiertiger" aufzubauen, der in Folge bequem zu den Akten gelegt werden kann.

Unser Dilemma

Wir von der Kongreß-Ini stehen außerdem dem Dilemma gegenüber, daß wir einerseits nicht zuviel an Schwerpunktsetzung und Strukturierung für den Kongreß vorgeben wollen, denn es soll ja ein bundesweiter, möglichst gemeinsamer Prozeß werden. Und andererseits müssen und wollen wir natürlich auch darstellen, was sich in unseren Köpfen abspielt.

Ein anderer Punkt ist die an uns ergangene Aufforderung, wir sollten mal klar benennen, wer denn zum Kongreß kommen soll, und wer nicht. Dazu denken wir, daß die in den bisherigen Beiträgen und dieser Einladung positiv genannten Eckpunkte der Diskussion ausreichen, ein negativ formulierter "Ausschluß-katalog" ist nicht nötig

Zur Kongreß-Struktur

Ein Problem ist allerdings, daß viele von denen, die sich zwar oft nicht als "Autonome" begreifen, mit denen wir aber gerne auf dem Kongreß über gemeinsame Perspektiven reden wollen (z.B. Frauen-, Flüchtlings,- Antifagruppen und Autonome aus der ehemaligen DDR) in die Vorbereitung bisher nicht aktiv eingreifen.

Wir begreifen diese Tatsache als Ausdruck unserer strukturellen Probleme, deretwegen wir auch den Kongreß organisieren.

Für die Struktur des Kongresses heißt das:

Für oben benannte Gruppen, die ihre autonomen Kämpfe oftmals nicht als "autonome" begreifen, soll bis zum Schluß die Möglichkeit bestehen, den Ablauf und die Inhalte des Kongresses mitzuprägen.

An dieser Stelle wollen wir jetzt nicht die bisher eingegangenen AG-Vorschläge auflisten. Dazu sei hier nur gesagt, daß zwischen den Ideen, die viele interessante Diskussionen versprechen, und den realen Vorbereitungen die berüchtigte Lücke klafft. Wir halten es für sinnvoll, alle AG-Vorschläge von uns und von euch auf dem bundesweiten Vorbereitungstreffen darzustellen. Wer dort nicht hinkommen kann, sollte seinen/ihren Vorschlag also am besten schriftlich an uns oder die Interim schicken.

Daraus ergibt sich, daß die Diskussion über den konkreten Ablauf und die Art der Organisation des Kongresses (Plena/Arbeitsgruppen etc) von uns noch gemeinsam begonnen werden muß. Dabei sollten möglichst die oft negativen Erfahrungen mit bisherigen Kongressen einfließen.

Feste/Kultur/Spaß

In diesem Zusammenhang wollen wir noch betonen, daß wir natürlich auch keinen "KopfrockerInnen-Kongreß" wollen. Es wird ganz klar viel Platz zum Kennenlernen, Reden, Essen, Feiern, für Konzerte, Lesungen und alle möglichen kulturellen Beiträge offen bleiben. Das findet in der bisherigen Diskussion nur deshalb nicht so breiten Raum, weil es nicht so kompliziert in der Vorbereitung ist.



Also: Schickt uns eure Kritik, Vorschläge, Anregungen und AG-Vorschläge.

Und kommt am besten selbst zum Vorbereitungstreffen! (Wenn möglich, meldet euch doch vorher an wegen Übernachtung, Essen usw.).

Die Kontaktadresse ist weiterhin:
Kongreßini
c/o Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Zur Vorbereitung auf das Treffen ist es sicher sinnvoll, wenn ihr nochmal die bisher veröffentlichten Positionen nachlest. **Der Kongreß lebt und stirbt mit der Diskussion im Vorfeld.** Beiträge erschienen bisher in allen Interims ab Nr.273. Nur wenn eineR von euch keine Möglichkeit hat, an die Texte dranzukommen, schreibt uns und wir schicken sie euch zu.

Nachtrag des Ermittlungsausschusses zu den Enttarnungen der beiden verdeckten Ermittlerinnen Christine Schindke und Ilka Drinhaus

Wir müssen uns in dieser Angelegenheit noch einmal zu Wort melden: Der Ermittlungsausschuß wurde im Zusammenhang mit den Enttarnungen der zwei verdeckten Ermittlerinnen Christine Schindke und Ilka Drinhaus gebeten, Informationen über beide zu sammeln und ggf. zu veröffentlichen. Zu Christine Schindke erreichten uns in der Folgezeit eine Menge Informationen, die wir zusammengefaßt in der Interim Nr. 278 veröffentlichten.

Es gab also eine Reihe von Leuten, die sich in dieser Angelegenheit an den Ermittlungsausschuß gewandt haben. Trotzdem haben wir zunehmend den Eindruck bekommen, daß einige betroffene Gruppen bzw. Einzelpersonen, die über ihre politische Arbeit oder im Rahmen ihrer Freizeitgestaltung mit den beiden Spitzelinnen zu tun hatten, keinen verantwortlichen Umgang in dieser Sache an den Tag legen. Dies macht sich für uns daran fest, daß zu den jeweiligen mit dem Ermittlungsausschuß vereinbarten Folgetreffen zu Christine Schindke immer weniger der Betroffenen erschienen, obwohl es noch Fragen zu klären galt. Einige Gruppen/Einzelpersonen erschienen gar nicht bei uns (was an sich auch nicht zu kritisieren ist); sie äußerten sich allerdings auch ansonsten in keiner Weise öffentlich zu den Vorgängen. Darüberhinaus ist dem Ermittlungsausschuß bis auf die Stellungnahme des Infotelefons keine Veröffentlichung bekannt, die sich mit der Tätigkeit der Spitzelinnen befaßt.

Wir finden dieses Nichtverhalten fatal: Ersteinmal ist aufgrund eines solchen Umgehens nicht gewährleistet, daß alle Bereiche, in denen sich die beiden Frauen bewegt haben, auch öffentlich gemacht werden. Wir halten die Veröffentlichung dieser Fakten für wichtig, um so weit wie möglich Gerüchten und Verunsicherungen entgegenzutreten. Gerade bezüglich Ilka Drinhaus sind dem Ermittlungsausschuß bisher so gut wie keine Informationen aus erster Hand zugegangen, obwohl I.D. sich oft im EX aufgehalten haben soll und dort diverse Kneipenbekanntschaften hatte. Weiterhin muß inzwischen davon ausgegangen werden, daß es sich bei der Frau, in deren Auto die Berliner Konvoileitung zusammen mit Christine Schindke auf der Fahrt nach Wunsiedel 1993 umstieg, um Ilka Drinhaus handelte. (siehe EA-Bericht in der Interim-Nr. 278) Dies hat der Ermittlungsausschuß bisher nur über Umwege erfahren, direkt beteiligte Personen haben sich bei uns nicht mehr gemeldet.

Aber abgesehen von diesem Umgang mit Informationen zeigt der Fall der beiden Spitzelinnen einmal mehr die Notwendigkeit auf, sich die Existenz von Spitzelinnen bewußt zu machen und sich damit auseinanderzusetzen. Das heißt z. B. konkrete Erfahrungen, wie die mit den beiden Frauen, anderen zu vermitteln. Das heißt weiter, sich damit zu befassen, auf welchen Wegen und vor welchen Hintergründen es für die beiden möglich war, Zugang zu Gruppen zu bekommen, ob es in diesem Zusammenhang bestimmte Auffälligkeiten oder bestimmte Verhaltensmuster gab.

Nicht unerwähnt bleiben sollten natürlich auch die eigenen Ungenauigkeiten und Fehler. Dabei geht es nicht darum, die Asche auf dem eigenen Kopf oder - was die bequemere Variante ist - auf den Köpfen anderer zu verteilen, sondern um die Vermittlung von Erkenntnissen, die es dem einen Spitzel oder der anderen Spitzelin zukünftig vielleicht schwerer machen, effektiv zu arbeiten.

Dementsprechend wäre es zu begrüßen, wenn der Mantel des Schweigens durch die betroffenen Gruppen und Personen gelüftet würde...

Ermittlungsausschuß



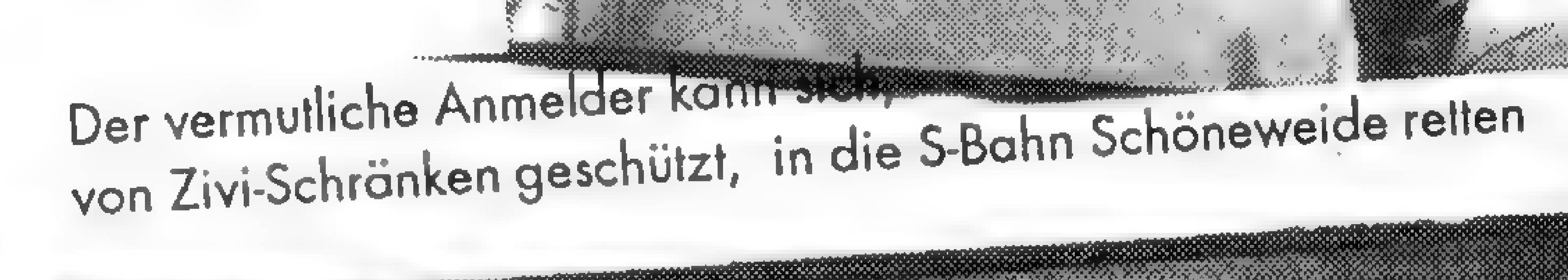
Ein schlechter Tag für die FAP



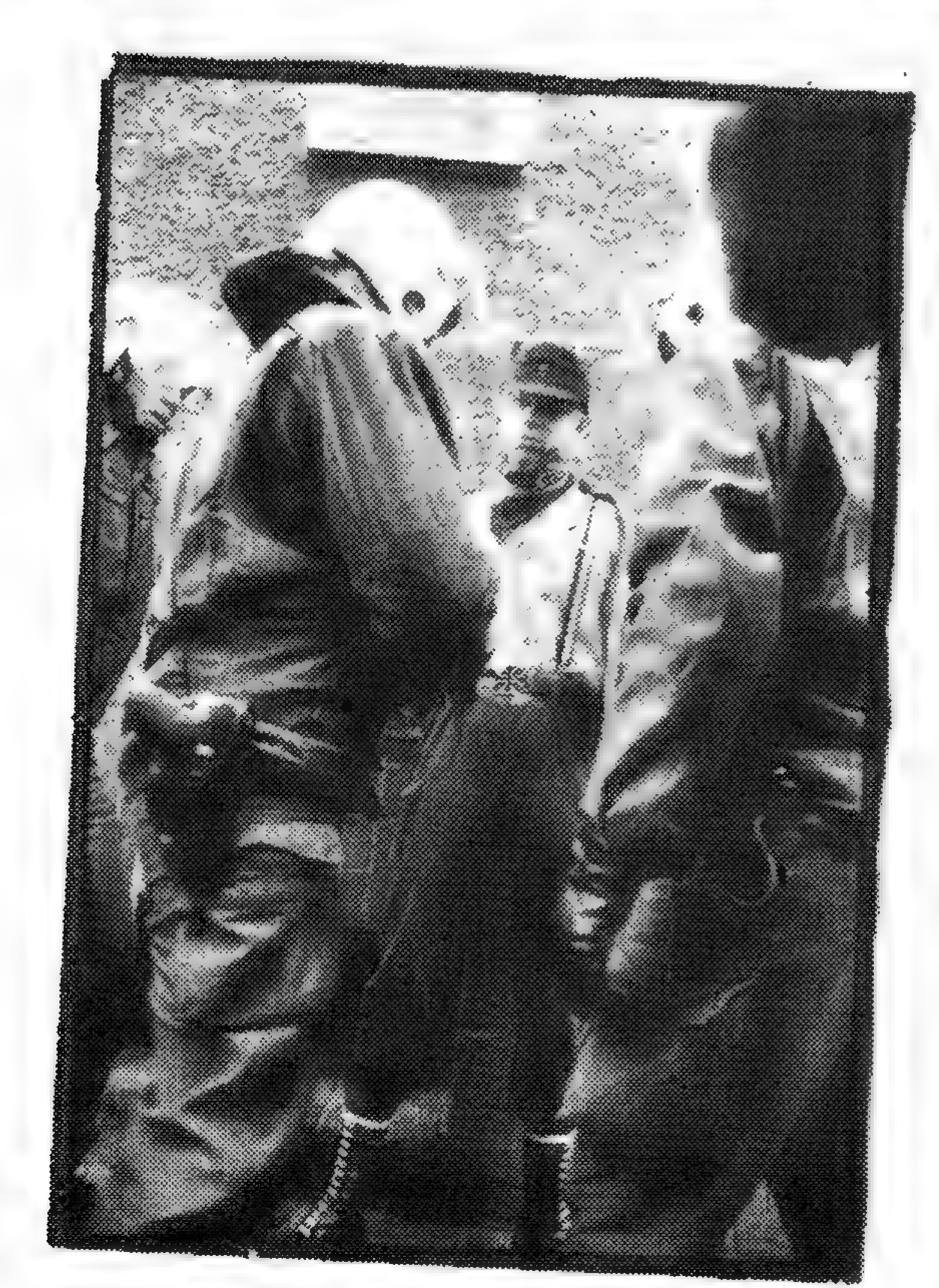
600 - 1000 Antifas den ganzen Tag unterwegs...

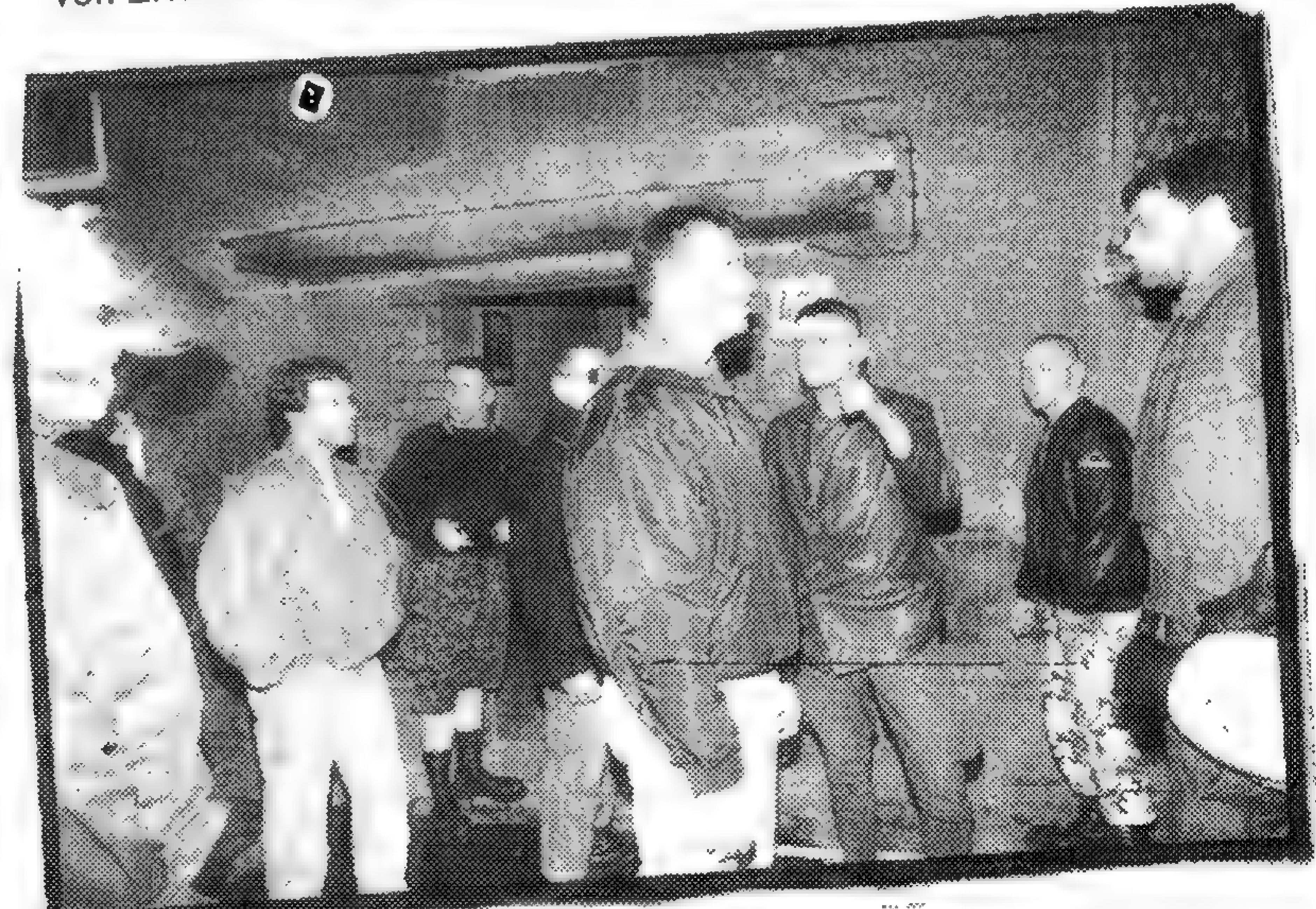






Der vermutliche Anmelder kann sich, von Zivi-Schränken geschützt, in die S-Bahn Schöneweide retten





Am Nachmittag kommt es zu einem kurzen Aufmarsch von 50 FAPlern. Die Bullen kontrollieren sie und sperren das Gebiet rund um die Greifswalder Straße weiträumig ab.

ES WAR MAL WIEDER 8ER MÄRZ...

aus Swing:

Anders, als in den letzten Jahren, als am Internationalen Frauen/Lesbenkampftag lediglich eine Handvoll autonomer Frauen eine Demo oder Kundgebung - oft zum Frauenknast Preungesheim - auf die Beine stellte, sollte es in diesem Jahr mehrere Kundgebungen und Aktionen zu verschiedenen Themen geben, von einem autonomen Frauenbündnis vorbereitet

Das Autonome Frankfurter Frauenbündnis setzt sich zusammen aus Frauen von Femigra, Autonomem Frauenplenum, Uni-Frauen und Frauen/Frauengruppen aus dem Antifa-Spektrum. Innerhalb des Bündnisses, das die, nachfolgend durch die dazu jeweils verteilten Flugblätter dokumentierten Aktionen, organisierte, war strittig, inwieweit wir uns mit unseren Aktionen von den DGB-Frauen abgrenzen, in Konkurrenz setzen, bzw. sie kritisieren wollten. Diese ungeklärte, bzw. nicht genügend diskutierte Haltung ihnen gegenüber ist Ursache für einige seltsame Situationen dieses Tages. Dazu später.

Erstmal fing alles gut an. Um neun in der Früh fanden wir uns bei dem von den DGB-Funktionärinnen (genauer, wie wir später erfuhren: von einem ihrer "Genossen"...) angemeldeten/eingerichteten Zelt auf der Konstablerwache ein, um den dort frühstückenden Frauen Flugblätter zu unseren Aktionen zu verteilen und sie aufzurufen, sich an ihnen zu beteiligen. Die Resonanz war durchweg positiv. Viele der jeweils anwesender Frauen gingen zu den einzelnen Punkten mit. Mehr jedenfalls, als wir allein hätten mobilisieren können. Wir waren ein relativ "bunter Haufen" aus Migrantinnen, autonomen Frauen, DGB-nahen Frauen, Frauen, die am 8. März einfach "was machen" wollten und zwei unentwegten "Feministen", offenbar Fans der DGB-Frauen, die es sich nicht nehmen lassen wollten, ihre "Solidarität" mit uns ganz hautnah auszudrücken... An dieser Stelle mal wieder ganz deutlich: Wir brauchen nicht die "Freunde" der Frau sondern die Feinde des Mannes!

Ca. 150 Frauen machten gegen 10.00 Uhr eine Kurzdemo zum Arbeitsamt. Dort hielten wir in den einzelnen Stockwerken Kundgebungen ab, verteilten Flugblätter und stifteten Verwirrung. Der Überraschungseffekt war dabei gut auf unserer Seite. Die SachbearbeiterInnen, die wir in ihren Zimmern aufsuchten reagierten überwiegend verdattert ("Machen Sie wenigstens die Tür wieder zu." - "Aber dann hören Sie doch unsere Kundgebung gar nicht!"). Wir thematisieren die Arbeitsbedingungen von Frauen, vor allem die von Frauen ohne deutschen Paß, von Migrantinnen sowie die rassistische Direktive, nach der MigrantInnen nur mehr mit vier Wochen Wartefrist vermittelt werden sollen. Dazu im nachfolgenden Flugblatt mehr. Erstaunlicherweise und schade, daß, waren am 8. März nicht so viele Leute im Arbeitsamt, wie sonst gewöhnlich. Positive Reaktionen gab es fast ausschließlich von MigrantInnen. Die deutschen Frauen und Männer vertieften sich zum Teil recht krampfhaft in ihre Zeitungen und versuchten, das Mega zu überhören, daß neben ihrem Ohr ertönte. Eine deutsche Groteske... Es gab allerdings auch positive Bezugnahen auf uns. So wurde uns der Name eines besonders rassistischen Sachbearbeiters genannt. (An dieser Stelle möchten wir auch die Initiativen in Berlin gegen Zwangsarbeit und Ernteeinsatz grüßen, die im Flur eines Arbeitsamtes eine Nicht-mehr-ganz-Frischgemüse-Installation errichtetenbzw. auf einer Veranstaltung sogenannte "Alternativprojekte", die - unter Hinweis auf die eigene Selbstausbeutung - ZwangsarbeiterInnen beschäftigen, dazu zwangen, eine Resolution der VeranstaltungsteilnehmerInnen anzunehmen, die sie auffordert, diese Schweinerei künftig zu unterlassen. (Hallo!! Weiter so!!)

Als Fehler sehen wir im Nachhinein, den uns pausenlos umschwirrenden Kamerateams verschiedener Sender nicht vorher und klar deutlich gemacht zu haben, daß wir sie nicht dabeihaben wollen. Wie so oft haben wir uns zu wenig Gedanken um Pressearbeit gemacht, wodurch es für die DGB-Funktionärinnen leicht wurde, uns das aus der Hand zu nehmen. So konnte eine von ihnen ein Interview zu unserer Aktion geben, während wir noch im Arbeitsamt waren. Wir haben nicht spontan die Möglichkeit erkannt und genutzt, die Presse, so weit das eben geht, für unsere Zwecke zu nutzen und selbst zu bestimmen, was sie filmen und mitbekomen dürfen und was nicht, oder selbst ein Interview zu geben.

WAS FÄLLT IHNEN EIN

Anschließend statteten wir zusammen den Parfümerieabteilungen der Zeil-Kaufhäuser sowie der Douglasschen Stinkerei einen Besuch ab, um den Terror des Frauenschönheitsbildes anzugreifen. Bei Douglas sahen sich die Detektive genötigt, eine Rangelei anzufangen. In den Kaufhäusern verlief die Aktion gut und stieß auf verdutzte Angestellte und Interesse. Das nachfolgende Flugblatt wurde vorgelesen und verteilt.

Am Nachmittag stand gemeinsames S-Bahn-Fahren auf dem Programm. Ziel war es, sexistische Gewalt der patriarchalen Gesellschaft an einem Ort zu thematisieren und anzugreifen, an dem Frauen sich häufig bewegen. Eine große Gruppe von Frauen nahm sich ab Südbahnhof den 1. S-Bahnwaggon einer Bahn aus der Stadt hinaus. Das hatte zunächst zur Folge, daß der Schaffner die Bullen rief, so daß die Fahrt erst nach einigem Gezacker und mit Verspätung losging. Hier gab es an den einzelnen Haltestellen immer wieder Anmache, bzw. Übergriffe von Typen, die offenbar nicht in der Lage waren, zu kapieren, daß sie - im deutlich als ♀♀-Waggon gekennzeichneten - 1. Wagen heute nichts zu suchen hatten. Einer Frau wurde dabei die Bluse zerrissen, eine andere erhielt einen Faustschlag aufs Auge.

Das war sozusagen der Höhepunkt offen sexistische Gewalt an diesem Tag. Es ist immer wieder "eindrucksvoll", mit welcher Agressivität Männer auf Frauen reagieren, die sich frei bewegen und sich Raum nehmen, wobei sie genau das zum Thema machen: Das ihnen das sonst oft nicht möglich ist. Die Benennung sexistischen Verhaltens führt immer wieder dazu, daß mann dann erst so richtig rausläßt, was er für ein Schwein ist. Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß uns das nicht immer bewußt war, bzw. es uns nicht immer gelang, darauf angemessen zu reagieren. Uns fehlte z. T. die nötige Ge- und Entschlossenheit, um solche Angriffe immer zu verhindern oder abzublocken. So ist es auch nur als Glück zu bezeichnen, daß auf dem Weg zurück vom Arbeitsamt zur Zeil, als einer mit dem Auto in unsere Demo fuhr, keine verletzt wurde. Wir alle, das heißt, alle, die die Aktionen vorbereitet hatten und alle, die an ihnen teilnahmen, müssen uns klarer darüber sein, daß wir eine reale Gewalt thematisieren und angreifen und daß die Träger derselben darauf reagieren. Wir fühlten uns teilweise offenbar zu sicher, da kaum Bullen zu sehen waren, mit denen wir Konfrontationen bei derartigen Anlässen offenbar eher gewohnt sind. Frau sollte sich natürlich nicht mit jedem sexistischen oder rassistischen Spruch abgeben und ablenken lassen, dann kämen wir zu nichts anderem mehr. Wir müssen uns aber bewußter drauf einstellen und vorher besprechen, was wir tun, wenn dann noch mehr nachkommt. (z. B.:)



Als Fehler sehen wir auch, uns nicht klarer von den DGB-Funktionärinnen abgegrenzt zu haben, sowohl inhaltlich als auch räumlich. Durch die räumliche Nähe im/am Zelt, von dem die einzelnen Aktionen immer wieder ausgingen, wurde auch die formulierte Kritik an den DGB-Funktionärinnen und ihrer weißen deutschen Mittelstandsfrauen-Politik vernebelt. Diese Politik drückt sich aus in einem "wir Frauen", das die Situatio und unterschiedlichen Bedingungen von Migrantinnen und weißen deutschen Frauen verschwinden lassen will oder durch einen rassistisch verengten Blick die Situation von Migrantinnen nur verzerrt darstellen kann (siehe Flugblatt zum Arbeitsamt).

Sie ihrerseits hatten mit uns keine Probleme. Kaum verwunderlich, zwangen wir sie doch nicht, sich mit unserer Kritik auseinanderzusetzen. Da sie auch wenig eigene Aktionen vorbereitet hattten (Kundgebung vor dem Wohnungsamt um 8.00 morgens, Trommeln auf der Kurt-Schumacher und Blockade um die Mittagszeit), waren unsere Aktionen auch nützlich für sie, sonst wärs da im Regen langweilig geworden. Auch DGB-frau kann nicht den ganzen Tag frühstücken. Wir hätten einen eigenen Treffpunkt haben sollen, von dem aus wir zum DGB-Zelt hätten hingehen und die dort anwesenden Frauen zu unseren Aktionen hätten aufrufen sollen. So, wie es war, war es einfach für die DGB-Funktionärinnen, unsere grundsätzliche Kritik an diesem Frauenstreiktag zu überhören.

Der Tag endete mit einer Kundgebung auf dem Römer, zu der wir auch einen Redebeitrag hielten.

Insgesamt war die Stimmung unter uns an diesem Tag gut und powervoll und es ist uns gelungen, Frauen/Migrantinnen auch außerhalb unseres Spektrums zu erreichen und zu mobilisieren. Und nächstes Jahr wird natürlich alles noch besser, weil wir ja aus unseren Fehlern lernen...

Einige autonome Frauen.



Von Arbeitslosigkeit betroffen sind viele. Viele andere sind in absehbarer Zeit davon bedroht. Aber es trifft nicht alle gleich. Geschlecht, Nationalität und Hautfarbe sind entscheidende Kriterien bei der Vergabe von Arbeitsplätzen.

Uns geht es heute am 8. März um die Arbeitssituation der Frauen, aber besonders um die der Frauen ohne deutschen Paß, der Migrantinnen. Wir wollen die rassistische und sexistische Praxis des Arbeitsamtes darstellen und angreifen: Frauen werden insgesamt schlechter bezahlt und schneller erwerbslos als Männer; Migranten finden schwerer halbwegs gut bezahlte Stellen als Deutsche und für ausländische Frauen bleiben die jobs in den niedrigsten Lohngruppen, für die sich niemand anderes findet. Das Arbeitsamt ist dabei Vollstrecker einer rassistischen und frauenfeindlichen Politik. Wir wissen, daß neben den Arbeit-"gebern" auch viele der deutschen Frauen und Männer, die hier die Vormittage auf den Fluren verbringen nicht weniger rassistisch sind, als die Bildzeitung oder FAZ, die sie dabei lesen.
Aus verschiedenen Gründen leben MigrantInnen in der BRD. Wir wenden uns gegen den Zwang zu begründen oder rechtfertigen, warum sie hier sind. Wir stellen uns dagegen, daß ihnen das Recht hierzusein immer aufs Neue beschnitten werden soll.

Die Arbeitsämter spielen bei diesen Angriffen auf die Existenz von MigrantInnen eine besondere Rolle als Institutionen rassistischer Aussonderung und Kontrolle. Der "Neue Erlaß zur Arbeitserlaubnis für Ausländer" macht dies sehr deutlich. Der Erlaß trägt hervorragend die Ideologie der deutschen Volksgemeinschaft gegen Flüchtlinge. Das verbreitete Argument von "den Ausländern, die den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen" wird so bestärkt und abgesegnet. Die rassistische, faktisch schon längst praktizierte Devise: "Deutsche auf dem Arbeitsmarkt zuerst" wird institutionell festgeschrieben.

Der Dienstanweisung von Bundesarbeitsminister Blüm zufolge bekommt ein großer Teil von MigrantInnen ab sofort nur noch eine Arbeitserlaubnis für ein Jahr. Die Arbeitsplatzvergabe ist hierarchisch in folgender Reihe gestaffelt: Bevorrechtigt sind Deutsche, dann EG-Staatsangehörige, ausländische Arbeitnehmer mit einer besonderen Arbeitserlaubnis, schließlich Ausländer mit Aufenthaltsberechtigung. Das heißt, bei allen Arbeitsstellen, für die sich MigrantInnen bewerben, wird vier Wochen lang geprüft, ob sich dafür nicht eine "bevorrechtigte" Person finden läßt. Der Erlaß reicht beispielsweise soweit, daß bei einer auslaufenden Arbeitserlaubnis die betreffende Migrantin auch ihren ungekündigten Arbeitsplatz verlieren kann, wenn der/die SachbearbeiterIn auf dem Arbeitsamt eine sogenannte bevorrechtigte Person dafür vorschlägt. Diese Regelung macht alle SachbearbeiterInnen, die sich "korrekt" daran halten mehr denn je zu HandlangerInnen des institutionellen Rassismus.

Ebenso wie der Blümsche Erlaß sind auch der Sozialversicherungsausweis und die Zwangsarbeit für Flüchtlinge/SozialhilfeempfängerInnen (siehe Kasten und Winkel) Instrumente zur Kontrolle, Verwaltung und Neuaufteilung von Erwerbsarbeit beziehungsweise Armut. Und sie verstärken den Zwang zu (Mehr-)Arbeit.

WIE VERSTEHEN WIR - DEUTSCHE FRAUEN - AUF DIESEM HINTERGRUND DEN 8. MÄRZ?

WAS HEISST HIER INTERNATIONALE FRAUENSOLIDARITÄT ?!

Die beschriebene verstärkte Kontrolle betrifft auch deutsche Frauen. Aber solange das Interesse an MigrantInnen sich darauf beschränkt, froh zu sein, die Dreckarbeit nicht selbst machen zu müssen, ist Solidarität eine Phrase. Deutliches Beispiel für die rassistische hierarchische Vorstellung vieler Deutscher, wie hier Arbeits- und Aufgabenverteilung auszusehen hat, ist die Plakatkampagne der Gewerkschaften vom Herbst 1992. Sie läßt sich auf die Parole "Was tun ohne Ali und Ayşe?" - sprich: Wer sollte sonst die Straße fegen?!, zusammenfassen. - Bzw. etwas älter: "Mach meinen Kumpel nicht an" - er wird gebraucht, sprich, ist nützlich. Selbstverständlich nur in bestimmten Bereichen...

Auch viele deutsche Frauen finden verschärfte Arbeitsbedingungen vor. Daß Migrantinnen zunehmend zu Arbeit in deutschen Mittelstandshaushalten gezwungen sind, zeigt aber, daß deutsche Frauen von der Situation der Migrantinnen profitieren und die gegebenen rassistischen Verhältnisse im "privaten" Bereich fortsetzen.

Der Sozialversicherungsausweis (SVA) erfüllt mehrere Funktionen. Mit ihm soll zum einen eine Mehrfachbeschäftigung auf 520,-- DM-Basis verhindert werden. Zum anderen soll mittels zentralem Datenabgleich dafür gesorgt werden, daß die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld- o. hilfeempfängerInnen ihre miesen Sozialbezüge nicht durch Jobs aufbessern können. Hier arbeiten die Arbeits-, Sozialämter, Krankenkassen, Ausländerbehörde sowie Finanz- und Ordnungsämter verstärkt zusammen. Die somit auch verstärkte Kontrolle, ob etwa ohne Arbeitserlaubnis gejobbt wird bedeutet eine verstärkte Jagd auf illegal Eingewanderte, viele von ihnen werden über Razzien abgeschoben. Andererseits sind legal beschäftigte MigrantInnen durch die verschärften Bestimmungen des neuen Ausländergesetzes gezwungen, die miesesten Arbeitsbedingungen auszuhalten, um ihren Aufenthaltsstatus nicht zu gefährden. Länger als 6monatiger Bezug von Sozialhilfe kann zur Ausweisung führen. Für den SVA fordern die Arbeitsämter ein Nationalitätenkennzeichen.

Im Frühjahr 1993 griffen Frauen die Arbeitsämter in Köln und Essen mittels Stinkereien an. Sie schreiben dazu u.a.: Der Sinn des SVA ist nur im Zusammenhang mit der Phase der historischen Umwälzugn zu verstehen, in der wir uns heute befinden: Der alte sogenannte Wohlfahrtsstaat wird in allen Metropolenländern aufgelöst und die Krise zur Schaffung einer modernisierten verschärften Ausbeutungsordnung benutzt. Das bedeutet Legalisierung, Ausweitung und staatliche Kontrolle ungesicherter Arbeitsverhältnisse, in Unternehmerkreisen auch Flexibilisierung genannt. (Ausweitung von Arbeitsverhältnissen ohne Sozialversicherung und nicht existenzsichernd, fehlender Kündigungsschutz, keine Krankenversicherung, geringerer Stundenlohn, fehlende Arbeitsschutzbestimmungen in Form von Saisonarbeit, befristeten Verträgen, Leiharbeit, Honorarverträgen, Teilzeitarbeit usw.)
Diese Arbeitsbedingungen sind überwiegend im Dienstleistungssektor zu finden, in dem zu 71% Frauen arbeiten. 1989 arbeiteten 55,4% aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor, Tendenz steigend. Schon 1987 gab es ca. 11 Mio. ungeschützter Arbeits-und Ausbildungsverhältnisse, auch mit steigender Tendenz.

Ein Geschäftsbericht der Gewerkschaftsfrauen-Konferenz der IG-Metall ist ein weiteres Beispiel. Hier heißt es zur Lage ausländischer Frauen in der BRD: "Mangelnde Sprachkenntnisse, extrem starke Einbindung in patriarchalische Familienstrukturen unzureichende Schul- und Berufsausbildung sowie eine Überlastung durch Haushalt und Erwerbsarbeit treiben die ausländischen Frauen häufig in soziale Isolation und führen zu physischen und psychischen Erkrankungen."

Die Frauen in der Gewerkschaft unterschlagen glatt dabei, daß es ganz konkrete Bedingungen sind, die Migrantinnen an ihrer Arbeitsstelle vorfinden, die sie gesundheitlich angreifen! Es sind ganz konkrete Kämpfe, die Migrantinnen als Arbeiterinnen führen und führen müssen: Gegen die extrem gesundheitsbelastenden, schlechtbezahlten Arbeitsstellen, die andauerende Unsicherheit, daß die Arbeit verloren geht, bzw. befristete Verträge nicht verlängert werden, die Arbeitserlaubnis nicht erteilt wird, usw. bis hin zur mangelnden Solidarität von - uns - deutschen Frauen.
Statt der zitierten ignoranten und rassistischen Überheblichkeit der IG-Metallfrauen-Konferenz sollten wir die Erfahrungen und Berichte von Migrantinnen selbst endlich ernst nehmen.
Folgende Zitate sind aus einem Gesundheitsseminar mit Migrantinnen 1983, aus Zeitungsartikeln und Gesprächen: 1991-1993:

"Wir arbeiten getrennt von den deutschen Frauen und müssen die schlechtesten Arbeiten machen. Zur Saisonzeit steht uns der Vorarbeiter auf den Füßen, genauso schlimm ist das wie Akkord." (...)

"Wir illegalen (Frauen) arbeiten meist in Privathaushalten ...Seit Ende 1991 arbeite ich wieder als Putzfrau und Kindermädchen. Meistens arbeite ich 60 Stunden in der Woche. ... Wenn ich Papiere hätte, würde ich am liebsten eine Ausbildung als Krankenschwester machen. Aber so: Wir hängen in der Luft. Nie weiß man, ob man nicht festgenommen und abgeschoben wird." (...)

"Ich habe keinen anderen, leichteren Arbeitsplatz innerhalb des Betriebes ... bekommen. Da bin ich gegangen. Ich war 9 Monate arbeitslos und das Arbeitsamt hat mir 2 oder 3 mal Arbeit angeboten, aber ich wollte nicht wieder im Akkord. Ich habe mir selbst Arbeit gesucht. Jetzt bin ich seit 5 Jahren Putzfrau beim Schlachthof." (...)

"Und dann immer ruhig sein, Angst haben, die Arbeit zu verlieren. Immer unten bleiben. Das hat mich kaputt gemacht, meine Nerven. Ich schlucke das immer runter, aber einmal muß es doch rauskommen. Warum bin ich so nervös? Das ist der Streß und die Angst." (...)



ALSO, WAS HEISST HIER INTERNATIONALE FRAUENSOLIDARITÄT?

- Gegen die verschärfte Kontrolle - Ausgrenzung - Arbeitszwang: Sabotieren, verlieren wir "unsere" Sozialversicherungsausweise!
- Greifen wir ein gegen die rassistische und sexistische Praxis der Arbeitsämter: Lassen wir "besonders korrekte" SachbearbeiterInnen unseren Widerstand spüren!
- Unterstützen wir die Kämpfe von Flüchtlingen und z.B. Erwerbsloseninitiativen gegen die sogenannte "gemeinschaftliche" Arbeit = Zwangsarbeit!

KEINE LAGER, KEINE ABSCHIEBUNGEN, KEINE SONDERGESETZE

FÜR EIN EIGENSTÄNDIGES AUFENTHALTSRECHT FÜR FRAUEN

GEGEN ALLE FORMEN PATRIARCHALER HERRSCHAFT

FÜR EINE FEMINISTISCHE ANTIRASSISTISCHE POLITIK, DIE - MIT UNSEREN UNTERSCHIEDLICHEN INTERESSEN - VON UNS GEMEINSAM GETRAGEN WIRD !!!

Autonome Frauen

"Herr Bürgermeister, ich **brauch mehr Geld!**", sagte Ayşe D. aus der Müllsortierung und trat in Streik. Da wurde ihr die Sozialhilfe gestrichen.

Mit der sog. "Hilfe zur Arbeit" nach dem Bundessozialhilfegesetz verlangt der Staat direkt die Einrichtung entgarantierter Arbeitsplätze. Die Kommunen sind aufgefordert, für SoziempfängerInnen "Arbeitsgelegenheiten" zu schaffen, miese Jobs, wie z.B. Mülleimerwaschen für den Grünen Punkt. Und das für "Aufwandsentschädigung" von üblicherweise DM 1,-- bis 2,50 pro Stunde zusätzlich zur Sozialhilfe ohne Einzahlung in die Renten- oder Sozialversicherung, ohne gewerkschaftliche Organisierung etc. Die Zumutbarkeit wird so gut wie generell vorausgesetzt, d.h., unabhängig von Kriterien wie z.B. gesundheitliche Eignung droht denjenigen, die nicht arbeiten, die Kürzung oder sogar Streichung der Sozialhilfe.

Wer sich weigert, die eigene Verwertbarkeit unter Beweis zu stellen und sich der "Gewöhnung an Arbeit" entzieht, wird ökonomisch und sozial ausgegrenzt. Weniger nach rassistischen Kriterien soll hier allen, die aus den unterschiedlichsten Gründen aus dem Arbeitsmarkt herausfallen als "Unnützen" das Existenzrecht abgesprochen werden.

DER CASSEUR, DER UNS GLEICHT
Ein heißer März in Frankreich
und
die Zukunft der sozialen Revolution

- NANTES -
KOMMUNIQUÉ VOM 24.MÄRZ 1994

Wir legen gleich zu Anfang großen Wert darauf zu präzisieren, daß unsere Bewegung autonom ist. Wir arbeiten nicht für die politischen Parteien, die gerade ihre Ministersessel denen überlassen haben, die heute regieren, und auch nicht für die, die sich dort gerne niederlassen würden.
Die Generalversammlung weiß, daß ihre Autonomie und ihre Demokratie ihre hauptsächliche Kraft ausmachen.
Nach der Demonstration vom 17.März meldeten die Polizei und die Journalisten, daß es 10 Verletzte gab, fünf davon schwerverletzt; es war nicht möglich, die genaue Zahl herauszubekommen, Neuigkeiten über ihren Gesundheitszustand oder um wen genau es sich handelt. Wir fordern, mehr über die Verletzten zu erfahren, und zwar so schnell wie möglich.
Wir rufen alle Welt zur Wachsamkeit auf, die Familien und Angehörigen dazu, uns ihre Namen mitzuteilen.
Wir sind empört und wütend über die gestrigen Verurteilungen von 8 Demonstranten. Schließlich verurteilen wir die Abschiebung der zwei Algerier, die zu der Zeit verhaftet wurden, zu der die Demonstration in Lyon lief; die Abschiebung reiht sich ein in eine Logik der Diskriminierung und der Vorenthaltung von Rechten. Dieses Kriminalisierungsverfahren, die ImmigrantInnen zu Sündenböcken zu machen, ist nicht das Monopol der gegenwärtigen Regierung, sondern auch der früheren Regierungen und der anderen Parteien der 'Opposition'.
Wir verurteilen auch das Bild, das von uns und denen, die uns im Kampf getroffen haben, gemacht wurde. Der Begriff 'casseur', der nichts aussagen will, wurde mit einem einzigen Ziel dauernd benutzt: das zu besudeln, was wir sind und was wir tun. Wir wissen, daß die Gewalt einiger Demonstranten während der Demos nur eine Antwort auf die Gewalt ist, denen sie tagtäglich durch ihre Lebensbedingungen unterworfen sind: deswegen sind wir mit ihnen solidarisch.
Jedenfalls ist festzuhalten: wenn der Begriff 'casseur' irgend etwas aussagt, dann sind die einzigen wahren 'casseurs' diejenigen, die durch ihre ökonomischen und politischen Entscheidungen das Leben von Millionen Menschen zerstören, durch Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Unsicherheit, Elend und Repression.
Man beantworte unsere Fragen zu den Verletzten!
Befreit alle angeklagten Personen!
Wir rufen auf zur Einheit der Arbeitslosen, der Arbeiter, der Prekären, der Schüler und Studenten, egal welcher Nationalität!
Zusammen werden wir siegen!

Gezeichnet: die Vollversammlung der Studenten unter Beteiligung von Schülern, Arbeitslosen, Prekären, Arbeitern jeder Herkunft

An die Arbeiter und Arbeitslosen

Im Kampf gegen das SMIC für Jugendliche haben zahlreiche Jugendliche gelernt, daß es nur eines der vielen Gesetze und Entscheidungen ist, das die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter durch die Erpressung zur Arbeit fördert,

Ihre Revolte, die durch die gegen sie eingesetzte Repression des Staates verstärkt wurde, erstreckt sich aktuell auf die Rücknahme, aufgrund einer sozialen Organisation, in der die Vervielfachung der Ausgeschlossenen und die wachsende Verarmung der Mehrzahl der Leute die Garanten sind für die Gewinne einer Handvoll von Königen der Affären/Geschäfte, und in der die Produktion des Überflusses sich auf die Enteignung derjenigen stützt, die ihn herstellen.

Ihre Entschlossenheit, die die französische Gesellschaft aus ihrer deprimierenden Lethargie reißt, zeigt, daß die Kritik eines solchen Staatus quo (unübersetzbares Wortspiel, im Original etat des choses = (wörtlich) 1.Staat der Dinge - im Gegensatz(!) zu: Zustand der Menschen; 2. Lage der Dinge) und die Suche nach den Mitteln, die Gesellschaft radikal zu verändern, möglich sind, unter der Bedingung, daß man sich nicht in der fälschenden Debatte des politischen Marketing einsperren läßt.

Aber wenn der Staat darin Erfolg hat, sie in dem beschränkten Rahmen einer Schüler - und Studibewegung zu halten und in der alleinigen Forderung nach Abschaffung des CIP; wenn er darin Erfolg hat - indem er das Schreckgespenst der "casseurs" an die Wand malt - , sie vom Rest der Bevölkerung abgeschnitten zu halten und in sich gespalten zu sein, wird diese Entschlossenheit geschlagen werden, durch den Verschleiß, die Trennung und die Konfusion, die mit der Repression verknüpft sind. Und die Gelegenheit, die sie heute all denen gibt, die die Unternehmer und der Staat gebeugt unter dem Joch halten, die Gelegenheit, aus ihrer ohnmächtigen Isolation auszubrechen, sich zu treffen, zu reden und sich zuzuhören, um zusammen zu handeln, wäre vertan.

Deswegen rufen wir die Arbeiter und Arbeitslosen dazu auf, sich ohne zu zögern der Revolte anzuschließen und ihr die Kraft zu bringen, die ihr noch fehlt.

Damit alle, die ihr schlechtes Los bekämpft haben: Arbeiter und Entlassene, Fischer, Bauern, Fernfahrer, Bergleute, etc., dort ihre zweite Chance finden und das *Bündnis*, das ihren Kämpfen gefehlt hat.

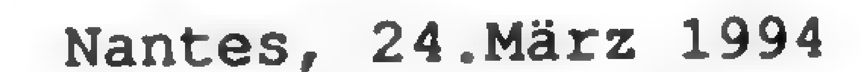
Damit alle, die keine Welt mehr wollen, die ihnen als 'Berufsaussichten' nur den lebenslangen Knast der Lohnsklaverei oder die Ghettos der Verdrängung verspricht, diejenigen von ihnen wieder treffen, die seit den ersten Stunden an allen Äußerungen dieser Revolte teilgenommen haben, und ihr die Macht und die Verbreitung geben, derer sie bedarf.

Ein erster Schritt dahin ist die Teilnahme an den Demonstrationen dieses Wochenendes, um dort die Freilassung aller Verhafteten und Verurteilten zu fordern.

Ein zweiter Schritt besteht darin, alle möglichen Aktionen zu beginnen, um diese Bewegung zu entfalten: verschiedene Blockaden der Interessen des Staates und der Unternehmer (einschließlich Streiks unter der Bedingung, daß sie den Streikenden nicht mehr Nachteil zufügen als denen, gegen die sie gerichtet sind), Besetzungen und Gebrauch allen Materials, Interventionen aller Art(Phantasie an die Macht), Flugblätter, Plakate, Graffiti, Benutzung von Telefon und Fax, Aufnahme direkter Kontakte zu den Medien und unabhängige Information der Medien, materielle Unterstützung für die kämpfenden Sektoren, etc., in *direkter* Assoziation, unabhängig von allen selbsternannten 'Repräsentanten' und allen Bewerbern für Chefposten oder Verkäufern von Programmen.

Die bestreikte Fakultät der Geisteswissenschaften von Nantes ist besetzt und kann als Sammlungspol für alle die dienen, die sich isoliert fühlen und Verbündete brauchen, um zu handeln. Kommt her, ohne zu zögern.

Komitee zur Anti-CIPation der Zukunft
Freie Assoziation freier Individuen für das radikale Ende des sozialen *Elends*


Nantes, 24.März 1994



Flugblätter, Aufrufe und Stellungnahmen der Bewegung

Herausgegeben vom
Komitee zur Verbreitung saozialen Widerstands
c/o Papiertiger
Cuvrystraße 25
10997 Berlin

Kein Licht am Ende des Tunnels

Asylbewerberleistungsgesetz - Einstieg in die Ausgrenzung weiterer Gruppen

Neue alte Schlagworte machen die Runde. Der Bevölkerung sollen Nullrunden bei Tarifverhandlungen, Kürzungen der Sozialhilfe und des Arbeitslosengeldes plausibel gemacht werden. Es ist die Rede von der "notwendigen Modernisierung der deutschen Wirtschaft". Alle, die nicht zum oberen Fünftel der Ge-

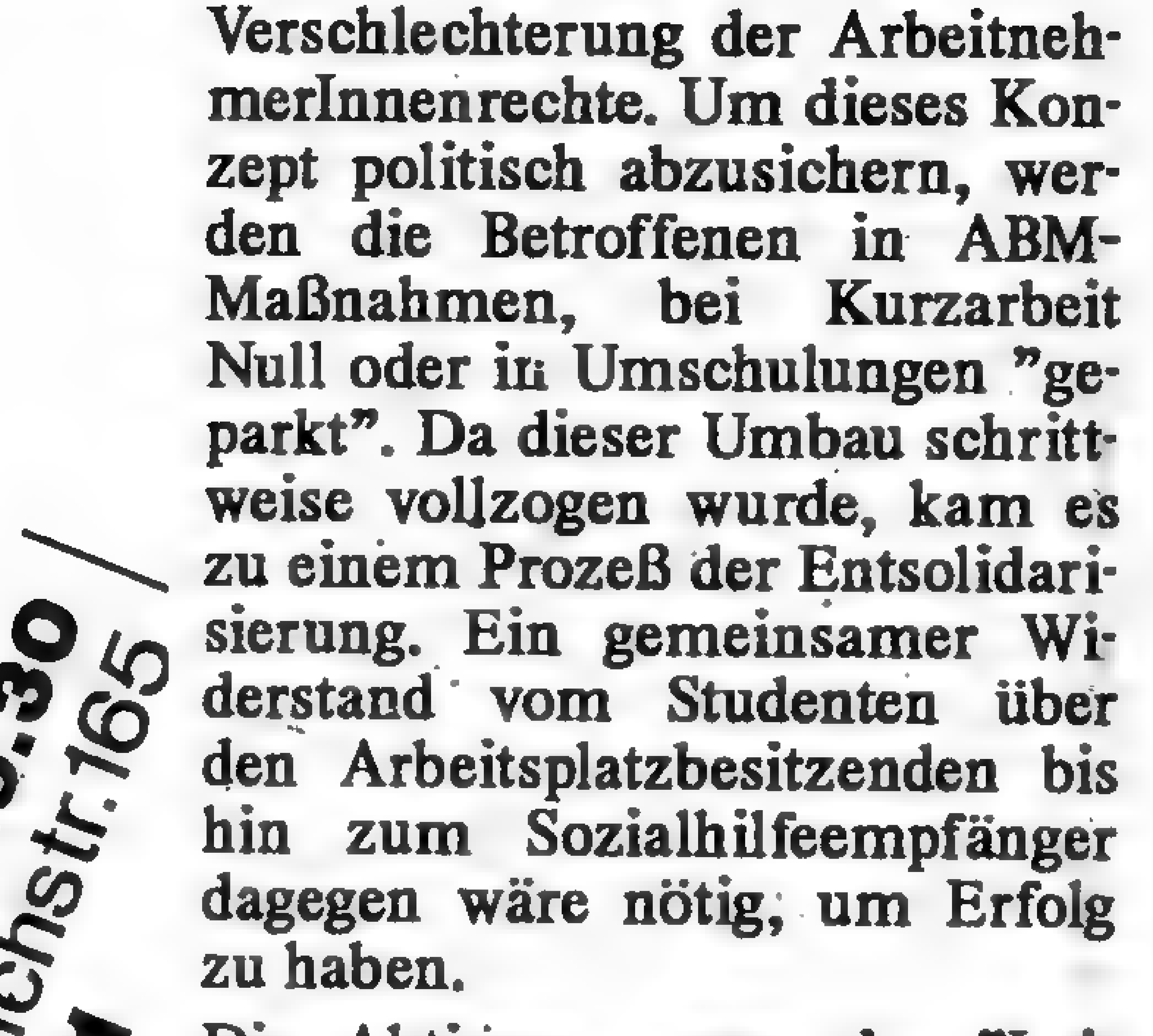
> "Wir haben tatsächlich die Möglichkeit, aus dieser Krise eine Chance zu machen. Die Chance, heute Dinge durchzusetzen, an die wir uns gestern nicht herantrauten, die wir aber morgen brauchen"
> H.O. Henkel (IBM-Boss)

sellschaft gehören, sollen endlich begreifen, daß sie den Gürtel enger zu schnallen haben. Von staatlichen Hilfen abhängige Menschen werden als " Sozialbetrüger" diffamiert und immer mehr reglementiert. So wird von staatlicher Seite die Meldepflicht für Erwerbslose eingeführt. SozialhilfeempfängerInnen werden verstärkt zu Zwangsarbeiten herangezogen. Sie erhalten dafür Stundenlöhne (3 DM), die nur noch als Hohn zu begreifen sind.

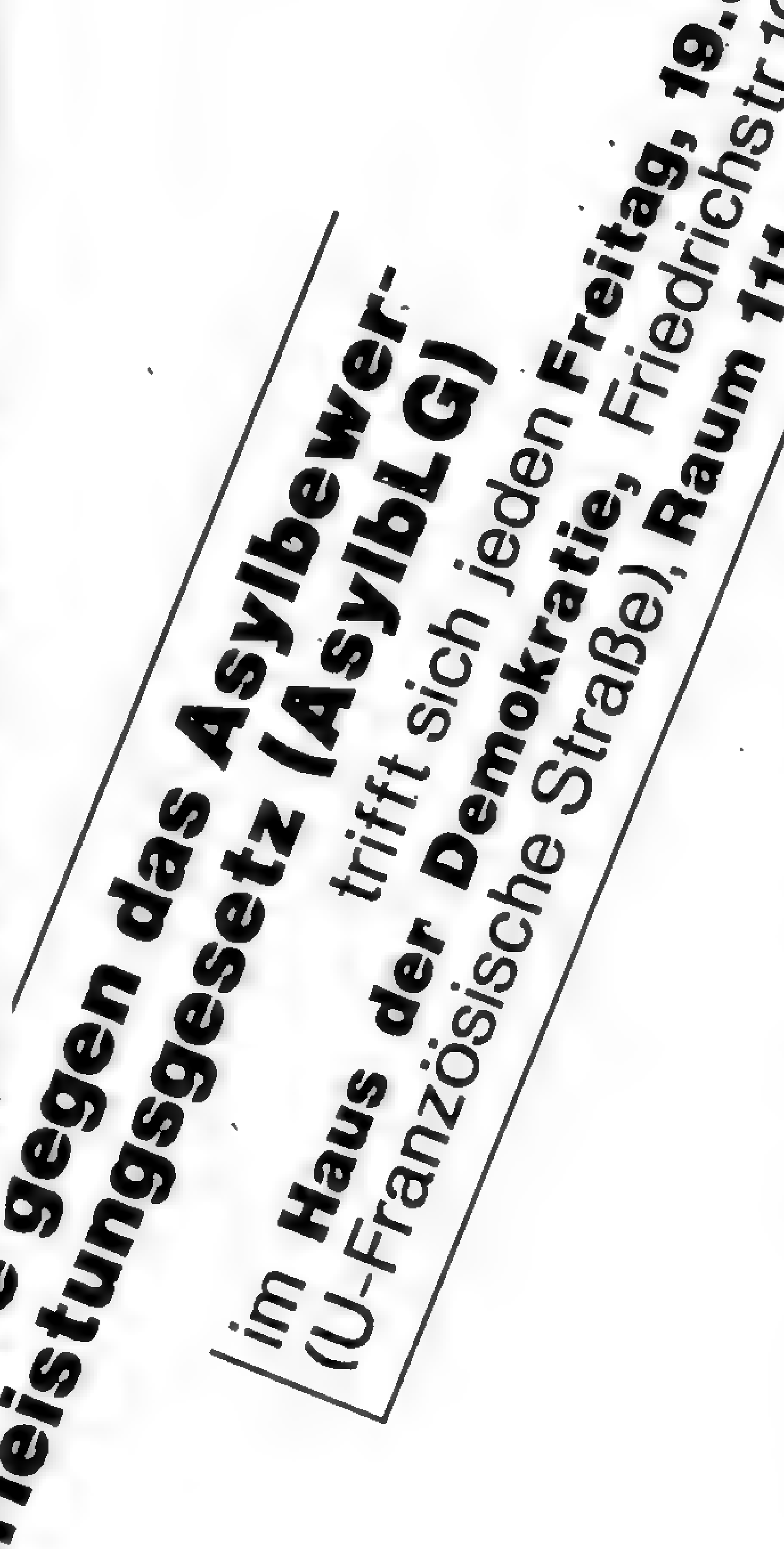
Wir befinden uns in einer Situation, in der die Herrschenden versuchen, weltweite wirtschaftliche Umstrukturierungen auch in Deutschland auf Kosten der Bevölkerung umzusetzen. Das Konzept der sogenannten Sozialpartnerschaft wird aufgegeben. Die Stammbelegschaften in den Konzernen mit ihren teilweise übertariflichen Löhnen und gesicherten Urlaubs- und Sozialregelungen werden radikal abgebaut. Im Klartext heißt das Werksschließungen und Massenentlassungen. Die Gewerkschaftsführungen stehen dieser Entwicklung ohne ein neues Konzept gegenüber. Sie werden immer mehr zur Marionette im Tarifpoker. Sie nehmen das Entstehen eines zweiten und dritten Arbeitsmarktes in Kauf. Immer mehr Werktätige arbeiten in ungesicherten Zeitarbeitsverhältnissen und als LeiharbeiterInnen. So besteht für die Kapitalisten die Möglichkeit, Arbeiten in Form von Werksverträgen an Selbständige zu vergeben. Diese sind oft nicht an tarifliche Vereinbarungen gebunden. Gleichzeitig werden wenig Profite bringende Produktionsstätten in Billiglohnländer verlagert. Dies ist aufgrund der neuen Informationstechnologien wesentlich einfacher geworden. Die für die Produktion notwendige wissenschaftliche Zuarbeit wird noch hier geleistet, während in den Billiglohnländern produziert wird.

> "Wir müssen die Krise jetzt nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif"
> Tyll Necker (Arbeitgeberpräsident)

Mit dem Anschluß der DDR konnten die Herrschenden diesen Prozeß beschleunigen. Dort wird im Eilzugtempo dieses Konzept der "Deregulierung" des Arbeitsmarktes umgesetzt. Frauen werden aus dem Erwerbsleben gedrängt, industrielle Arbeitsplätze massiv abgebaut. Die Einführung von ungesicherten Arbeitsverhältnissen ist verbunden mit einer zunehmenden



Verschlechterung der ArbeitnehmerInnenrechte. Um dieses Konzept politisch abzusichern, werden die Betroffenen in ABM-Maßnahmen, bei Kurzarbeit Null oder in Umschulungen "geparkt". Da dieser Umbau schrittweise vollzogen wurde, kam es zu einem Prozeß der Entsolidarisierung. Ein gemeinsamer Widerstand vom Studenten über den Arbeitsplatzbesitzenden bis hin zum Sozialhilfeempfänger dagegen wäre nötig, um Erfolg zu haben.



Die Aktionen gegen das "Leistungsgesetz für Asylbewerber" sind einer der Versuche, sich gegen die Kürzungen zu wehren. Dieses Gesetz wurde mit der Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes beschlossen und ist seit dem 1.11. 1993 in Kraft. Mit diesem Gesetz wird erstmals eine Gruppe von Menschen aus dem Bundessozialhilfegesetz herausgenommen. Für sie wird das gesetzlich festgelegte Existenzminimum heruntergesetzt. Flüchtlinge, die noch nicht länger als ein Jahr hier leben, bekommen nur noch 80% des Regelsatzes der Sozialhilfe. Diese wird zum größten Teil in Sachleistungen ausgegeben. Es stehen ihnen nur noch 80 DM monatlich als Taschengeld zur Verfügung. Weiterhin soll die medizinische Versorgung nur noch bei akuten Erkrankungen durch Amtsärzte gewährt werden. Außerdem müssen die Flüchtlinge für einen Stundenlohn von 2 DM Zwangsarbeiten in den Wohnheimen leisten. Die Auswirkungen des Gesetzes bekommen die Flüchtlinge in Brandenburg in ihrer vollen Härte zu spüren. Dort erhalten sie entweder Lebensmittelpakete oder müssen in überteuerten heimeigenen Läden einkaufen. Aber auch Berlin bildet keine Ausnahme. In den DRK - Erstaufnahmeeinrichtungen Spandau und Reinickendorf gibt es nur Fertigessen. Im SORAT Heim in Reinickendorf sind die Flüchtlinge auf den heimeigenen Laden angewiesen. Doch der Widerstand gegen dieses Gesetz wächst. In Brandenburg gab und gibt es massive Proteste von Flüchtlingen und UnterstützerInnen gegen die Entmündigung und Diskriminierung durch das Sachleistungsprinzip u.a. in Oranienburg, Nauen, Fürstenwalde, Eberswalde und Seelow.

Dieses Gesetz ist eine Form des administrativen Rassismus. Es führt zur Ghettoisierung der Flüchtlinge und schließt sie aus dem öffentlichen Leben aus. Dieses Gesetz hat aber noch eine andere, innenpolitische Bedeutung. Es ist der konkreteste Einstieg in die Ausgrenzung von Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Dem wird der Versuch zur Ausgrenzung weiterer Teile der Bevölkerung folgen.

Hoch die internationale Ruhestörung!

Während sich der Umzug vom Marheinikeplatz zum Kotti schiebt, veranstalten die Bullen wahre Prügelorgien die O-Straße hoch und runter. Auch die "Mutter aller Demonstrationen" wird zum Schluß aufgemischt.

Wie war das noch? "Für sinnlose Gewalt" und "nächtliche Ruhestörung!" Jeden Tag!



Wer A sagt, muß auch Be-rolsen sagen

Arolsen und ein (vorläufiges) Ende

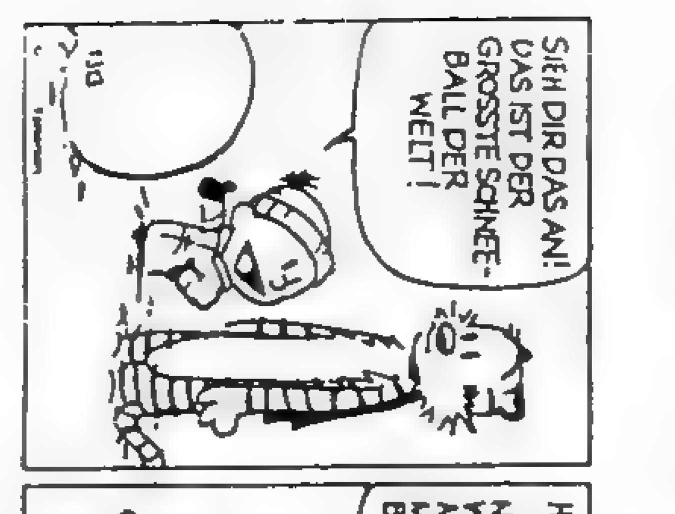
Am 14.8. 1993, mehrere Stunden vor dem sogenannten "Rudolf- Hess-Gedenkmarsch", der mit 500 TeilnehmerInnen in Fulda stattfand, wurde in Allendorf-Rennertehausen bei Frankenberg in Nordhessen der Neonazi Thomas Kubiak zusammengeschlagen. Er erlitt, so die Angaben von Polizei und Presse, eine lebensgefährliche Kopfverletzung und mußte in der Marburger Uni- Klinik operiert werden.

Bei Thomas Kubiak handelt es sich um einen Funktionär der "Nationalen Jugend" und den Mitinitiator der "Sauerländer Aktionsfront" (SAf). Die SAf ist eine faschistische Organisation, die seit dem Spätsommer 1991 vor allem im Hochsauerlandkreis und im Kreis Waldeck- Frankenberg aktiv ist. Auf Flugblättern der SAf wurde zu Angriffen auf Flüchtlingswohnheime und AusländerInnen aufgerufen und das Pogrom von Hoyerswerda als Erfolg gefeiert. Auch diese Öffenlichkeits- und Aufbauarbeit der SAf führte im Laufe des Jahres 1992 zum Anstieg faschistischer Aktivitäten in der Region: Am 18.7.1992 kam es in Meschede im Sauerland zum Aufmarsch mehrerer neonazistischer Gruppen, u.a. von NL- Mitgliedern. Einen Tag später wurde ein Brandanschlag auf das Flüchtlingswohnheim im Schröck bei Marburg verübt. Am 12.9.1992 wurden zwei Antifaschisten in Arolsen überfallen und einer von ihnen erheblich verletzt. In der Nacht vom 5. auf den 6.12.1992 verprügelten flugblattverteilende Skinheads in Bromskirchen in Nordhessen zwei Diskothekenbesucher. Erst Anfang November 1993 kam es zu großangelegten Hausdurchsuchungen gegen Mitglieder der SAf.

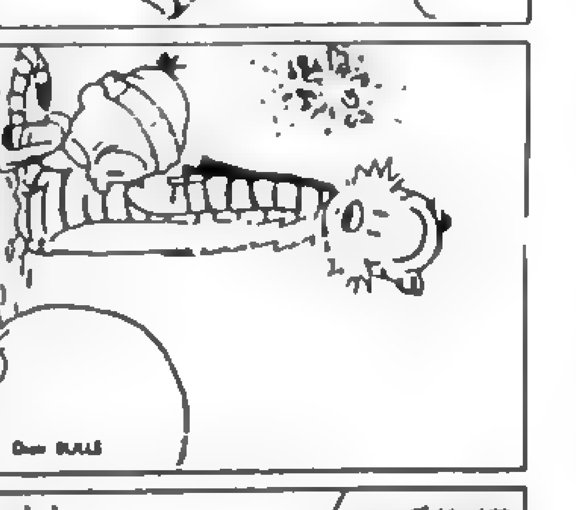
Nach dem Überfall auf Thomas Kubiak reagierte die Polizei schneller. Zwei Tage später, also am 16.8.1993, wurde eine erste Person mit dem Vorwurf des "schweren Landfriedensbruchs" und des "gemeinschaftlich begangenen versuchten Totschlags" festgenommen. In der folgenden Woche wurden neun weitere Menschen verhaftet, die alle aus antifaschistischen Zusammenhängen im Raum Arolsen kommen. Zwischenzeitlich befanden sich 10 Menschen in U- Haft, drei weitere Antifaschisten wurden von der Polizei vernommen und nach einer Nacht in der Zelle freigelassen. Gegen eine weitere flüchtige Person bestand ein Haftbefehl. Nach 4-7 Wochen Haftdauer wurden die Festgenommenen wieder auf freien Fuß gesetzt. Den Vorwurf des "gemeinschaftlich begangenen versuchten Totschlags" ließen die Justizbehörden fallen. Es stellte sich heraus,daß die Verletzungen von Thomas Kubiak zu keinem Zeitpunkt lebensbedrohlich gewesen waren. Bereits zwei Wochen nach dem Überfall erschien er auf einem Treffen der "Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener" (HNG) im Vogelsberg.

Die Anklagepunkte gegen die insgesamt 14 Beschuldigten lauteten dann im Januar 1994 "(schwerer) Landfriedensbruch", "Nötigung", "Sachbeschädigung" und in einem Fall "gefährliche Körperverletzung". Das Verfahren gegen die AntifaschistInnen wurde in zwei Blöcke aufgeteilt. Die Version der Justizbehörden sah einen inneren und äußeren TäterInnenkreis vor. D. h., den einen wurde der Angriff auf die Person und das Auto zur Last gelegt, den anderen nur ihre Anwesenheit vor Ort.

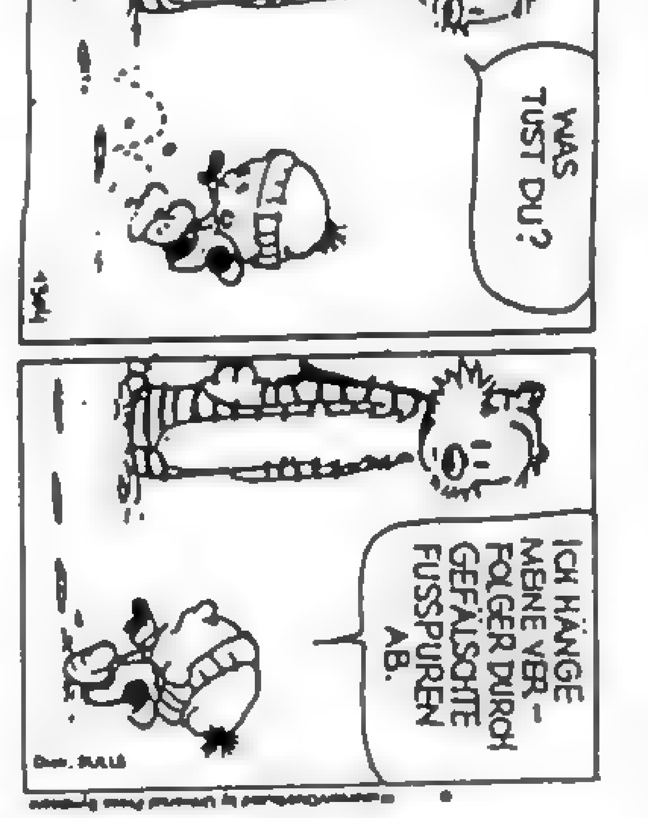
Die Verhandlung gegen die fünf schwerer beschuldigten Antifas fand im Februar 1994 vor dem Kasseler Landgericht statt. Nach drei Verhandlungstagen hatten die Richter ihr Urteil fertig. Erwartungsgemäß sind alle fünf Betroffenen schuldig gesprochen worden. Als Urteile gab es 4 mal 9 Monate Haft ausgesetzt auf 3 Jahre Bewährung und einmal 15 Monate auf 3 Jahre Bewährung mit einem Jahr Vorbewährung. Letzteres heißt, daß die Richter in einem Jahr in einer Sitzung darüber befinden, ob die entsprechende Person in den Knast muß oder nicht. Darüberhinaus müssen alle jeweils 100 Arbeitsstunden ableisten, und drei Leuten wird der Führerschein für ein halbes Jahr entzogen.















Der zweite Block gegen weitere 9 AntifaschistInnen begann Anfang März. Dieser Prozeß wurde nach einem Tag wegen der geringen Tatbeteiligung der Angeklagten eingestellt. Die Verfahren gegen 2 Antifas, die einen Befangenheitsantrag gestellt hatten, wurden abgetrennt und sind nach wie vor nicht entschieden.

Mit dem Ende der Prozesse ist für uns als Soligruppen aus Marburg und Kassel jetzt der Zeitpunkt gekommen, uns mit dem Verfahren (vorerst) abschließend auseinanderzusetzen und unsere Überlegungen öffentlich zu machen. Wenn wir uns im folgenden nicht nur mit der staatlichen Repression und dem Verhalten der Antifas beschäftigen, sondern auch mit der Aktion selber, dann geschieht das aufgrund der Einschätzung, daß es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Charakter der Aktion und der nachfolgenden Repression gab. Wir hoffen, daß unsere Kritik, wo es solche gibt, nicht anmaßend und überheblich rüberkommt, aber sie erscheint uns notwendig, um Fehler zu vermeiden .

Bevor wir beginnen , müssen wir noch eine Einschränkung machen: wenn wir im folgenden von *den* Antifas, *den* Angeklagten usw. schreiben, dann geschieht das aus Gründen der Vereinfachung. Bei einer Gruppe von 14 Menschen gibt es unterschiedliche Lebensbedingungen, unterschiedliches Verhalten und unterschiedliche Motivationen. Dieser Tatsache können wir im Text nur bedingt Rechnung tragen, weil wir versuchen wollen, möglichst verdichtet das Wesentliche zum Prozeß zusammenzutragen. Wenn wir also von *der* Gruppe schreiben, dann meinen wir das mehrheitliche, augenfällige Verhalten und wollen nicht jeder einzelnen Person unterstellen, genau so aus genau jenen Gründen gehandelt zu haben

Thomas Kubiak ist Mitte August gegen 6.00 Uhr morgens am Rande eines Dorfes überfallen worden. Es war bereits hell, und die Antifas fuhren in einem kleinen Konvoi, als sie Kubiak und sein Auto vor einer Telefonzelle sahen. Wenige Augenblicke später lag er schon verletzt im Auto. Es gab einige AugenzeugInnen, die der Polizei Tat- und Personenbeschreibungen lieferten. Darüberhinaus waren die Antifas schon eine Zeitlang in der Region unterwegs, und es gab die Vermutung, daß sie bereits vorher von Zivibullen beobachtet worden waren. Diese Vermutung wird von der Tatsache gestützt, daß die Polizei bereits vor den Verhaftungen die Kennzeichen von drei beteiligten Autos hatte. Zwei Tage später wurde der erste Antifa verhaftet: er war Halter eines der PKW's, die gesehen worden sind.

Es gab einige taktische Fehler bei der Aktion. Dabei war natürlich nicht vorauszusehen, daß sich einer der örtlichen Nazis einer Gruppe von Antifas so angreifbar präsentieren würde. Allerdings sind wir der Meinung, daß sich bei einer sog. "spontanen Aktion", die überdies aufgrund des Kräfteverhältnisses wenig Gefahren für die Antifas barg, auf Sachbeschädigungen, Abnahme von Papieren u.ä. und leichte Verletzungen der Faschos beschränkt werden sollte. Diesen Anspruch formulieren wir ausschließlich wegen der Folgen, die es für Antifas haben kann, wenn kein Überblick über das Umfeld einer Aktion besteht. Der Strategie der direkten Angriffe auf Nazis bedarf einer eigenen Diskussion, die ja auch geführt wird. Nur, wenn wir offensiv werden, sollten wir die Situation möglichst in der Hand haben und uns nicht mit taktischen Fehlern das Leben schwer machen. Uns ist auch klar, daß eine höhere Hemmschwelle bei unorganisierten Angriffen auf Nazis nicht das Allheilmittel schlechthin ist, aber u.E. kann sie Möglichkeiten der Repression einschränken.

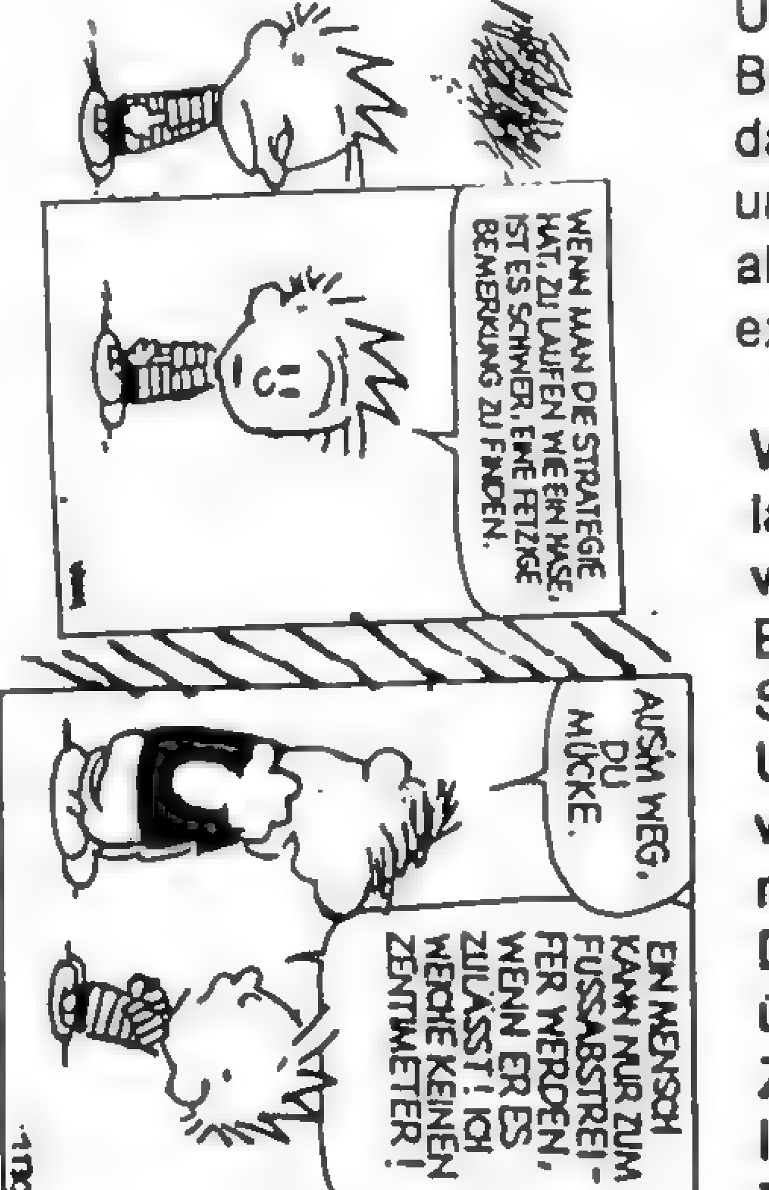
Neben der niedrigen Eskalationsebene bei spontanen Aktionen finden wir es wichtig, daß sich Antifas vorher untereinander absprechen. Dabei geht es um Fragen, wie z.B. wie weit der oder die einzelne bereit ist zu gehen, welche Personen sich verbindlich aufeinander beziehen, was geschieht, wenn bei einzelnen körperliche oder seelische Grenzen erreicht worden sind, welche Treffpunkte es nach welchen Situationen gibt, wie belastendes Material entsorgt werden kann. Das liest sich, als wären vor einer spontanen Aktion mehrstündige Plenen in Klein- und Großgruppen notwendig. Gemeint ist damit aber, daß, -sofern ihr euch nicht in verbindlichen Kleingruppen

bewegt, was ohnehin am besten ist-, ihr euch z.B. als Wagenladungen zusammentut, kurz Möglichkeiten und Hemmschwellen klarmacht und ggf. auch als Einzelperson, und auch wenn die anderen rummurren, auf der Akzeptanz eurer Grenzen beharrt. Gemeint ist damit auch, daß es Tage gibt, an denen abzusehen ist, daß es zu Hektik kommen kann, der 20.4. etwa oder dieser unselige "Rudolf- Hess- Gedenkmarsch", und für Klärungen im Vorfeld eigentlich Zeit genug da ist.

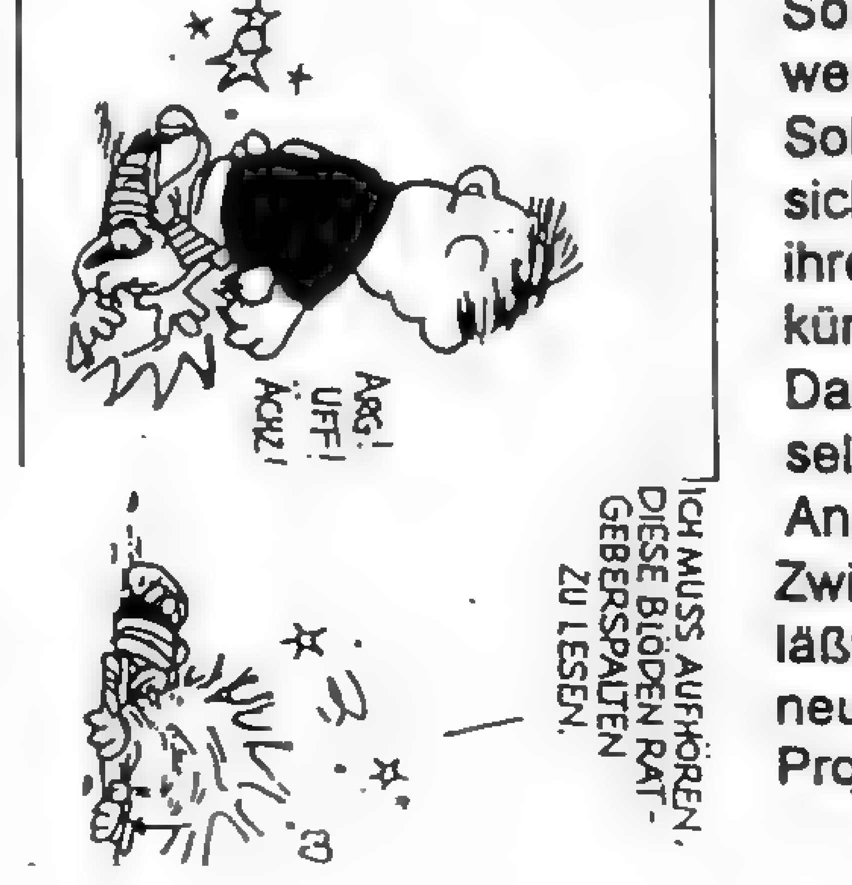
Mit der ersten Verhaftung kam die erste Vernehmung. Neben den Informationen, die die Bullen ohnehin über die örtliche Antifa- Szene gesammelt hatten, und den Angaben der ZeugInnen waren die Aussagen der Antifas die dritte, wenn nicht gar die entscheidende Grundlage für die zahlreichen Festnahmen und die nachfolgenden Verurteilungen. Die Aussagen sind direkt, ohne Beistand von AnwältInnen und teilweise unaufgefordert gemacht worden. Sie bezogen sich auf die eigene Tatbeteiligung, die Beteiligung anderer und auf linke Treffpunkte in der Region. Die Bullen sind an ein gerüttelt Maß gerichtsverwertbarer Informationen gekommen, die keineswegs alle in dem Verfahren Berücksichtigung gefunden haben. Nur ganz wenige der Verhafteten haben erstmal nix gesagt. Gründe für das Aussageverhalten gab es mehr als genug: familiärer Druck, die Ohnmacht in der Verhörsituation, der Schreck nach der Konfrontation mit dem Totschlagsvorwurf, der Stress in der U- Haft etc. Für uns zeigt sich in dem Aussageverhalten aber auch, daß sich die meisten Antifas mit einer möglichen Bullenrepression völlig unzureichend auseinandergesetzt haben. Wir müssen ein Bewußtsein dafür entwickeln, daß dieser Staat dazu da ist, die bestehenden Macht- und Ausbeutungsverhältnisse zu sichern bzw. eine Neuordnung nur zugunsten der herrschenden Eliten vorzunehmen. Und der Repressionapparat ist der Büttel dieses Staates. Die Methoden, die entwickelt worden sind, um Leute zu verhören, sind vielfältig. Gerade deshalb ist es notwendig, sich Gedanken zum eigenen Verhalten in so einer Situation zu machen und sich Mißtrauen und Ablehnung gegenüber Polizei und Justiz auch dann zu bewahren, wenn sie erstmal ganz nett erscheinen.
Nachdem alle Verhafteten Anfang Oktober wieder auf freiem Fuß waren, konnte sich innerhalb einiger Monate auf den Prozeß vorbereitet werden. Dabei gab es diverse Schwierigkeiten: die Größe der Gruppe, die Unterschiedlichkeit der Leute, lange Wege und die Tatsache, daß so umfangreiche Aussagen gemacht worden sind. Die Herangehensweise an das Verfahren war bestimmt von einer Prämisse: Schadensbegrenzung. Die Angeklagten einigten sich schließlich darauf, zu Beginn des Prozesses eine politische Erklärung zu verlesen, schriftliche Einlassungen zu machen, in denen die Aussagen zum eigenen Tatbeitrag wiederholt werden würden, und ansonsten nichts mehr zu sagen. Die Unterstützung des Prozesses sollte durch Öffenlichkeitsarbeit zur SAf, eine Kundgebung gegen die Kriminalisierung von Antifa-Widerstand in der BRD zum Auftakt der Verhandlung und dem frühzeitigen Besetzen der Plätze im Sitzungssaal durch Antifas gewährleistet werden.
Die Taktik des Wohlverhaltens vor Gericht entstand also aus einem gewissen Pragmatismus, aber unserer Meinung nach wurde im Prozeß an verschiedenen Punkten zu weit gegangen. Die politische Dimension des Verfahrens blieb weitgehend außenvor. Die grundsätzliche Distanzierung von antifaschistischer Militanz war unserer Meinung nach überflüssig und ist inhaltlich falsch. Und als sich einer der Beschuldigten (nur einer !) für den Angriff auf Kubiak entschuldigte, kam es zu verstärktem Magengrimmen und Kopfschütteln in UnterstützerInnenkreisen. Und die Initiative für das Vorgehen der Antifas einem Auto und dessen Insassen aus einer anderen Stadt anzulasten, mag ja kurzfristig Erleichterung schaffen, kann aber letztlich dazu führen, daß, irgendwann einmal, Antifas aus eben dieser Stadt sich nicht nur dem Vorwurf der Tatbeteiligung, sondern auch dem der "Rädelsführerschaft" ausgesetzt sehen. Dies Abschieben von Verantwortlichkeiten auf andere Menschen ist sowohl kurzsichtig als auch denunziatorisch, und damit als Teil einer Prozeßstrategie untauglich; zumindest innerhalb einer solidarischen Bewegung.









Die Taktik des Wohlverhaltens vor Gericht ist auch auf den Einfluß der AnwältInnen zurückzuführen. Deren Aussagen dazu, wie so ein Verfahren rasch über die Bühne zu bringen ist, hatten mehr Gewicht als die Diskussion über Aussageverweigerung, die Lektüre von Rechtshilfebroschüren und Ratschläge unsererseits. Das Interesse, zumindest eines Großteils der AnwältInnen, ist das erfolgreiche Absolvieren von Prozeßen im unmittelbaren Interesse ihres/ihrer MandantIn. Dies kann zu unheilvollen Konkurrenzsituationen innerhalb der Angeklagtengruppe führen. Es ist oft nicht zu erwarten, daß ihrerseits die politische Ebene eines Verfahrens miteingebracht wird. Also ist es notwendig, selbst sehr genau zu bestimmen, wie ein Prozeß laufen soll und das gegenüber den AnwältInnen zu vertreten. Sich dabei von einer gewissen Autoritätsgläubigkeit freizumachen, kann von ungemeinem Vorteil sein.
Die Taktik des Wohlverhaltens vor Polizei und Justiz hat sich u. E. nicht ausgezahlt. Der vorsitzende Richter wies zum Abschluß des Prozesses darauf hin, daß die Verurteilungen der Angeklagten ohne deren Aussagen nicht möglich gewesen wären. Und der Staatsanwalt wendete die verneinende Antwort auf die Frage, ob die Beschuldigten gewußt hätten, daß der Angegriffene Thomas Kubiak gewesen sei, dahingehend, daß es sich bei der Aktion um einen Akt der Willkür gehandelt habe und baute diese Einschätzung in sein Plädoyer mit ein. Sowohl die Dauer der U- Haft als auch die Urteile zeigen, wie wenig es nützt, sich auf die nur in der Vorstellung existierende Fairness des Repressionsapparates zu verlassen. Aber dazu später.

Wenn wir jetzt so viel an der Prozeßstrategie herumkritisieren, dann stellt sich ja langsam mal die Frage, warum wir die Soliarbeit mitgetragen haben. Zum einen waren wir zu spät: als wir dazu kamen, sind die Aussagen bereits gemacht worden Es ging also in dem Verfahren auch in unseren Augen wesentlich um eine Schadensbegrenzung, um die Versorgung der Antifas mit AnwältInnen, um die Unterstützung im Knast, um Öffenlichkeitsarbeit und um die Mobilisierung. Im weiteren Verlauf der Vorbereitung auf den Prozeß haben wir vor diesem Hintergrund nur unsere Schmerzgrenzen formuliert und gesagt, was wir nicht mittragen würden. Da sind dann auch erst im Prozeß von einigen Angeklagten unsere Grenzen überschritten worden.
Zum anderen sind die Angeklagten trotz der ganzen Kritik, die wir jetzt so massiv loslassen, Teil der antifaschistischen Bewegung. Wir finden es gut, die Nazis in ihrem Treiben einzuschränken, auch mit militanten Mitteln. Und für uns deuten die Fehler der Angeklagten auf Defizite hin, die sich im Antifa- Widerstand allgemein zeigen nämlich mangelnde Auseinandersetzung mit der Rolle des Repressionsapparates und fehlende Vorbereitung auf mögliche Verhör-, Hausdurchsuchungs- oder Knastsituationen. Außerdem finden wir es trotz aller Kritik gut, daß es den Antifas gelungen ist, sich innerhalb einer so großen Gruppe mit unterschiedlichen Leuten gemeinsam im Gerichtssaal zu verhalten. Das war für uns keineswegs selbstverständlich.
An dieser Stelle wollen wir kurz auf die Kritik eingehen, die teilweise an unserer Soliarbeit geübt worden ist. Die Unterstützung der Angeklagten wurde im wesentlichen von drei Initiativen getragen: der Bunten Hilfe Marburg und zwei Soligruppen aus Arolsen und aus Kassel. Eine weitere Antirepressionsgruppe klinkte sich nach anfänglicher Beteiligung aus der Soliarbeit mit der Begründung aus, daß ihre Kapazitäten beschränkt seien, und man(n) sich nur um sog. politische Verfahren kümmern wolle. Da in den Veröffentlichungen dieser Gruppe auch noch falsche Darstellungen des eigentlichen Vorgangs auftauchten, die unseres Wissens von ihnen selbst noch nicht revidiert worden sind, haben wir den Verdacht, daß hier Prozeß und Angeklagte für die eigene politische Arbeit instrumentalisiert werden sollten.
Zwischenzeitlich gab es den Vorwurf der dürftigen Informationspolitik an uns. Dazu läßt sich nur schreiben, daß wir immer dann Rundbriefe verschickt haben, wenn es neue Entwicklungen in den Verfahren gab. Zwischen Entlassung der Verhafteten und Prozeßbeginn lief monatelang nichts, auch der Beginn des Gerichtsverfahrens war

unklar. Uns war es zu blöd, einen Zettel rumzuschicken, daß alles beim alten ist. Wir finden das Interesse an dem Verfahren gut und verstehen das Mißtrauen, daß in unseren teilweise unverbindlichen Strukturen die Prozeßarbeit möglicherweise versandet sein könnte. Aber, wir hätten es besser gefunden, wenn Menschen ihre Anfragen an uns bzw. an bekannte Adressen in Arolsen, Marburg oder Kassel gerichtet hätten anstatt gerüchteweise mitzubekommen, daß von uns ja nichts weitergegeben würde.

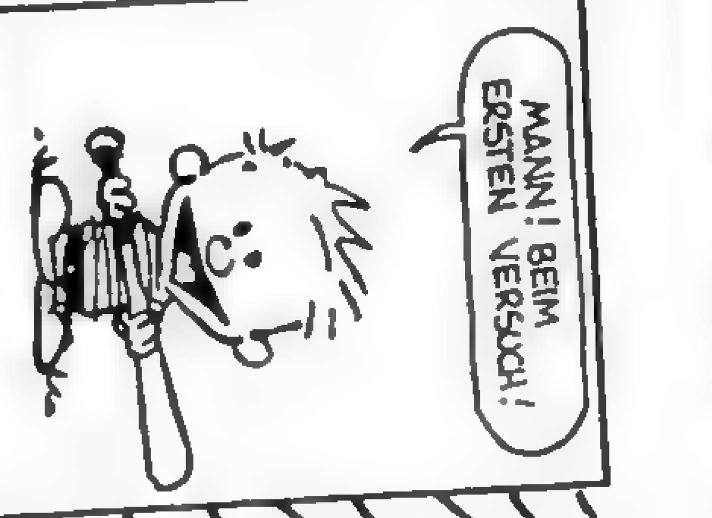
Ein weiterer Vorwurf war der des zu laschen Vorgehens im Prozeßsaal. Dazu sei hier nur angemerkt, daß die Prozeßstrategie im wesentlichen von den Angeklagten bestimmt worden ist (s.o.). Die Idee, die Plätze im Gerichtssaal zu besetzen und so die Faschos außenvor zu halten, ist an den letzten beiden Verhandlungstagen nicht aufgegangen: es waren zu wenig Leute da. So gelang es zumindest einem "Altfascho" kurze Zeit im Gerichtssaal zu sitzen. In Städten mit einer relativ kleinen autonomen Szene ist es halt nicht leistbar, an drei Werktagen hintereinander den Saal, zu "besetzen". Das war uns im vorneherein klar, und es gab den Vorschlag, daß bestimmte Städte bestimmte Prozeßtage übernehmen. Trotz Zusagen sind Gruppen aus anderen Städten aus mitunter nachvollziehbaren Gründen, aber bedauerlicherweise kommentarlos, weggeblieben. So funktioniert's halt nicht.

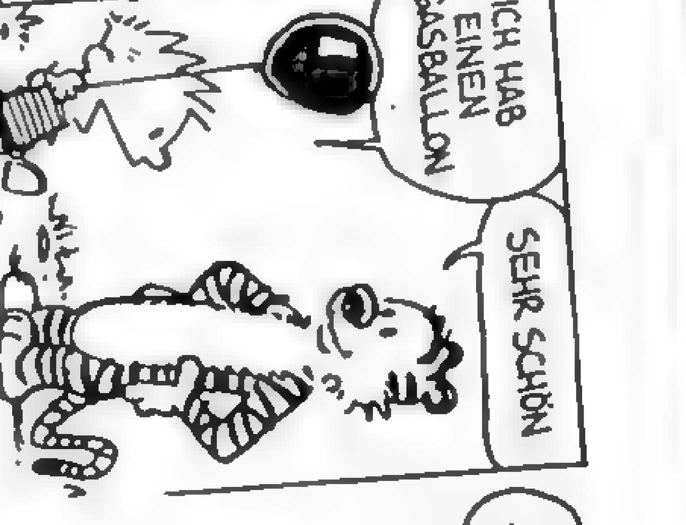
Letztlich, um wieder auf das eigentliche Verfahren zurückzukommen, ist die Verurteilung auf das grundsätzliche Interesse des Staates zurückzuführen, militanten Widerstand hier zu brechen. Die zahlreichen taktischen Fehler haben es seinen ausführenden Behörden nur erleichtert, sich der ArolserInnen zu bemächtigen. An verschiedenen Punkten zeigt sich, wie die vermeintliche Rechtsstaatlichkeit den Rahmen bietet, um gegen Antifas vorzugehen.

Das beginnt mit der Dauer der U- Haft, die für die Betroffenen zwischen 4 und 7 Wochen lag, und selbst innerhalb der gesetzlich festgeschriebenen Logik absurd erscheint: Die meisten ArolserInnen haben schon bei der ersten Vernehmung umfangreiche Aussagen gemacht. Es bestand also weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr, mit denen gemeinhin U- Haft begründet wird. Die auferlegte Kontaktsperre direkt nach der Entlassung ordnet sich genauso in diesem Zusammenhang ein, wie auch die Tatsache, daß das Verfahren gleich vor dem Landgericht stattfand. Damit wurden die Angeklagten als "Schwerkriminelle" stigmatisiert, das Verfahren herausgehoben aus der Ebene eines Amtsgerichts vor Ort und das staatliche Verurteilungsinteresse dokumentiert. Dieses schlug sich letztlich auch auf das Strafmaß durch.Der Landfriedensbruch- Paragraph diente hier als politisches Instrument der Kriminalisierung von linkem Widerstand. Demzufolge reicht es,aus dem Auto auszusteigen, um zu Knast auf Bewährung, Arbeitsstunden und Führerscheinentzug verurteilt zu werden

Die Urteil sind (natürlich,wie immer, gegen die Linke!) viel zu hoch. Für die Antifas aus Arolsen bedeuten sie, neben den Bewährungsstrafen, massive Einschränkungen: neben dem eigentlichen Job am Wochenende noch Arbeitsstunden ableisten; durch den Führerscheinentzug die Mobilität zu verlieren, die du auf dem Land brauchst, um nicht zu versauern; sich von Demos fernzuhalten, um vor der Entscheidung über die Bewährung ja nicht unangenehm aufzufallen. Außerdem gibt es noch die Möglichkeit, daß Thomas Kubiak einen Zivilprozeß anstrengt, in dem er Schadensersatz verlangt. Überdies sind die ArolserInnen neben der staatlichen Repression der Bedrohung durch die Nazis ausgesetzt. Im Zuge der Anti- Antifa- Kampagne hat es Drohbriefe und -anrufe gegeben, und im Index der "Nationalen Liste", zu der die SAf enge Verbindungen pflegt, wurden alle Adressen der betroffenen Antifas abgedruckt. Insgesamt gesehen ist der Prozeß recht ruhig über die Bühne gegangen. Das Interesse der Medien war regional begrenzt, der Prozeß wurde nicht als der spektakuläre Schlag gegen den Antifa- Widerstand gehandelt. Aber genau darin liegt unseres Erachtens die politische Qualität des Prozesses: als ein Teil in der alltäglichen Praxis der Diskriminierung des Antifa- Widerstandes durch den Repressionsapparat.











Und zum Schluß das Übliche. Wir wollen noch mal darauf hinweisen, daß die Antifas aus Arolsen zur Begleichung der Prozeßkosten nach wie vor Geld brauchen.
Spendenkonto: T. Werther, Stichwort: Wunsiedel
KtoNr.: 101 800 9940, BLZ: 533 500 00
Sparkasse Marburg-Biedenkopf

Bunte Hilfe Marburg und Soligruppe Kassel

Es gilt immernoch und überall (und das hat auch gute Gründe)

Anna und Arthur halten das Maul !!!



Hinter den Kulissen...
Faschistische Aktivitäten in Brandenburg

Eine Broschüre über Hintergründe und Vordergründe der Brandenburgischen Neonaziszene.
Mit Berichten über:
Cottbus - Königs-Wusterhausen - Luckenwalde - Potsdam - Brandenburg - Rathenow - Wittstock - Oranienburg - Schwedt - Eberswalde - Strausberg - Frankfurt/Oder

Bestelladresse:
L. Meyer
c/o Hinter den Kulissen
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Preis: 4 DM + Porto 1.50 DM
(nur gegen Vorkasse)

This is the end
17 JAHRE in BEWEGUNG
atom

Aus dem Inhalt der grandiosen Abschlußnummer

★ **Was bleibt nach 20 Jahren Anti-AKW-Bewegung?**
Lesenswerte Beiträge von Wolfgang Ehmke, Jens Scheer, LUPUS, dem BBA u.a.

★ **Rückblick auf 17 Jahre atom**
Ein nostalgischer Streifzug durch die Highlights der Bewegung – und unserer Berichterstattung. Mit Fotos und Originalberichten von „damals".

★ **Und natürlich:**
Warum wir aufhören...

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
21301 Lüneburg
Preis: nur 5 Deutschmark

Bestandsaufnahme

Als Handbuch geplant und seit einem Jahr vorangekündigt, ist es Ende März nun endlich erschienen : "ANTIFA - Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis".Die als HerausgeberInnen fungierende "Projektgruppe" hat ihren Plan einen Ratgeber (gegen rechts) über den Haufen geworfen. Stattdessen finden sich auf rund 180 Seiten Interviews mit antifaschistischen Gruppen aus der BRD, Österreich und der Schweiz. Diese Form macht das Buch leicht lesbar und wirkt im Gegensatz zu vielen Verlautbarungspapieren sehr lebendig. Ausgangspunkt für die Gespräche mit den einzelnen AktivistInnen bilden die Fragen der AutorInnen nach den Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der Arbeit ihrer Gruppen. Dabei steht einerseits die Progression lokaler faschistischer Aktivitäten und Strukturen Mitte / Ende der achtziger Jahre im Mittelpunkt - andererseits wird versucht die jeweilige Strategie dagegen zu reflektieren. Hinterfragt wird außerdem die politische Großwetterlage in der BRD (rassistische Mobilisierung, Folgen des Anschlußes der DDR usw.) und in Bezug darauf die Perspektive antifaschistischer Arbeit. Hierbei ergeben sich ganz verschiedene Ansätze. In Sachen Theorie setzen die meisten Gruppen nicht auf hohle Revolutionsphrasen, sondern auf die Herausbildung einer Alltagskultur im Anti - Nazikampf, welche auch für nicht- linksradikale Menschen offen ist. Eine Ausnahme bildet die Konzeption der "Antifa (M)", Göttingen.Ihr Ansatz bezieht sich vorallem auf eine antiimperialistische Grundlage, die bei Fragen nach den Ursachen von Faschismus das kapitalistische Gesellschaftssystem in den Vordergrund rückt.

Entsprechend der unterschiedlichen theoretischen und realen Ausgangsposition der Gruppen sind auch die Ansichten zum Thema Organisierung. Viele der Befragten stehen der von der "Antifa (M)" initiierten Organisation AA/BO zumindest skeptisch gegenüber. Statt der dort bestehenden festen Struktur mit Statuten und Satzungen scheint die Mehrheit der Gruppen auf lockere informelle Vernetzung zu setzen. Zum Tragen kommt auch der leidige Ost-West Konflikt. Auffallend ist hier vorallem die Unwissenheit westdeutscher AntifaschistInnen über die tatsächlichen politischen Gegebenheiten in der Ex-DDR. Der Kontakt zu Gruppen in Ostdeutschland ist spärlich und unkontinuierlich, das wirkliche Interesse mäßig.So kommt's halt im Westen zu der Ansicht, im Osten wäre der gesamte öffentliche Raum von Faschos besetzt. Leider kommt der Struktur- und Diskussionsstil der Frauen Antifagruppen (Fantifas) etwas zu kurz. Die Frauen zeigen sehr deutlich die Patriarchats- und Hierachieverpflechtungen in gemischten Arbeitsgruppen auf. Sehr aufschlußreich sind die Passagen über den dominat - autoritären Umgang von Männern mit Frauen. Als bereichernd für das Buch erweist sich auch der Blick über den deutschen Tellerrand in die Schweiz und nach Österreich.



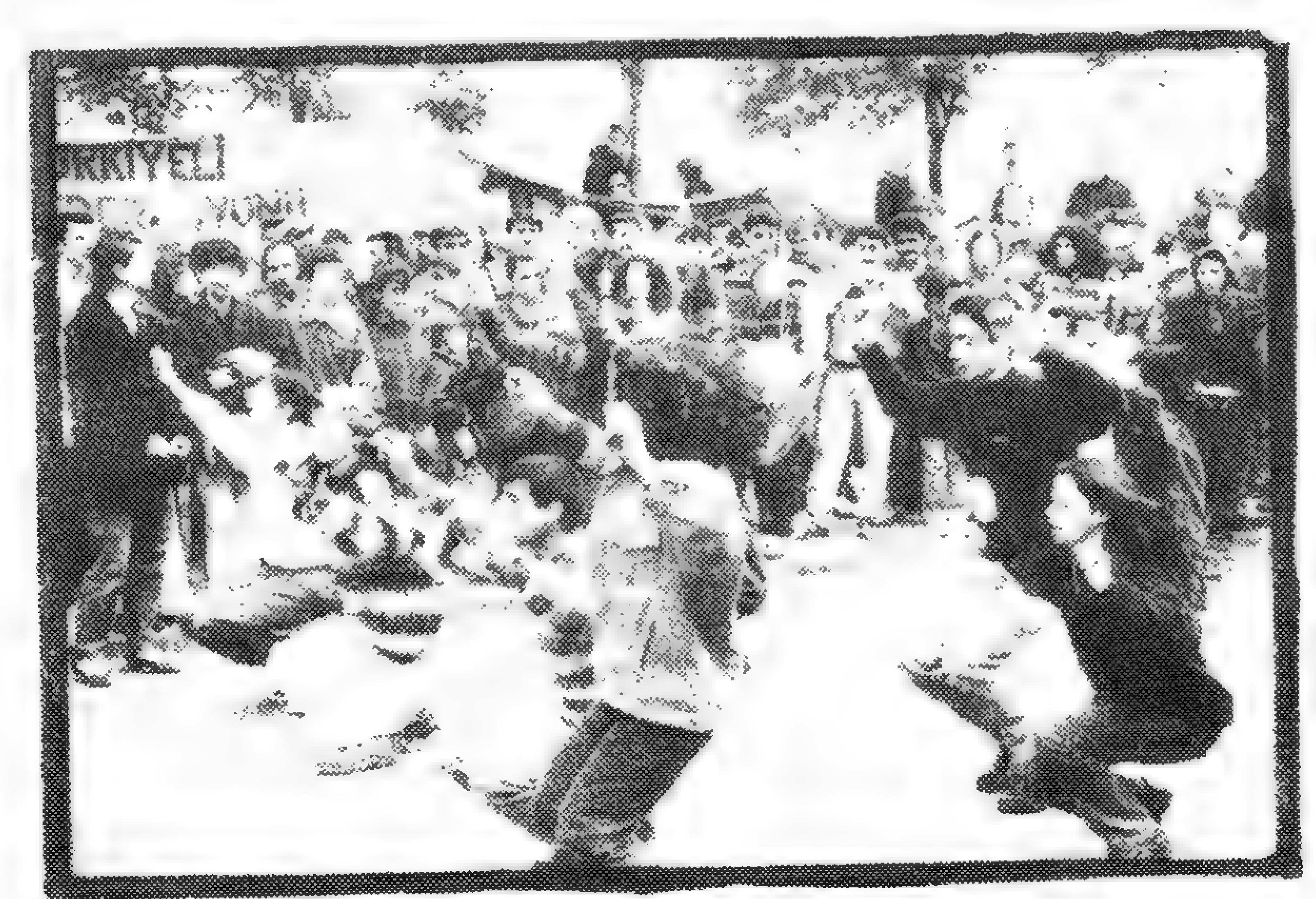
Andere Länder, andere Probleme, doch im Grunde die gleichen Fragen nach der Perspektive. Manko am Projekt bleibt das mensch sich die konkreten Hinweise und Tips zur Antifaarbeit mühsam aus dem Text herausschälen muß. Eine Entschädigung dafür bietet das Adressenverzeichnis von Antifagruppen und Zeitschriften im letzten Teil des Buches. Der Publikation ist zu wünschen, daß sie breit aufgenommen und diskutiert wird, um Sprachlosigkeit und elitäre Abschottung überwinden zu helfen.

Otto H.

Projektgruppe (Hrsg.):ANTIFA;Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis,Edition ID-Archiv.-Berlin 1994, 188 S. 14.-DM

1. Mai

Eine Fotogeschichte



Pressemitteilung Datum:19.4.94; 12.30 Uhr

Rostocker Polizisten in der Rolle von Rechtsradikalen



Während Gruppen von bis zu 50 Faschos und Hooligans sich im Anschluß an das gestrige Fußballspiel FC Hansa - St. Pauli unbehelligt in der Stadt bewegen und Passanten verprügeln konnten, stürmten mehrer Dutzend Polizisten gegen 23.30 Uhr in Kampfuniform das selbstverwaltete Jugendzentrum JAZ. Anlaß dafür war ein angeblicher Rauchbombenangriff auf die um das JAZ abgestellten Polizeikräfte. In Wirklichkeit wurde nur ein defekter Feuerlöscher auf seine Funktionsfähigkeit überprüft, der zum Löschen von eventuellen bei Faschoangriffen entstehenden Bränden bereitsteht. Dieser Test fand auf dem Gelände des JAZ statt, 100 Meter von der Polizei entfernt.

Während der entstandenen Hektik durch den Polizeiangriff auf das JAZ, kletterten einige Jugendliche in der Annahme, es handele sich um Faschos, auf das Dach, wo sie von Polizeibeamten mit Steinen beworfen wurden. Drei Jugendliche, die es nicht mehr gechafft haben, sich vor den Übergriffen der Polizei ins JAZ zu retten, wurden ohne Begründung festgenommen.



Ohne den Versuch zu unternehmen, durch Anklopfen an der Tür sich Eintritt zu verschaffen, stürmten sie das Dach und brachen die Dachluke auf, ohne sich dabei als Polizei zu erkennen zu geben. Dabei beschädigten sie das Zwischendach in erheblicher Weise. Nachdem sie von MitarbeiterInnen und BesucherInnen des JAZ darauf hingewiesen wurden, daß sie Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung begehen, verließen sie nach ca. 10 Minuten das Dach und zogen ihre Kräfte ab.

Was die Faschos gestern nicht schaffen konnten, wollte nun anscheinend die Polizei versuchen.

Wir werten das als erneuten Versuch, selbstverwaltete und selbstbestimmte Jugendarbeit zu kriminalisieren uns kritische Stimmen in der Stadt zu unterdrücken. Nachdem sie in Güstrow eine ganze Szene als Terroristen diffamierten, sehen wir den gestrigen Angriff als Auftakt, ähnliche Umgangsweisen mit politisch denkenden Jugendlichen auch in Rostock einzuführen.

Wir fordern die sofortige Bildung eines Untersuchungsausschußes durch die Bürgerschaft, um die Verantwortlichen für den gestrigen Polizeiangriff auf das JAZ zu benennen und zur Verantwortung zu ziehen.



Faschos und Staatsschützer - Verpißt euch!!

Keine Kriminalisierung von antifaschistischer Arbeit!!

Solidarität mit Kurdistan!!

JAZ bleibt - BASTA!!!!

Jugendalternativzentrum
August-Bebel-Str. 92
18055 Rostock
Tel./Fax: 0381/454310

Besetztes Haus in Potsdam von Faschisten überfallen

Gestern Nacht wurde das besetzte Haus in der Leipzigerstraße 60 von schatzungsweise 10 - 15 Fascho - Skins überfallen. Nach dem Ende eines Konzertes gegen 1 Uhr, befanden sich nur noch wenige Menschen im Gebäudekomplex, als sie um ca. 3.30 Uhr angriffen. Sie spruhten einer Frau CS - Gas in Gesicht und wollten von ihr wissen wieviele Menschen noch im Haus wären. Da das schließen der Eingangstur nicht gelang, konnten die Faschos in den Kneipenraum eindringen. Auffällig war dabei, daß die Tater sich auf dem Gelande allem Anschein nach gut auskannten. Dort warfen sie mit Flaschen, prugelten auf BesetzerInnen ein und schossen mit CO2 - Druckpistolen. Dabei wurde ein Mann zweimal anschossen (am Kopf und am Bein), andere leicht verletzt. Zwei Menschen liegen noch im Krankenhaus. Ganz gelassen beobachtete den Ablauf eine Zivilstreife der Polizei. Die hatten offensichtlich schon länger an den Faschos "geklebt". Bis auf einen wurden nach Angaben der Staatsanwaltschaft alle Beteiligen gefaßt. Wahrscheinlich kamen die Faschisten aus dem Potsdamer Umland (Michendorf z.B.). Die BesetzerInnen sind inzwischen dabei Sicherungen gegen Angriffe auf das Haus aufzubauen.

ein Potsdamer Antifaschist, 30.4.94.





Anti-EG-Gruppe-Köln

Verlassen wir dieses Europa!

Die seit langem angekündigte Broschüre der Anti-EG-Gruppe Köln ist endlich fertiggestellt.
Sie dokumentiert Texte, die von Menschen unserer Gruppe im Laufe unserer mehr als 5 jährigen Geschichte geschrieben, von der Gruppe verabschiedet oder intensiv diskutiert wurden.
Wir wollen mit den Texten zeigen, daß eine linke, internationalistische Analyse der EG die Ablehnung dieser Struktur notwendig macht. Jede emanzipatorische Bewegung muß radikal mit Eurozentrismus und europäischem Kulturchauvinismus brechen.

Die Broschüre enthält:
* Texte zur fundamentalen EG Kritik
* Positionen zu unterschiedlichen Politikbereichen der EG wie:
Ökonomie, Agrobusiness, Militärpolitik und Flüchtlingspolitik
* Flugblätter, Fotos, Entwürfe für Erklärungen und vieles mehr
* Literaturhinweise für eine weitere Auseinandersetzung mit der EG

Preis: 10 DM pro Stück (ab 10 Exemplare gibt es ein Freiexemplar), zuzüglich Porto

Bestelladresse: Christoph Schulenkorf
Sandweg 79
50827 Köln
Tel.: 0221 532526



Das Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel und die 1.Aktionskonferenz

LADEN EIN ZUR ZWEITEN AKTIONSKONFERENZ

zwecks weiterer Vorbereitung der Gegenaktivitäten anläßlich des
Treffens des Europäischen Rates in Essen

am Samstag, den 4. Juni 1994 von 11[30] - 18[00]
in der Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen

Am 16.April hat in der Zeche Carl die erste bundesweite Aktionskonferenz zur Vorbereitung von Gegenkongreß, Großdemonstration und Aktionstagen anläßlich des Treffens des Europäischen Rates in Essen stattgefunden.

Da viele bis jetzt weder vom offiziellen Ereignis noch von den Gegenaktivitäten gehört haben, hier noch einmal der Ausgangspunkt: Am 9./10. Dezember 1994 treffen sich die zwölf Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu ihrem halbjährlichen Gipfeltreffen. Als Höhepunkt des bundesdeutschen EU-Vorsitzes wird der Stadt Essen die Ehre zuteil, diesen Festakt mit einem kostspieligen Begleitprogramm auszutragen. Der Essener Gipfel beschäftigt sich im wesentlichen mit einem angeblichen "Beschäftigungsförderungsprogramm", dem Beitritt von Österreich, Schweden, Norwegen und Finnland sowie weiteren Beitrittsoptionen.
Dieser Gipfel ist die große Gelegenheit, unsere Kritik am EU-Prozeß einer breiten Öffentlichkeit kundzutun und unseren Protest auf die Straße zu tragen. *Die Gelegenheit die unsoziale, neokoloniale und chauvinistische Politik der EU zu thematisieren, war noch nie so günstig wie 1994. Deshalb dürfen wir diese Ereignisse nicht ungenutzt vorübergehen lassen.*
In der Region Essen hat sich ein Bündniskreis zusammengefunden. Dieses regionale Bündnis allein ist jedoch zu schwach, um großangelegte Aktivitäten unsererseits vorzubereiten, geschweige denn durchzuführen.

Deshalb hat am 16.April die 1.Aktionskonferenz stattgefunden. Etwa 50 Teilnehmer/innen informierten sich über den Stand der Aktivitäten und diskutierten über unsere möglichen Gegenaktivitäten zum Essener-Gipfel. Nach einer langen Diskussion wurde folgendes verabschiedet: In den Monaten vor dem Gipfel-Wochenende soll die inhaltliche Auseinandersetzung bundesweit damit beginnen, daß, ausgehend von einer ersten politischen Einschätzung und im Blick auf Perspektiven der Auseinandersetzung mit der EU, vier bis fünf regionale Vorbereitungsseminare zu wichtigen Aspekten der EU-Politik durchgeführt werden. Diese Seminare sollen das Thema regional bekanntmachen und die Diskussion am Gipfel-Wochenende vorbereiten. Am ersten Gipfeltag (Freitag 9.12) wollen wir tagsüber Aktionen gegen den Gipfel durchführen. Abends soll eine Plenumsveranstaltung stattfinden: Eine Anklage der Europäischen Integration aus internationalistischer Perspektive auf Grundlage kontrovers zu diskutierender Analysen und Standpunkte. Die dort beginnende Debatte wollen wir entweder am Samstag Abend oder spätestens am Sonntag fortführen, in dem wir sie wieder auf die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Auseinandersetzung mit der EU beziehen. Tagsüber, beginnend am Vormittag, soll am zweiten Gipfeltag (Samstag 10.12) die Großdemonstration durch die Essener Innenstadt ablaufen.

Leider sind wir auf der 1.Aktionskonferenz nicht mehr dazu gekommen, bundesweite Trägerkreise für die Diskussionsveranstaltungen (die regionalen Seminare und die Konferenz am Gipfel-Wochenende selber) und die Großdemonstration zu bilden. Dies müssen wir auf der zweiten Aktionskonferenz nachholen. Dort muß auch geklärt werden, welche Themen die Schwerpunkte unserer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der EU bilden. Alle die, die zu dieser Aktionskonferenz hoffentlich zahlreich erscheinen, mögen sich also überlegen, wie sie beitragen können und ob in ihrer Region nicht auch eine Veranstaltung stattfinden könnte.

Wenn es Sinn hätte
zu leben
hätte es Sinn
zu leben

Wenn es Sinn hätte
noch zu hoffen
hätte es Sinn
noch zu hoffen

Wenn es Sinn hätte
sterben zu wollen
hätte es Sinn
sterben zu wollen

Fast alles hätte Sinn
wenn es Sinn hätte

Traurigsein

Traurigsein
heißt nicht gut ausatmen können
und nicht spüren
wie etwas schmeckt
außer Traurigsein

Traurigsein
heißt vielleicht mehr bemerken
von dem was traurig ist
als vor dem Traurigsein

Traurigsein
heißt nicht Traurigseinwollen
und nicht Unglücklichseinwollen
und auch nicht Glücklichseinwollen

Traurigsein
heißt überhaupt nichts wollen
und auch nichts nichtwollen
Es heißt nur Traurigsein

Liebe und Verzweiflung

Es ist Unsinn, sagt die Vernunft
Es ist, was es ist, sagt die Liebe

Es ist Unglück, sagt die Berechnung
Es ist nichts als Schmerz, sagt die Angst
Es ist aussichtslos, sagt die Einsicht
Es ist, was es ist, sagt die Liebe

Es ist lächerlich, sagt der Stolz
Es ist leichtsinnig, sagt die Vorsicht

Es ist unmöglich, sagt die Erfahrung
Es ist, was es ist, sagt die Liebe

Es ist Wahnsinn, sagt die Vernunft
Es ist, was es ist, sagt die Verzweiflung

Es ist Glück, sagt die Sehnsucht
Es ist Freude, sagt der Glaube
Es ist Aussicht, sagt die Hoffnung
Es ist, was es ist, sagt die Verzweiflung

Es ist selig, sagt die Liebe
Es ist schwersinnig, sagt der Leichtsinn

Es ist Zukunft, sagt die Erwartung
Es ist, was es ist, sagt die Verzweiflung

Was ist es, was es ist?

Kathrin
18.1.71–30.4.93

Der Pflaumenbaum

Die Sonne scheint
es ist warm
und trocken

Hat es Dir
wenigstens am Ende
nicht
weh getan?

Ein Traum

SindTräume
Schäume?
OderBäume?

Können
Bäume
Träume
Sein?

unsere Freundin Kathrin hat sich vor einem Jahr, am 30.4.93, das Leben (oder den Tod) genommen.

Für uns ist die Interim das Forum, an Kathrin zu erinnern.
Die Interim wird von den Menschen gelesen und genutzt, mit denen Kathrin gelebt hat.

(J., L., S.)

Die Beiträge des Buches:

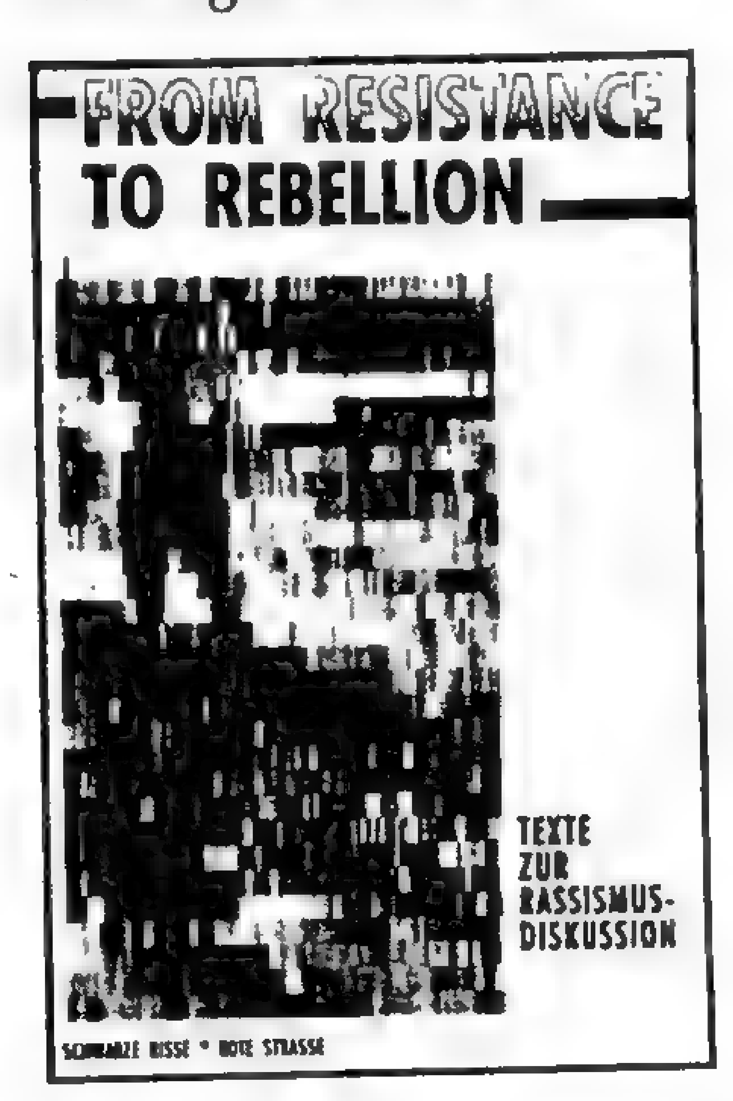
A. Sivanandan: From Resistance to Rebellion

J. Bourne: Für einen antirassistischen Feminismus

Jenny Bourne: Homelands of the Mind

A. Sivanandan: Rassismus 1992

Liz Fekete: analysiert das Verhältnis von antifaschistischer und antirassistischer Bewegung in einem kurzen Text im Anhang des Buches.



From Resistance to Rebellion

170 Seiten, 18 DM
ISBN 3-924737-16-9
August 92

parteiisch - für Arbeitslose und Arme

konsequent - gegen den Sozialabbau

hartnäckig - beim Recherchieren

informativ - statt buntes Blatt

kritisch - gegen die Propaganda von oben



Erscheinungsweise: monatlich

Erhältlich: Nur im Abonnement und bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe-Initiativen

Preise: Einzelexemplar: DM 2.-
Jahresabo: DM 21.60 für Privatpersonen

Herausgeber: Arbeitslosenzeitung quer e.V.
Gunthersburgallee 22
60316 Frankfurt am Main
Tel: 069 - 44 71 71
Fax: 069 - 43 57 37



quer bringt Informationen, die die Behörden verschweigen, in keiner Tageszeitung zu finden sind - und bares Geld bringen können

quer redet Klartext und nicht denen nach dem Mund, die ihr Süppchen auf Kosten von Arbeitslosen und Armen kochen wollen

quer lebt von der aktiven Unterstützung von Arbeitslosen & Armen, Initiativen und engagierten Rechtsanwälten - und nicht von Konzepten, die Arbeitslosen zeigen wollen, wie sich sich selbst noch geschickter zur Ware degradieren können

quer reduziert die Massenarbeitslosigkeit und -armut nicht auf die individuelles Schiene. Massenarbeitslosigkeit wird von der Politik benutzt, um Hungerlöhne durchsetzen, oder Menschen zur „Arbeit ohne Lohn" zwingen zu können

quer ist die überregionale Arbeitslosenzeitung, die von Arbeitslosen gegründet wurde und sich seit ihrer Taufe 1985 allein den Interessen von Arbeitslosen und Armen verpflichtet fühlt.

Staatliche Privatbullen oder private Staatsbullen?

Privates Schlägerschwadron der staatlichen Veba-Tochter Raab Karcher überfällt besetztes Haus.
Politiker wollen längst gängige Praxis brutaler Selbstjustiz jetzt auch gesetzlich legitimieren.

"Welche Folgen eine massiv aufgerüstete Hilfspolizei in Diensten des Staatskonzerns Veba für die Bundesdeutsche Realität zeitigen wird, ist heute in seiner Tragweite noch gar nicht abzuschätzen."

So stand es in der Aprilausgabe der Düsseldorfer Stattzeitung TERZ, wo über Ausmaße und Verflechtungen privater Sicherheitsdienste berichtet wurde.
Welche praktischen Dimensionen solche Privatpolizeieinsätze jetzt schon haben können, mußten HausbesetzerInnen in Köln erfahren:

Am 4.2.94 wurde von verschiedenen Initiativen und Selbsthilfegruppen, ein ehemaliges Klöckner Stahlhandel-Gelände in Köln-Ehrenfeld besetzt. Zehn Wochen wohnten und arbeiteten sie dort. Ziel war es, Werkstätten in Selbstverwaltung aufzuziehen.
Das Gelände gehört der "pivaten" Firma moderne stadt GmbH, die das Gelände abreißen wollte. Die Anteile an der Firma teilen sich Banken (Deutsche Bank, Bankhaus Oppenheim) und städtische Gesellschaften auf. So ist z.B. der Geschäftsführer Dieter Leitzgen gleichzeitig Geschäftsführer einer beteiligten städtischen Immobilienfirma. Hier zeichnet sich eine allgemeine Tendenz bei öffentlichen Institutionen ab, Privatfirmen vorzuschieben, um sich so aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu entlassen.
Zwischen den BesetzerInnen und der Eigentümerin kam es zu einer Gerichtsverhandlung, woraufhin es der Firma nicht möglich war, kurzfristig durch die Polizei räumen zu lassen. Nachdem sich die Justiz nicht eindeutig in ihrem Sinne entschieden hatte, griffen sie zu anderen Mitteln und machten kurzen Prozeß:

Am Morgen des 14.4.94 tauchten eine Frau in militärischer Kleidung mit Schäferhund und ein Mann vor dem Haus auf. Sie gaben vor, einen Kühlschrank in der Elektrowerkstatt kaufen zu wollen. Wegen des militärischen Aufzugs der Frau befürchteten die BewohnerInnen, daß es sich bei den beiden um Bullen handeln könnte, und öffneten lediglich ein Fenster. Nach kurzem hin und her rissen sie das Fenster auf, sprangen geübt herein und rannten direkt zu den Türen. Sekunden darauf standen 15 bewaffnete Männer und die Frau mit dem Schäferhund in der im Erdgeschoß befindlichen Kneipe. Sie waren mit Schlagstöcken (Tonfas), mit Elektroschockern ("Bodyguard") und Reizgas ausgerüstet. Sie hatten die BewohnerInnen sofort in ihrer Gewalt.
Im Haus waren zu dem Zeitpunkt nur wenige BewohnerInnen, da der Rest schon früh morgens zum besetzen Bauwagenplatz, der an dem Tag durch die Polizei geräumt wurde, gefahren waren. Klar ist, daß der Schlägertrupp einkalkuliert hatte, daß das Haus deshalb fast leer und leicht zu überfallen war.
"Ihr habt zehn Minuten Zeit, eure Sachen herauszuschaffen, dann wird das Haus abgerissen", sagte der Mann, der durchs Fenster gekommen war und offensichtlich der Einsatzleiter war. Erst an dem Punkt wurde ihnen klar, daß sie es nicht mit der Polizei zu tun hatten, sondern daß ein privater Schlägertrupp vor ihnen stand. Auf die Frage, wer die Typen denn seien, sagte der Anführer: "Wir haben mit der Polizei nichts zu tun. Wir sind von moderner stadt beauftragt worden, das Haus zu räumen."
Die Frau hatte bis dahin schon einige Bewaffnete in die oberen Etagen geschickt. Einige BewohnerInnen konnten noch hinaufrennen, um die noch Schlafenden zu wecken. Dann wurden hecktisch die Sachen gepackt.
Als die teils glatzköpfigen Männer mit Bomberjacken merkten, daß die sieben Anwesenden sich nicht gegen die bewaffnete Übermacht wehrten, nutzten sie die Situation, um Wehrkampfübungen zu machen.
Sie überwachten die Packerei und schlugen während dessen um die BewohnerInnen herum alles kaputt. Dabei stellten sie Fachsimpeleien an und bewiesen sich gegenseitig, wie man mit Schlagstöcken am besten Fenster einschlägt und mit Springer- und SEK-Stiefeln gezielt Türen eintritt.
Bemerkenswert ist auch, daß Teile des Schwadrons darüberhinaus auf Schlafsäcke und Matratzen einschlugen, wo kurz vorher noch Leute gelegen hatten, um zu üben wie sie wehrlos Schlafende auf der Stelle außer gefecht setzen können. So demonstrierten sie wohl, wie es den BewohnerInnen ergehen würde, wenn Widerstand geleistet würde.
Zwischen den krachenden Türen und Scheiben wurden die wichtigsten Sachen der ca.20 BewohnerInnen und das Material aus den Werkstätten und der Volxküche auf die Straße geschleppt. Wie bei der Polizei auch wurden immer ein bis zwei Typen zur Begleitung beordert.

"Auf der Straße sahen wir zwei seit längerem bekannte Zivis vor unserem Haus stehen, sowie zwei Polizeistreifen vorbeifahren. Sie nahmen offensichtlich keine Notiz von den gut erkennbaren Vorgängen im Haus," sagten die BewohnerInnen. Außerdem waren auch ständig Angestellte von der Firma moderne stadt anwesend auf dem Gelände und begutachteten den Angriff der angeheuerten Knüppelgarde.
Unterdessen kamen die Arbeiter des Abbruchunternehmens "Malta" mit Vorschlaghämmern und Preßluftgeräten und wurden offenbar in Absprache mit den Schlägern in die verschiedenen Etagen geschickt. Aus der obersten Etage konnte nicht mehr alles gerettet werden, weil das Dach schon zerstört worden war.
Nach Aussage der BewohnerInnen waren bereits die meisten Fenster im ganzen Haus zerschlagen, als sie nach ca. 20 Minuten so einiges auf die Straße gebracht hatten.
In Windeseile verschwanden dann sechs der Schläger, der Schäferhund und mit ihnen die Waffen in bereitgestellten Autos und fuhren davon. Telefonieren konnten die Überfallenen erst, als es einigermaßen sicher erschien, daß sie nicht geprügelt würden. Daher haben die später Eintreffenden keine Waffen und nicht mehr das ganze Schwadron gesehen.
Tatsache ist jedenfalls, daß die (illegale) Einsatztruppe mit mehreren Autos aus verschiedenen Herkunftstädten (u.a. Köln, Bonn, Düsseldorf, München, Brandenburg) kamen, wobei auf einem ein Aufkleber der "Kampfsportschule Musachi Bonn" und auf einem anderen ein Polizeiaufkleber war.
Es waren insgesamt etwa 15 junge Männer mit Schlagstöcken, die bisher nur von SEK-Einsätzen bekannt sind, und mit der Frau mindestens drei ältere Personen, die das Kommando führten und mit Gas bzw. Elektroschockern bewaffnet waren. Alle waren offensichtlich gut durchtrainiert. Von den meisten gibt es Fotos.


Noch ist unklar, wie die Art, mit der sie das Haus stürmten und zerstörten, zu bewerten ist.
Einiges weist darauf hin daß es sich um Faschos handelt. So nahmen sie z.B. einige Antifa-Plakate und Flugblätter sauber ab und steckten sie ein. Einige hatten auch das klassische Aussehen von Faschos.
Andererseits erinnerte das strategische Vorgehen und die Befehlsstruktur stark an Sondereinsatzkommandos der Polizei. Auch wußte niemand besser als die Polizei, daß der Tag der Bauwagenplatzräumung die beste Gelegenheit wäre, die wenigen im Haus Verbliebenen zu räumen. Um das Abrißunternehmen rechtzeitig herbeizuordnen, war es auch Voraussetzung von der Polizei einen Hinweis auf diesen "günstigen" Räumungstermin zu bekommen. Dafür spricht auch die Anwesenheit der Zivistreifen.

Wahrscheilich treffen beide Interpretationen des faschistoiden Angriffs ein Stück weit zu. So wurden jüngst in Berlin enge Zusammenhänge zwischen der Polizei, der volksnahen "Hilfspolizei" und Rechtsextremen festgestellt.

Mittlerweile erfuhren wir auch, daß der Schlägertrupp bei dem Raab-Karcher Sicherheitsdienst (RKS) im Sold steht. Nach Aussagen von Mitgliedern der RKS hat der Sicherheitsriese für solche Aktionen Söldner in der ganzen Bundesrepublik "stationiert".

Die Tragweite dieser Räumungsaktion durch ein bis an die Zähne bewaffnetes Privatkommando wird deutlich im Zusammenhang mit dem TERZ-Artikel über "Schwarze Sheriffs in Staatsdiensten" (Ausgabe 4/94).
Über die oben beschriebenen städtisch-privaten Zusammenhänge hinaus ergibt sich aus den folgenden Informationen eine bundesweite Dimension des Vorfalls:
Wie oben angeführt, ist RKS eine Tochtergesellschaft des staatlichen VEBA-Konzerns. Auf dem Sektor der privaten Sicherheitsdienste hat RKS eine herausragende Monopolstellung inne. "Die Privatarmee der RKS verfügt heute schon an 50 Standorten über 8000 MitarbeiterInnen mit über 1000 Einsatzfahrzeugen. Mit 390 Millionen Mark Umsatzanteil an den 1993 im Security-Geschäft umgesetzten 3,2 Milliarden ist die Firma jetzt schon mit Abstand der größte Anbieter. Vor allem die Unternehmen des VEBA-Konzerns, wie die Kraftwerke Ruhr, die Stinnes AG, Veba Öl AG und die Hüls AG buchen die Schwarzen Sheriffs der RKS." Ferner obliegt ihnen neuerdings die Bewachung der Atomkraftwerke der Preussen Elektra und der Düsseldorfer Messe. Auch in der Bewachung öffentlicher Verkehrsbetriebe sowie in der Flugverkehrssicherheit machen sie sich zunehmend breit.

Zusätzlich zu der einflußreichen Kundschaft bieten vor allem die Absichten konservativer PolitikerInnen Rückendeckung für den Ausbau privater Einsatzkommandos und für den Konzentrationsprozeß zugunsten von RKS. Auf Bundesebene vertritt die CDU ein Konzept der "inneren Sicherheit", das die Kompetenzen privater Sicherheitsdienste deutlich ausweitet. Daß als eine der ersten Städte das SPD-regierte Köln hinter einem Knüppeleinsatz der RKS steht, zeigt, daß auch die vermeintliche Opposition eine Paramiliz als systematisches Mittel gegen Andersdenkende befürwortet und anwendet.



Die Südafrika-Connection

Deutsche und südafrikanische Nazis arbeiten eng zusammen: ein Teil der Faschistischen Internationalen

Vor einiger Zeit geisterten recht verworrene Meldungen aus dem südlichen Afrika durch die bürgerlichen Medien in der BRD: Südafrikanisches Militär rückte im selbsternannten Homeland Bophutatswana ein, bei den Kämpfen wurde eine Wagenkolonne bewaffneter Rechtsextremisten von südafrikanischen Soldaten beschossen. Der Herrscher des Homelandes Mangope mußte fliehen. Wenige Tage später wurde dann gemeldet, daß drei Bundesdeutsche in eine Schießerei mit der Polizei in Südafrika verwickelt waren. Dabei wurde einer der Drei getötet, ein weiterer verletzt festgenommen und ein dritter konnte entkommen. Es habe sich um Waffenschieber gehandelt, meldeten die Agenturen. Was hat das alles miteinander zu tun?

Als der dritte der an der Schießerei Beteiligten nach einigen Tagen doch noch festgenommen wurde, wurde klar, daß es sich keineswegs um kleine Waffengeschäfte handelte, was die drei im Sinn hatten. Der Dritte war kein geringerer als Horst Klenz. Klenz ist überzeugter Faschist und schon lange innerhalb eines internationalen braunen Netzes aktiv, vorrangig im südlichen Afrika. 1991 wurde er in Namibia, einem nördlichen Nachbarland Südafrikas, während eines Transportes vom Gericht zurück in den Knast von einer Gruppe bewaffneter Kameraden befreit, ein Polizist wurde dabei getötet. Angeklagt war er mit weiteren fünf Faschisten wegen mehreren Mordanschlägen, die sie in Namibia verübt hatten. Namibia war bis zum Ende der kaiserlichen Herrschaft in Deutschland deutsche Kolonie und wurde Deutsch-Südwestafrika genannt. Bis heute bestehen enge private und wirtschaftliche Beziehungen der ehemaligen KolonialistInnen, siehe z.B. weiter unten den "Verband der Tropenlandwirte aus Witzenhausen e.V." Daraus ergibt sich das besondere Interesse von FaschistInnen an diesem Land. Vor einigen Jahren schrieb Klenz öfters für Thies Christophersen, der mit seiner Hetzschrift "Die Auschwitzlüge" endgültig Karriere im rechten Nachkriegs-Netz machte. Cristophersen war 1944 "SS-Sonderführer für Pflanzenschutz" im Auschwitz-Nebenlager Raisko. "Pflanzenschutz" bedeutete im faschistischen Sprachgebrauch Massenmord mittels Zyklon B. (Dieses wurde von der IG-Farbentochter Degesch geliefert, die heute hochgiftige Pflanzenschutzmittel vor allem in die Länder des Südens exportiert) Christophersen lügt also ganz bewußt, wenn er behauptet, die Zahl von sechs Millionen vergaster jüdischer und anderer als lebensunwert erklärter Menschen sei ein Propagandamärchen der Alliierten, hinter denen natürlich wieder einmal die jüdische Weltverschwörung stecke. Er gibt dies auch offen zu: "Ich will uns entlasten und verteidigen, dann kann ich das nicht mit dem, was wir tatsächlich getan haben. Ich leugne das nicht. Aber jeder Verteidiger, der was zu verteidigen hat, der wird doch nicht das Belastende aufführen." Für diese Hetze wird er in der BRD offiziell mit Haftbefehl gesucht, er setzte sich deshalb nach Dänemark ab. Daß er sich dennoch des öfteren unbehelligt in der BRD aufhalten konnte, zeigt nur einmal mehr die Kumpanei deutscher Behörden mit alten und neuen Nazis.

Zurück zu Horst Klenz: Dieser warb vor ein paar Jahren auch Neonazis in der BRD per Annonce für den Söldnerdienst in Angola an. In diesem nördlich an Namibia angrenzenden Land tobt damals wie heute ein brutaler Krieg zwischen der (ehemals) moskaunahen Regierung und der von der CIA (Central Intelligence Agency, US-amerikanischer Geheimdeinst) aufgebauten rechten UNITA. Die deutschen Söldner wurden auf Farmen in Südafrika ausgebildet, z.B. auf dem Odalshof in Stanfort, der von Edhild Leinweber und dem Hamburger Hans Heimrod geführt wird oder dem Hof von Helmut Hornung in Transvaal. Auch heute läuft diese Ausbildung noch, allerdings werden heute deutsche und andere europäische Nazis vor allem ins faschistische Kroatien geschickt. Dort bereiten sie sich auf den von ihnen ganz offen angekündigten BürgerInnenkrieg (siehe unten) im von ihnen beanspruchten "Großdeutschland in den Grenzen von 1939" vor. Offizielle Zahlen des deutschen Verfassungsschutz sprechen von ein zwei, drei Dutzend Nazis, die in Kroatien kämpfen. Die tatsächlichen Zahlen gehen aber in die Hunderte allein aus der BRD, die dort fleißig Kriegserfahrungen sammeln. Außerdem tauchen etliche in der BRD mit Haftbefehl gesuchte Nazis in Kroatien unter, wie der unlängst an der österreichisch-deutschen Grenze festgenommene Nörten-Hardenberger (Südniedersachsen) Nazi Michael Holmeister. "Holms", wie er genannt wird, ist Mitglied der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei Deutschlands" (FAP), einer Vorfeldorganisation der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF), auf deren Rolle weiter unten noch ausführlicher eingegangen wird. Das Geld für diese Söldnereinsätze in Kroatien verteilt der Republikaner Bernd Thrun.

Ein enger Vertrauter Thruns ist der in Hessisch-Lichtenau lebende Wolfgang Juchem, der etliche Jahre als Angehöriger des Militärischen Nachrichtendienstes beim Horchposten auf dem Hohen Meißner (Nordhessen) arbeitete. Damals war er Mitglied der NPD, was ihm aber lange Zeit keinen ernsthaften Ärger bereitete. 1979 wurde er ins Amt für Nachrichtenwesen versetzt, 1988 wurde er nach insgesamt über 30 Jahren "aus gesundheitlichen Gründen" in die gutbezahlte Rente geschickt. Heute rangiert Juchem als einer der Hintermänner im internationalen Nazi-Netzwerk. Er hat beste Kontakte zu allen faschistischen Strömungen in der BRD, von Wahlparteien über das Spektrum der verbotenen "Nationalistischen Front" bis hin zur offen nazistischen GdNF.

Auch bei honorigen BürgerInnen hat er besten Leumund, er zählt einige Kriminalbeamte zu seinen engeren Kreisen. Gerade diese breite Anerkennung macht ihn zu einer wichtigen Dreh- und Schnittstelle im braunen Netz. Auch an internationalen Kontakten mangelt es ihm nicht, sowohl in Europa, wie in Nord- und Südamerika. Gerade nach Südafrika reist er besonders gerne, z.B. auf den oben bereits erwähnten Odalshof. Diese Farm ist auch einer der Orte, an denen sich die deutsch-südafrikanischen FaschistInnen öfters treffen.

Ein anderer Deutscher, der sich dort regelmäßig sehen läßt, ist der Besitzer des "Reichshofs" bei Schwarzenborn auf dem nordhessischen Knüllköpfchen. Roeder saß von 1982 bis Anfang 1990 als Anführer der "Deutschen Aktionsgruppen" im Knast, zuletzt in Kassel. Sie verübten 1980 mehrere Terroranschläge gegen Gedenkstätten und AusländerInnenwohnstätten. Zwei Vietnamesinnen wurden dabei ermordet. So kam es, daß Roeder als erster von bis heute sehr wenigen faschistischen TerroristInnen nach §129a verurteilt wurde. Noch als Freigänger im Kasseler Knast arbeitete er in der Druckerei des damals dort Vorsitzenden der Republikaner Horst Steinhof an fremdenfeindlichen Hetzflugblättern, mit denen die ex-DDR überschwemmt wurde. Roeders Ausflüge nach Südafrika sind ebenfalls ganz in brauner Tradition: 100 000 DM erhält er jährlich von südafrikanischen FaschistInnen zum Aufbau der Nazibewegung in der BRD, weiteres Geld bekommt er aus Amerika. Roeder ist fest in die internationalen Strukturen eingebunden. So hat er z.B. guten Kontakt zum russischen Faschisten Schirinowski, der sich im vergangenen Jahr in Nordhessen aufhielt, u.a. um sich mit dem Chef der "Deutschen Volksunion" (DVU) Gerhard Frey, Verleger faschistischer Massenblätter, Wohnungsspekulant und Millionär, zu treffen.
Eine weitere wichtige Figur des Netzwerks lebt auf der Buchenmühle bei Gilserberg-Sebbeterode in Nordhessen: der ehemalige GI Roy Armstrong hatte bereits in seinen Zeiten, als er bei der US-Army diente, gute Kontakte zum Ku-Klux-Klan (KKK), die er auch heute noch pflegt. 1977 lernte er die Tochter Ingeborg des Altnazis Siegfried Godenau kennen, die er später heiratete und von ihr den Namen annahm. Die Buchenmühle war schon seit Anfang der 70er Jahre Treffpunkt von faschistischen Gruppen, wie der "Wiking Jugend" (WJ), die sich in der Tradition der "Hitlerjugend" (HJ) sieht. Ingeborg Godenau ist heute Kreistagsabgeordnete der "Republikaner" (REP) im hessischen Schwalm-Eder-Kreis. Roy Godenau selbst, vertreibt weltweit Bücher des unter dem Pseudonym Juan Maler schreibenden Altnazi und knallharten Antisemiten Reinhold Kopps. In der Nazizeit war Kopps Offizier bei der Abwehr in Albanien, dort war er im Krieg gegen PartisanInnen eingesetzt. Unmittelbar nach der militärischen Niederlage Nazideutschlands setzte er sich in den Vatikan ab, wo er die "Rattenlinie" betreute, die der überzeugte italienische Faschist Licio Gelli (siehe vorletzter Absatz) aufbaute. Die Rattenlinie war wohl die wichtigste Fluchtroute für diejenigen Nazis, die nicht das Glück hatten, ihre Haut in den Geheimverhandlungen mit alliierten Geheimdiensten retten zu können. Diese begannen bereits monatelang vor der sich schon lange abzeichnenden endgültigen militärischen Niederlage. In diesen Verhandlungen wurden viele zivile und militärische NazifunktionärInnen, -geheimdienstlerInnen und -wissenschaftlerInnen von allen Seiten der Alliierten angeworben, für die Zeit des sich anbahnenden Kalten Krieges. Exakt 765 NaziwissenschaftlerInnen, viele von ihnen waren an Menschenversuchen in KZ's beteiligt, in denen unzählige Menschen grausam ermordet wurden, wurden 1946 mit der "Operation Paperclip", nach, wenn überhaupt, sehr kurzer Gefangenschaft für die USA mitsamt ihren "Forschungs"ergebnissen abgeworben. Ein bekanntes Beispiel ist Wernher von Braun, Konstrukteur der ersten Langstreckenrakete der Welt V 2, einer fürchterlichen Angriffswaffe der Nazis. In die sowjetischen Raumfahrtprogramme flossen ebenso wie in diejenigen der NASA die Ergebnisse der KZ-Unterdruck- und Kälte-Menschenversuche mit ein, ebenso in die Entwicklung von hochfliegenden Militärflugzeugen. Viele der ehemaligen FunktionsträgerInnen der Nazis wurden über ein Camp der US-Army in Wiesbaden geschleust.
Diejenigen, die für die Alliierten keinen Wert hatten, flohen dann über die Rattenlinie: quer über die Alpen, von einem katholischen Kloster zum nächsten, bis sie via Vatikan in alle Welt weiterreisten, vor allem in den Nahen Osten, Lateinamerika und das faschistische Spanien. Das alles geschah mit Billigung der römisch-katholischen Amtskirche. Mit den rechtzeitig ins Ausland geschafften großen Teilen des Nazivermögens gründeten viele nach dem Krieg mehrere hundert Firmen in aller Welt. Mit dem damit erwirtschafteten Geld und ihren weltumspannenden Kontakten gingen sie zielstrebig an eine Reorganisation des faschistischen Netzwerks. Eine dieser Kontaktstellen ist heute nach wie vor Reinhold Kopps. Er führte bei seiner Flucht nach Südamerika, die er nach Abschluß seines Auftrags im Vatikan durchführte, eine Liste von ehemaligen Abwehroffizieren mit, die in der Nazizeit überall auf der Welt stationiert waren. Im letzten Jahr hat Kopps in Argentinien, wo er heute lebt, aufgrund des Berichts eines israelischen Journalisten, der im Auftrag des Simon-Wisental-Centers recherchierte, Ärger mit den dortigen Ermittlungsbehörden bekommen.
Die deutsch-europäische Nazibewegung wurde mit ihrer militärischen Niederlage also keineswegs zerschlagen und schon gar nicht die weltweite faschistische Bewegung in all ihren verschiedenen Strömungen. Die NSDAP existierte nach dem Krieg als "Spinne" und später als "ODESSA" (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen) de facto weiter und wurde eine wichtige weltweite Organisation. Sie hatte und hat auch heute noch fast überall viel Einfluß, insbesondere bis in die CIA hinein, die nichts anderes ist, als eine verbissen und skrupellos handelnde antikommunistische Geheimorganisation und heimliche Möchtegern-Weltregierung. Sie weist erschreckende strukturelle Parallelen mit dem "Reichssicherheitshauptamt" (RSHA) der Nazis auf und es wundert nicht, daß etliche "Abwehrspezialisten", die gegen die Rote Armee und PartisanInnen kämpften, ins CIA überwechselten. Dort arbeiteten sie maßgeblich am Kalten Krieg und an ungezählten Stellvertreterkriegen und Kriegen gegen Befreiungsbewegungen in aller Welt mit. Viele ehemalige Nazis bzw. ihre Zöglinge waren und sind an den Diktaturen in Lateinamerika an erster und zweiter Stelle beteiligt. Das gleiche gilt für das Apartheitsregime in Südafrika. Anfang der 70er Jahre trauten sie sich auch wieder, einen offen nazistischen Flügel ihrer Bewegung unter ihrem alten Namen zu gründen: die NSDAP/AO (Aufbau- und Auslandsorganisation). Sie hat ihre Postanschrift in Lincoln/Nebraska bei einem gebürtigen Deutschen, Gerhard Lauck, der in den frühen 70er Jahren in der BRD als Mitglied der "Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland" gesucht wurde und daraufhin in die USA floh. Die NSDAP wurde 1973 auch in der BRD als "Inlandsorganisation der NSDAP" wiedergegründet. Zwischen diesen beiden Gruppierungen bestand damals "fast kein Kontakt, wegen unterschiedlicher Ansichten über den zu gehenden Weg, jedoch auch keine Gegnerschaft" (Zitat aus einer NSDAP-internen Chronologie). Die Inlands-NSDAP bestand damals vor allem aus Wehrsportgruppen, die bekannteste war die "Wehrsportgruppe Hoffmann" (siehe unten), die bis zu 400 Mitglieder zählte. Viele der heute in Führungspositionen von Naziorganisationen sitzenden Leute waren bereits damals in Organisationen der Inlands-NSDAP aktiv, z.B. Michael Kühnen, Christian Worch (der heutige Führer der GdNF), Friedhelm Busse (der Bundesvorsitzende der FAP) und

Thies Christophersen. Inzwischen arbeitet die NSDAP international erfolgreich zusammen, im internen Jargon heißt sie schlicht "die Partei". Sie ist nach dem Zellenprinzip organisiert, das eine Voraussetzung für ihre Existenz im Untergrund ist. Der heutige Ableger der NSDAP/AO in der BRD ist insbesondere die GdNF, eine stramm militante Untergrundorganisation, die die Zellenstruktur konsequent übernommen hat; ganz oben in der Hierarchie der GdNF steht die "Reichsleitung". Die GdNF droht inzwischen ganz offen mit BürgerInnenkrieg in der BRD, sie hat zur Bundestagswahl in diesem Jahr eine Terrorwelle angekündigt. Die NSDAP/AO hat aber auch in anderen faschistischen Organisationen ihre Leute sitzen, wie z.B. Harald Neubauer, ehemaliger Europabgeordneter der REP´s, der heute hoher Funktionär der "Deutschen Liga" ist. Diese Namen und Fakten sind nur ein Ausschnitt aus dem internationalen Netz, in dem alte und neue FaschistInnen und Nazis Hand in Hand zusammenarbeiten.
Nochmals zurück nach Südafrika, ins Reich des Feudalherrschers Mangope, nach Bophutatswana. Er wollte sich weigern, seine unfreiwilligen Untertanen an den ersten Wahlen in Südafrika teilnehmen zu lassen. Die BeamtInnen traten daraufhin in einen wochenlangen Streik. Um deren Widerstand zu brechen, rief er die südafrikanischen FaschistInnen zur Hilfe. Viele von ihnen sind in der "Afrikaans Weerstandsbeweging" (AWB) unter der Führung von Terre´Blanche organisiert. Das Symbol des AWB ist ein Sonnenrad, das stark an das Nazi-Hakenkreuz angelehnt ist. Die im Homeland "BOP" eingefallenen FaschistInnen schossen in den Straßen wild um sich, töteten viele Menschen. Schließlich rückte südafrikanisches Militär an, um den Terror zu beenden. Es ist unklar, wer das Militär rief, auf wessen Befehl sie handelten, jedenfalls zogen sich die FaschistInnen schließlich zurück. Dabei wurden sie aber vom Militär sehr sanft behandelt, abgesehen vom eingangs erwähnten Scharmützel. Mangope mußte BOP verlassen, das Homeland löste sich auf und gehört jetzt wieder zum Territorium von Südafrika. BOP entstand erst in den 70er Jahren, auch auf Betreiben der BRD und insbesondere des Spezls aller FaschistInnen in der Welt, Franz-Josef Strauß´. Nicht verwunderlich, war BOP doch ein Paradies für einige deutsche Großkonzerne, z.B. BMW. Sie konnten in dieser steuerfreien Zone bei Hungerlöhnen für die schwarzen ArbeiterInnen immense Profite scheffeln. Finanzminister Waigel persönlich setzte sich dafür ein, Gelder, die inzwischen in die Millionen gehen sollen, an Mangope fließen zu lassen. Die CSU-eigene Hanns-Seidel-Stiftung hat bei derartigen Geldtransfers an Diktaturen in aller Welt immer eine wichtige Rolle gespielt. Mangope seinerseits hat Teile dieser Gelder an ihm nützliche Organisationen weitergeleitet, auch die AWB ist eine der NutznießerInnen der Gelder aus Deutschland. Damit schließt sich ein makaberer Kreis: Hunderttausende DM werden von regierungsnahen Kreisen der BRD über südafrikanische Rechte und FaschistInnen zurück an deutsche Nazis geschoben. Ein weiterer Deutsch-Südafrikaner war an der Ermordung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Südafrikas und Leiters des militärischen Flügels des "African National Congress" (ANC) Chris Hanis an Ostern 1993 mitbeteiligt. Er gab dem Auftraggeber von Hanis Mörder, Clive Derby-Lewis, der auch führendes Mitglied der Konservativen Partei Südafrikas ist und im Präsidentschaftsrat saß, Informationen über führende PolitikerInnen des ANC und deren Wohnsituation weiter. Sein Name: Arthur Kemp. Er reist auch öfters in die BRD, wo er z.B. in Coburg beim "Hilfskomitee Südliches Afrika", das dem Kreis um den bereits 1951 gegründeten "Nation und Europa"-Verlag des "Nationalrevolutionärs" Peter Dehoust nahesteht, hereinschaut. Dehoust ist auch Bindeglied der Vermittlungskette für FaschistInnen, die auf den südafrikanischen Farmen unter Gleichgesinnten herumballern wollen. Ein Journalist landete auf diesem Wege bei dem oben kurz erwähnten Helmut Hornung.
Ebenfalls auf Kemps Besuchsliste in Coburg steht die "Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft" (DSAG, mit Sitz im Frankfurter Haus der Albingia-Versicherung, die eng mit Prinz Wittgenstein, siehe unten, verbunden ist). Die DSAG wurde bereits 1933 kurz nach der Machtübergabe an die Nazis gegründet. Ihre Mitgliederliste liest sich wie ein Who is Who der rechtskonservativen Politik und des Hochfinanz. Hier tummeln sich Dutzende von Bundestagsabgeordneten der CDU und CSU, WirtschaftsvertreterInnen von Bosch, Siemens, Commerzbank, einigen Versicherungskonzernen, usw. Ein paar Beispiele: Otto von Habsburg, Gerhard Löwenthal, Prinz zu Sayn Wittgenstein, Kai-Uwe von Hassel. Die DSAG und das "Hilfskomitee Südliches Afrika" (HSA) des Faschisten Dehoust sind innig miteinander verbunden, die DSAG bildet nicht zufällig in Coburg eine Ortsgruppe. Sie veranstalten seit 1977 jährlich gemeinsame "Südafrika-Seminare" und der Regionalverband des HSA in Hessen ist der DSAG untergegliedert.
DSAG-Mitglied von Hassel war unter Adenauer Verteidigungsminister, also ein Kalter Krieger an forderster Front. Er war auch zwanzig Jahre lang Vorsitzender des "Deutschen Instituts für Tropische und Subtropische Landwirtschaft" (DITSL) in Witzenhausen, Nordhessen. An diesem Institut, dessen Ehrenvorsitz von Hassel nun innehat, ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit maßgeblich mitbeteiligt. Es ging nach der Nazizeit aus der ehemaligen "Deutschen Kolonialschule" hervor, die vor knapp 100 Jahren als Ausbildungsstätte für Landwirte (nur Männer) für die deutschen Kolonien gegründet wurde. In der Nazizeit und schon davor war sie ein Zentrum der völkisch-bäuerlichen Bewegung. R. Walther Darré, einer der Reichsbauernführer, "Chef des Rassen- und Siedlungsamtes der SS, Kopf der Blut- und Bodenideologie" (Zitat aus dem Vorwort des "Unter Uns" Nr. 60, Dezember 93) und Gründer der NS-Organisation "Ahnenerbe", studierte kurz vor dem ersten Weltkrieg in Witzenhausen. Die völkisch-bäuerliche Ideologie war fester Bestandteil eben dieser Blut- und Bodenpolitik, die mit Hilfe des "Generalplan Ost" umgesetzt werden sollte. Er sah die totale "Germanisierung" der von der Wehrmacht eroberten Gebiete Osteoropas vor. Die dortige Bevölkerung wurde in drei Gruppen unterteilt: die "Lebensunwerten" wurden vernichtet, "Arbeitsfähige" wurden entweder vor Ort zur Zwangsarbeit herangezogen oder zum gleichen Zweck ins "Reichsgebiet" verschleppt und diejenigen, die den "arischen Rassemerkmalen" entsprachen, wurden mehrmals selektiert. Wer/welche diesen strengen Selektionen entsprach, wurde ebenfalls ins "Reichsgebiet" zur vollständigen "Eindeutschung" verschleppt, häufig waren dies kleine Kinder. Hieran war die Rassezuchtanstalt "Lebensborn" auch maßgeblich mitbeteiligt, deren oberste Leiterin die "Reichsfrauenführerin" Gertrud Scholz-Klink war, die heute in Tübingen lebt. Diejenigen, die nicht zur "Arisierung" geeignet erschienen, und das waren die meisten, wurden auch ermordet. Auf den nunmehr vollständig entvölkerten Ländereien wurden anschließend deutsche "Wehrbauern" angesiedelt. Sie sollten einerseits Grundnahrungsmittel für "das Reich" produzieren und gleichzeitig ein lebendes Verteidigungsbollwerk gegen den Osten bilden. Zum Glück schafften es die Nazis nur zum

Teil, diesen Plan in die Tat umzusetzen. Auf diese Art und Weise wollten sie sich vor allem die Ukraine einverleiben, die "Kornkammer Europas".
Alle Zeiten überdauert hat der "Verband der Tropenlandwirte aus Witzenhausen e.V." (VTW) mit dortigem Sitz (Steinstr. 19, 37213 Witzenhausen). Dieser Verein gibt sich heute überwiegend demokratisch, die überwiegend rassistischen und altkolonialistischen "Altherren" geben aber nach wie vor oft den Ton an. Auch der VTW ist ein weltweiter Verband, allerdings ganz anderer Natur. Er hat mitlerweile eine ganze Menge jüngerer MitgliederInnen, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Kameradschaft wird hochgehalten und politische Rechtslastigkeit nach Kräften unter den Teppich gekehrt, was aber oftmals völlig scheitert. Etliche VTW-MitgliederInnen, vor allem die älteren Jahrgänge aus der Nazizeit und davor, reisen durch die ganze Welt. Auch nach Südafrika, Namibia und Angola wird inniger Kontakt gehalten, wo einige VTWlerInnen ansehnliche Farmen besitzen. Der Leiter der BASF-Angola, Volker Sthamer, ist ebenfalls ehemaliger Absolvent aus Witzenhausen (Abschlußjahrgang 1978) und VTW-Mitglied.
Der oben erwähnte von Hassel ist auch Vorstandsmitglied im "Komitee Freiheit für Namibia", das 1989 von DSAG-Mitgliedern gegründet wurde und in dessen Namen er auch in der VTW-internen Postille "Unter Uns" veröffentlicht. Von Hassel hat auch Verbindungen zu Kreisen der NSDAP/AO: 1976 unterzeichnete er einen Spendenaufruf einer "Initiative Angola-Solidarität". Hinter dieser stand der nazistische "Hochschulring Tübinger Studenten" (HTS), aus dessen Kreisen der Mörder des jüdischen Verlegers Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Pöschke, sowie der Attentäter des Münchner Oktoberfestes im Jahr 1980 stammten. Damals wurden 13 Menschen ermordet und über 200 verletzt. Der HTS hatte auch gute Kontakte zur "Wehrsportgruppe Hoffmann", deren Mitglied der Mörder Levins und Pöschkes ebenfalls war. Anhand des Oktoberfest-Attentats, das Bestandteil einer europaweiten Terrorwelle im Jahr 1980 war, zeigten sich mal wieder Verbindungen des Nazi-Netzwerks mit Geheimdienstkreisen. Es existierten gute Kontakte zwischen Karl-Heinz Hoffmann und der aus Italien bekannten, aber international operierenden Geheimloge P 2 des Großbankiers und Faschisten Licio Gelli. Der P 2 gehörten nach Schätzungen des italienischen Geheimdienstes ca. 3000 MitgliederInnen an, darunter rund 300 der mächtigsten Personen der Welt. Mit dabei: Geheimdienstchefs, hochrangige Militärs, Polizeichefs, Minister(Innen) und andere PolitikerInnen, Industrieführer, Bankiers, Medienchefs, JournalistInnen. Die meisten P 2-MitgliederInnen sind nach übereinstimmender Einschätzung europäischer Geheimdienste nach wie vor unenttarnt. Die P 2 erhielt von Anfang an Unterstützung der CIA. Das erklärte Ziel ihres "Großmeisters" Gelli ist: "Alle Macht der Rechten". Erreicht werden sollte dies mit der sehr erfolgreichen Unterwanderung des italienischen Staatsapparats mit Leuten aus der P 2. Auch der jetzige rechte italienische Ministerpräsident Berlusconi, Chef der Partei "Forza Italia" (Vorwärts Italien), wurde von der Gelli-Loge zuerst als Herrscher der italienischen Medien aufgebaut und anschließend in seine jetzige Position gehievt. Berlusconi arbeitet eng mit den faschistischen Parteien "Lega Nord" und "Movimento Sociale d'Italia" (MSI), deren Führung die Enkelin Mussolinis innehat, zusammen. Ende letzten Jahres gingen zum wiederholten Mal Putschgerüchte in Italien um, Drahtzieher natürlich Gelli. Vor kurzem wurde er von einem italienischen Gericht von allen Verschwörungsvorwürfen freigesprochen, sehr zur Verwunderung der zur Untersuchung der Vorgänge um die P 2 eingesetzten Parlamentskommission, die seit rund zehn Jahren Berge von Beweismaterial gegen Gelli aufgetürmt hat.
Weiterhin hatte die P 2, u.a. über den ehemaligen Italienischen Ministerpräsidenten Andreotti, der in ihr eine Führungsrolle gespielt haben soll, ebenso wie die "Wehrsportgruppe Hoffmann" einen guten Draht zu der geheimen Terrortruppe der NATO. Diese wurde 1990 unter dem italienischen Namen GLADIO bekannt, in der BRD heißt sie "stay behind". Diese Terroristen im Auftrag der NATO legen Depots mit Waffen, Sprengstoff und technischem Gerät an und erstellen Todeslisten. Bekannt wurde der Fall von Herbert Wehner, der im Falle eines Angriffs von Truppen des ehemaligen Ostblocks auf Territorium der BRD vorsorglich ermordet werden sollte. Schon die Vorläuferorganisation des deutschen Ablegers dieser Truppe, der "Technische Dienst" (TD) geht unmittelbar auf eine Nazi-Gruppierung, den "Bund Deutscher Jugend" (BDJ), zurück, deren Mitglieder neben anderen Alt/Ex-Nazis von Klaus Barbie, dem GeStaPo-Chef von Lyon, genannt "der Schlächter von Lyon" für den TD angeworben wurden. Übrigens war der heutige Bundesvorsitzende der FAP, Friedhelm Busse, bereits Mitglied im BDJ. GLADIO bzw. "stay behind" existiert bis heute weiter, wenn auch in möglicherweise leicht modifizierter Form. JournalistInnen, die an diesem Punkt weiterrecherchieren, treten seit Anfang der 90er Jahre auf der Stelle. Diese zunächst unglaublichen Zusammenhänge darzustellen und nachzuweisen würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, sie müssen daher leider angerissen bleiben. Sie entstammen aber der gleichen antikommunistischen Denk- und Handlungsweise, wie die oben genannte "Operation Paperclip". Zum Weiterlesen zu diesem Thema seien das Antifaschistische Infoblatt Nr. 14 und 26 (Geschichten aus Italien) empfohlen.
Eines aber steht fest: FaschistInnen arbeiten schon lange weltweit mit einer gezielten Strategie zusammen. Gelingt es, sie an einer wichtigen Stelle zu treffen, so bedeutet dies eine Erleichterung für alle Menschen, die eine Welt ohne Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse anstreben; hier genauso wie in anderen Teilen der Welt. Bei allen Unterschieden zwischen den Situationen in Südafrika und der BRD besteht eine Gemeinsamkeit: hier wie dort drohen FaschistInnen offen mit BürgerInnenkrieg. Handeln wir danach!

Quellen:
- diverse Ausgaben des Antifaschistischen Infoblatts, insbesondere die Nummern 14, 19, 24, 25 und 26
- Antifaschistische Nachrichten 10/ 93 - Hintergrund Information 4/93 - Medico Rundbrief 2/93 - diverse TAZ-Artikel
- Das Nestbeschmutz, antifaschistische Zeitung, Göttingen, Dezember 93
- göttinger Drucksache Nr. 112, 25.6.1993, linke göttinger Wochenzeitung
- HNA (Hessisch-Niedersächsische Allgemeine) 30.5.93
- Drahtzieher im braunen Netz - der Wiederaufbau der NSDAP, Edition ID-Archiv, Amsterdam-Berlin 1992
- Heute gehört uns die Straße, Michael Schmidt, ECON Verlag, 1994, Eine Reportage im Kreis der GdNF
- Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien, Frauenoffensive, München 1988 (Zahlen zu NaziwissenschaftlerInnen und weiteres über das "Ahnenerbe") - Unter Uns, 1/2-jährige Mitgliederrundschrift des VTW,
- eine NSDAP-interne Chronologie der Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in der BRD von 1945 bis 1988

KÜCHE IM EX

Donnerstag 5. Mai
Putenbrust, Orangensauce, Reis 11.–
gefüllte Tomaten, Reis 9.–

Rumänien Veranstaltungsreihe in KAA14

Arbeitskreis Berliner StudentInnen e.V
Tel. 261 97 12 Fax. 261 98 12
Kurfürstenstr. 14, 10785 Ber.

Do 5.5. 20.00Uhr

Veranstaltung mit Helmuth Frauendorfer

-Zur aktuellen politischen Situation in Rumänien-

-ANTIFA-SOLIPARTY

am 6.5.94
ab 21.00
im SO 36

U-Bhf. Görlitzer Bhf.
Oranienstr. 190

Augenzeugen unerwünscht

Informationsveranstaltung
zur aktuellen Situation in Kurdistan

Fr 6.5.



Es berichten TeilnehmerInnen der Delegationen die sich zu Newroz und den Kommunalwahlen in Kurdistan aufgehalten haben. Sie werden berichten über die Vertreibung der Zivilbevölkerung durch das Militär, verbrannte Dörfer, Folter die in Kurdistan an der Tagesordnung steht, den Einsatz deutscher Waffen, die Situation türkischer und kurdischer Journalisten und über das Verbot von Özgür Gündem, und viele weitere Eindrücke die sie mitgebracht haben

Freitag, 6. Mai im Ex, Mehringhof, 20 Uhr

Gneisenaustr. 2a, in Kreuzberg 61 U-Bhf Mehringdamm

...... with a little help from our friends !
1974 1984 1994

Sa 7.5.

SPECTRUM macht 'ne Party im EX

Mehringhof, Berlin
Samstag, 7. Mai 1994 ab 22.oo h

Musik: Pille Palle und die Ötterpötter

Sonntagabends: Video im Falckeladen

Falckensteinstraße 46 - 10997 Berlin

So 8.5.

8. Mai, 19.30 - *Tschapajew* -
Sowjetunion, 1934, R: S.+G. Wassilijew
Die authentische Geschichte eines Rotarmisten, der 1919 eine Partisanenabteilung befehligte und entscheidende Siege gegen die "weissen Garden" errang.

8.MAI



DEMONSTRATION 13 UHR
TREFFPUNKT: S-Bhf VORPLATZ BERNAU
STRAßENFEST 14-19 UHR
BÜRGERMEISTERSTR.

Schöner neuer Mensch

oder Die Verwertbarkeit als Maßstab

Eine Film- und Veranstaltungsreihe zu Eugenik, Behindertenpolitik und Humangenetik

Sonntag, 8.5., 21⁰⁰ Uhr:
Die Genjäger von Thomas Weidenbach, BRD 1990, 45 Min.

Montag, 9.5., 21⁰⁰ Uhr:
Herren der Schöpfung von E. R. Koch/ I. Meichsnes, BRD 1993;
Die Gendoktoren, Interview mit führenden Genforschern, 1992, 40 Min

→ Videokino Anschlag, Kreutzigerstr. 18 (im Hof), Berlin-Friedrichshain, U-Samariterstr.

D E M O 8 . M A I

Gegen Faschismus und Rassismus!

Gegen Polizeiwillkür und Gesinnungsjustiz!

Rufen wir Rathenower AntifaschistInnen auf, zahlreich auf unserer gemeinsamen Demo zu erscheinen.

Treffpunkt: Bahnhof
Zeit : 15.00 Uhr

Antifaschistisches Aktionsbündnis Rathenow

So 8.5.

Jeweils am 2. Sonntag im Monat

AUTONOMES TIERRECHTSCAFE

DRUGSTORE
Potsdamer Str. 180

08.05.94
Ab 18.00 Uhr

INFORMATION
DISKUSSION
VEGANES ESSEN

Thema: FOOD-COOPS
(Eventuell Gründung einer veganen Food-Coop)

TIGA Villa BEL Marchstr 6 10623 Be

Der "Fall Kaindl" ist auch unser Fall! Info-Veranstaltung über die Kriminalisierung des antifaschist. und MigrantInnen-Widerstand im Zusammenhang mit dem "Fall Kaindl": Aktuelle Infos / Wer ist die Deutsche Liga? u.v.m. Kommt entweder Mo., 9.5., 19.30 h, Frieda Etage, Grünberger 24, 2.HH, 4.St, Fr'hain oder Mi., 11.5., 19.30 h, Pelze, Potsdamer Str. 139, Schönebg. *Exklusiv für Frauen/Lesben!*

Mo 9.5.
Mi 11.5.



Info-Veranstaltung zu Kurdistan bzw. zur bundespolitischen Haltung gegenüber Kurdistan/ Türkei, zum PKK- Verbot

Veranstalter: Cafe Geschwulst/ Asta FU

Ort: FU, OSI, Ihnestr.21 Hs B

Zeit: Dienstag, 10.5. 20.00Uhr

Themen:
- KurdInnenproblem als Wahlhelfer der Rechten
- Frauen + Islamismus
- PKK-Verbot zum Umgang mit ausländischen Oppositionellen

Di 10.5.

Veranstaltung zu den verfolgten Antifas in Berlin und zur bundesweiten Demonstration am 21. Mai "Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes und der Selbstverteidigung von ImmigrantInnen - Eingreifen ist gerechtfertigt" Vorstellung und Diskussion des Demokonzeptes

Montag 9.5. 19.00 Uhr im Baobab

Donnerstag 12.5. 19.30 Uhr im blauen Salon

COUNT DOWN AM OBERBAUM !

Lange Filmnacht im Kato (im U-Bhf. Schlesisches Tor)
am: 10.5.94, ab: 20 Uhr
"Trafic" von Tati, 90min
"Autofolies", 55min, eine Reportage über den HIV (motorisierter Individualverkehr) in Paris
"Reichsautobahn", 80min, von Hartmut Bitomsky
"Der Autobahnkrieg", 60min, von Thomas Shad
und
Stadtspiel (10min), Stau auf dem Lauseplatz (5min), Wer frißt wen? (19min), Der Gang über die Brücke (6min)

Viel Vergnügen!

(Reihenfolge der Filme ist noch nicht festgelegt!)

Di 10.5.

OBERBAUMBRÜCKE BLEIBT STADTRINGLÜCKE

Veranstaltungsankündigung Fr 13.5.

Im Rahmen einer Filmreihe zu Stadtguerilla + RAF + Stammheim zeigt das Stattkino Berlin e.V. im Haus der Demokratie, in der Friedrichstraße 165 **am Freitag, den 13.5. um 19.30 Uhr** den Film:

"Was aber wären wir für Menschen... ";
ein Video über die Geschichte der RAF mit Interviews von Ex-Gefangenen.

Daran schließt sich eine offene Diskussion mit den Filmemachern der Münchner 'gruppe 2' über ihr Video und die bisherigen Kriminalisierungsversuche an.

EISSE DEUTSCHE FRAUEN
ND KOLONIALISMUS

"Wir hatten eine Dora in Südwest"-
Videofilm von Tink Diaz (1990)

Dieser Film geht der Frage nach, wie sich die Kontinuität von Rassismus von den Anfängen deutscher Kolonialpolitik Ende des 19.Jahrhunderts bis heute darstellt. Tink Diaz befragt Absolventinnen einer NS-Kolonialfrauenschule in Rendsburg, die heute noch in Namibia leben.
Nach dem Film gibt es Zeit für Fragen und Diskussion.
Freitag, 6.5.94, 20h, El Locco, Kreuzbergstr.43, Kreuzberg
- ausschließlich für Frauen -

dap vibe introduces: die erste

no. 1 bands Infos baustellen party

am: Sa 14.5.

ab 18 Uhr - open end

im Thomas-Weissbecker-Haus, Wilhelmstrasse

Sa 14.5.

Rolf Cantzen am 10.5.1994 um 19³⁰

Die Utopie ist tot - es lebe die Utopie
Zu einem antirassistisch-libertaren Utopiebegriff

Konservative Ideologen feiern derzeit das "Ende des utopischen Zeitalters", setzen das "Prinzip Verantwortung" an die Stelle des "Prinzip Hoffnung" und wollen wieder einmal mit dem Hinweis auf die "barbarischen Glücksverheißungen" die Utopie erledigen.
In der Veranstaltung wird aus der Tradition des Anarchismus ein Utopiebegriff entwickelt, der sich einer Inanspruchnahme durch rechte und linke Ideologen entzieht.

Uwe Brodrecht am 11.5.1994 um 19³⁰

Der Mehrwertstreit

Proudhon als einer der Vorläufer der Freiwirtschaftslehre begründete eine ganz andere Mehrwertschule als Marx. Diese unterschiedlichen Erklärungen des Mehrwertes führen noch heute zu vielen Mißverständnissen, bei der Diskussion der Überwindung des Kapitalismus.



damit alles so bleibt wie es ist
☎ 7859973

Kreuzbergstr. 43
10965 Berlin
EL LOCCO

Sonntagabends: Video im Falckeladen

Falckensteinstraße 46 - 10997 Berlin

15. Mai, 19.30 - ***Vergessen gilt nicht*** - So 15.5.
123 min., Berlin 1994

Der Film zeigt die Anstrengungen, Kämpfe und Geschichte der Angehörigen der Gefangenen aus der RAF am Beispiel einiger Mütter. Die über 20-jährige Geschichte der RAF-Gefangenen ist eng verbunden mit der konsequenten Arbeit ihrer Angehörigen, die letztendlich ihre eigene Geschichte des Kampfes außerhalb der Knäste entwickelt haben.

8. MAI



DEMONSTRATION 13 UHR

TREFFPUNKT: S-Bhf VORPLATZ BERNAU

STRAßENFEST 14-19 UHR

BÜRGERMEISTERSTR.

KEIN VERGESSEN

Der Standpunkt bestimmt die Perspektive, die Perspektive veranlaßt, daß Taten folgen – Bewegung entsteht ... die Bewegung verändert den Standpunkt, dieser wiederum den Blick für die Verhältnisse und bestimmt letztlich die Perspektive.

Das Lernen aus Geschichte kann nur in der Bewegung erfolgen. Politische Bewegung stellt sich in den historischen Prozeß, interpretiert sich aus demselben und ist somit Teil der Geschichte

Keine Minute mehr ...
Opfer !

"Wer kämpft, kann verlieren!
Wer nicht kämpft, hat schon verloren!"
Bertolt Brecht

KEIN VERGEBEN

GEMEINSAM GEGEN

FASCHISMUS, RASSISMUS & NATIONALISMUS

V.I.S.D.P.: B. Leiberecht; Karl - Marx Str 21, 10999 Berlin